



## Wettbewerbsfähige und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung durch INTERREG

Der Beitrag transnationaler Projekte in den Themenfeldern  
Innovationsförderung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung  
zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland

### Impressum

#### Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

#### Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

#### Bearbeitung

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu)

Daniel Zwicker-Schwarm (Leitung)

Dr. Holger Floeting

Andrea Wagner

Anja Neubauer

Karsten Ruddigkeit

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Berlin  
Referat SW 14

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn

Brigitte Ahlke (Leitung)

Dr. Wilfried Görmar, Verena Hachmann, Jens Kurnol

#### Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

#### Zitierhinweise

BMVBS (Hrsg.): Wettbewerbsfähige und nachhaltige Stadt- und  
Regionalentwicklung durch INTERREG. BMVBS-Online-Publikation 33/2010.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der  
des Herausgebers identisch.

ISSN 1869-9324

© BMVBS Dezember 2010

## Inhalt

Kurzfassung .....	1
1. Einführung .....	8
1.1 Zielsetzung der Forschungsvorhabens.....	8
1.2 Aufbau des Berichts.....	8
2. Territoriale Agenda und transnationale Zusammenarbeit.....	9
2.1 Die Territoriale Agenda der Europäischen Union .....	9
2.2 Transnationale Zusammenarbeit .....	11
3. Konzept und Untersuchungsaufbau .....	14
3.1 Forschungsfragen .....	14
3.2 Arbeitsschritte .....	20
3.3 Auswahl der Themenfelder.....	23
4. Themenfeld Innovationsförderung .....	28
4.1 Grundlagen .....	28
4.2 Stellenwert in der TAEU .....	29
4.3 Stellenwert in den Programmen der transnationalen Zusammenarbeit.....	30
4.4 Handlungsfelder in INTERREG III B .....	30
4.5 Untersuchte Projekte .....	33
4.6 Beiträge der transnationalen Zusammenarbeit zur Innovationsförderung.....	34
4.7 Beiträge der transnationalen Zusammenarbeit für eine nachhaltige Raumentwicklung .....	35
4.8 Wirkungen in den beteiligten Städten und Regionen.....	36
4.9 Regionale Fallstudien .....	38
4.10 Projektbezüge zur nationalen und europäischen Ebene .....	40
5. Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung.....	42
5.1 Grundlagen .....	42
5.2 Stellenwert des Themenfelds in der TAEU.....	45
5.3 Stellenwert in den Programmen der transnationalen Zusammenarbeit.....	46
5.4 Handlungsfelder in INTERREG IV B.....	47
5.5 Untersuchte Projekte .....	48
5.6 Beiträge der transnationalen Zusammenarbeit für Klimaschutz und Klimaanpassung.....	50
5.7 Wirkungen in den beteiligten Städten und Regionen.....	52
5.8 Regionale Fallstudien .....	55
5.9 Projektbezüge zur nationalen und europäischen Ebene .....	58
6. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen .....	60
6.1 Übergreifende Ergebnisse .....	60

---

6.2	Themenfeldspezifische Unterschiede.....	64
6.3	Handlungsempfehlungen .....	65
6.4	Ausblick.....	72
7.	Literatur .....	74
8.	Anhang.....	76
8.1	Beispielprojekte der Innovationsförderung.....	76
8.2	Beispielprojekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung.....	84

## Kurzfassung

### **Anlass und Aufgabe**

Mit dem Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ – besser bekannt unter dem Programmtitel INTERREG – fördert die Europäische Union im Rahmen ihrer Regionalpolitik Projekte, die zum Zusammenhalt und zum Abbau von wirtschaftlichen, sozialen Unterschieden und zur Überwindung räumlicher Disparitäten in Europa beitragen. In der Ausrichtung „transnationale Zusammenarbeit“ (INTERREG B) steht die Zusammenarbeit von Regionen, Kommunen, wissenschaftlichen Einrichtungen und privaten Akteuren in staatenübergreifenden Kooperationsräumen im Mittelpunkt. Ziel ist die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Zusammenhalts in Europa. Grundlegende Themen sind dabei Innovation, Umwelt und Risikovorsorge, Erreichbarkeit und Entwicklung der Städte und Regionen. Das Programm INTERREG IV B unterstützt in den Jahren 2007–2013 die transnationale Zusammenarbeit deutscher Akteure mit ihren Partnern in den fünf Kooperationsräumen Alpenraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa, Nordsee- sowie Ostseeraum mit insgesamt 1,1 Mrd. Euro (BBR 2008).

Im Jahr 2007 verständigten sich die für Raumentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister mit der „Territoriale Agenda der Europäischen Union“ (TAEU) auf ein Grundsatzdokument zu Zielen und Prozessen der europäischen Raumentwicklungspolitik.<sup>1</sup> Die TAEU formuliert konkrete Empfehlungen, wie durch eine integrierte Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Städte und Regionen Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung mobilisiert werden können. Unter dem Stichwort „Territoriale Governance“ stellt sie die Bedeutung eines intensiven und kontinuierlichen Dialogs von Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Regionen, Nichtregierungsorganisationen und Fachpolitiken als wesentliche Akteure der räumlichen Entwicklung heraus. Gleichzeitig fordert sie eine bessere Integration von sektoralen EU-Politiken untereinander (z.B. Politik für den ländlichen Raum, Umwelt- und Verkehrspolitik, Strukturpolitik) sowie mit lokalen, regionalen und nationalen Entwicklungsstrategien in strategisch ausgerichteten, integrierten räumlichen Entwicklungsansätzen. Mit den „Territoriale Prioritäten“ werden in der TAEU schließlich sechs Handlungsfelder hervorgehoben, denen eine besondere Bedeutung für die Raumentwicklungspolitik zugemessen wird:

1. Polyzentrale Entwicklung und Innovationen durch Vernetzung von Stadtregionen und Städten
2. Neue Formen der Partnerschaft und der politischen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land
3. Wettbewerbsfähige und innovative regionale Cluster
4. Stärkung und Ausbau transeuropäischer Netze
5. Transeuropäisches Risikomanagement, insbesondere zum Klimawandel
6. Verantwortungsvolle Nutzung ökologischer Ressourcen und kultureller Werte

Die „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ stellt ein Instrument zur Umsetzung einer auf territorialen Zusammenhalt ausgerichteten Raumentwicklungspolitik dar. Die TAEU hebt ausdrücklich die Förderung europäischer Netzwerke der Städte und Regionen und neuer innovationsorientierter Entwicklungskorridore im Rahmen der „Europäischen territorialen Zusam-

---

<sup>1</sup> Territoriale Agenda der Europäischen Union. Für ein wettbewerbsfähigeres nachhaltiges Europa der vielfältigen Regionen (Fundstelle s. Literaturverzeichnis).

menarbeit“ als wichtige Maßnahmen einer solchen Raumentwicklungspolitik hervor (TAEU, Ziff. 35).

### **Untersuchung**

Zielsetzung des MORO-Vorhabens „Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland“ war es, anhand ausgewählter Themenfelder zu untersuchen, welche Beiträge Städte und Regionen im Rahmen transnationaler INTERREG-Projekte für eine Umsetzung der TAEU vor Ort und auf der nationalen und europäischen Ebene erbringen konnten und in Zukunft erwarten lassen.

Die Bearbeitung erfolgte in mehreren Arbeitsschritten. Im Rahmen einer Vorstudie wurden die Themenfelder „Innovationsförderung“ sowie „Klimaschutz und Klimaanpassung“ für die nähere Untersuchung ausgewählt. Sie stehen auch idealtypisch für zwei wichtige Aspekte der TAEU: Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. Für diese beiden Themen erfolgte eine Auswertung ausgewählter laufender und durchgeführter INTERREG-Projekte auf der Grundlage von Dokumentenanalysen und leitfadengestützten Interviews. Mittels begleitender Workshops und Veranstaltungen konnten Projektbeteiligte und Programmverantwortliche zusammengeführt und an der Diskussion von Zwischenergebnissen des Vorhabens beteiligt werden. Die beiden Themenfelder wurden jeweils in zielgruppenspezifischen Veröffentlichungen für Praktiker aus Städten und Regionen aufgearbeitet (BBSR 2009, BBSR 2010).

### **Themenfeld Innovationsförderung**

Innovationsförderung und Raumentwicklung stehen in einer engen Wechselbeziehung zueinander: Regionale Strukturen können Innovationsprozesse positiv beeinflussen, indem sie die Voraussetzungen für Innovationsleistungen schaffen, z.B. in Form von Infrastrukturen (Technologie- und Gründerzentren etc.) oder Akteursstrukturen (Clusterinitiativen und Netzwerke). Auf der anderen Seite wirkt die Gesamtheit der Innovationsprozesse wiederum zurück auf die Wettbewerbsfähigkeit von Städten und Regionen und damit auf die Raumentwicklung. Gleichzeitig haben technologische Innovationen Auswirkungen auf die Nutzung des Raumes. Ihr Einsatz kann – etwa im Rahmen der Infrastrukturpolitik – bewusst geschehen, um die Raumentwicklung zu beeinflussen, beispielsweise die Verbesserung der IuK-Infrastruktur im ländlichen Raum.

Die Bildung wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster in Europa ist eine der territorialen Prioritäten der TAEU. In transnationalen Clusteransätzen sieht die TAEU eine Chance zur Ausdehnung von Wachstumsimpulsen über den wirtschaftsstarken Kernraum der EU hinaus.

Im Rahmen der transnationalen INTERREG-Programme wird eine Vielfalt innovationsorientierter Projekte durchgeführt, zu der auch die transnationale Vernetzung von Clusteransätzen gehört. Die Handlungsfelder gehen aber weit darüber hinaus. Sie umfassen auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Innovationsprozessen (etwa durch die Formulierung transnationaler Innovationsstrategien), Maßnahmen für einen verbesserten Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Innovationen, die Förderung der Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen, die Schaffung und Weiterentwicklung von Aus- und Fortbildungsangeboten sowie Finanzierungsinstrumente zur Verbesserung von Innovationsprozessen. Aber auch Maßnahmen, die sich auf ein bestimmtes Technologiefeld oder Schlüsseltechnologien beziehen, insbesondere die Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK), oder die Förderung der erneuerbaren Energien gehören dazu. Hier besteht eine Schnittstelle zum Themenfeld Klimaschutz.

Auf Grundlage einer Auswertung von elf INTERREG III B-Projekten im Themenfeld Innovationsförderung konnte eine Reihe von Beiträgen der transnationalen Zusammenarbeit identifiziert werden. So ermöglicht die Zusammenarbeit in staatenübergreifenden Programmräumen den beteiligten Akteuren eine Realisierung von Größenvorteilen bei der Innovationsförderung und die Schaffung gemeinsamer Standards für die Einführung von Innovationen. Für eine nachhaltige Raumentwicklung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ist die Formulierung neuer, innovationsbezogener Leitbilder auf transnationaler Ebene, eine Stärkung der transnationalen Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie die Verbesserung der Innovationsbedingungen (z.B. im Hinblick auf die Innovationsinfrastruktur) von Bedeutung. Für die beteiligten Städte und Regionen bieten INTERREG-Projekte durch den Erfahrungsaustausch mit europäischen Partnern zudem die Chance für eine Optimierung der eigenen Programme und Instrumente der Innovationsförderung, die Gelegenheit zur Stärkung der Zusammenarbeit mit regionalen Innovationsakteuren, die Profilierung innovationspolitischer Themen und Anliegen vor Ort. Sie sind Bausteine für eine stärkere Europäisierung der Innovationsförderung. Die regionalen Fallbeispiele Stadt und Region Aachen sowie der Landkreis Osterholz machen deutlich, dass sowohl Stadtregionen als auch der ländliche Raum von innovationsbezogenen INTERREG-Projekten profitieren können.

### ***Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung***

Der Klimawandel mit seinen weit reichenden Auswirkungen ist für Europas Kommunen und Regionen eine doppelte Herausforderung. Durch ihre Planungen, Investitionsentscheidungen sowie die Aktivierung von Unternehmen und Privatpersonen sollen sie einen möglichst umfassenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gleichzeitig spielen sie eine wichtige Rolle für die Anpassung an die möglichen Folgen des Klimawandels, etwa im Hinblick auf widerstandsfähige Siedlungsstrukturen oder einen effektiven Bevölkerungsschutz.

Die TAEU hebt die Auswirkungen des Klimawandels als eine der großen räumlichen Herausforderungen hervor und unterstreicht gleichzeitig das notwendige Engagement der Städte und Regionen im Hinblick auf Aktivitäten des Klimaschutzes und die Schaffung widerstandsfähiger Siedlungsstrukturen.

Transnationale INTERREG-Projekte bearbeiten eine große Bandbreite an Handlungsfeldern im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. Beiträge zum Klimaschutz finden sich in Projekten, die sich mit der Reduktion von Treibhausgasemissionen in unterschiedlichen Sektoren (z.B. Verkehr, Wohnen, Wirtschaft) befassen oder die eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien befördern. Die transnationale Zusammenarbeit zur Anpassung an den Klimawandel umfasst neben der generellen Risikoanalyse Anpassungsmaßnahmen in den Bereichen Wasserhaushalt, Küsten- und Meeresschutz, Land- und Forstwirtschaft, Schutz der Biodiversität, Raumplanung sowie dem Katastrophenschutz.

Durch eine Auswertung von 13 INTERREG IV B-Projekten konnte eine Reihe von Beiträgen der transnationalen Zusammenarbeit im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung identifiziert werden. So erarbeiten die beteiligten öffentlichen Akteure, wissenschaftlichen Einrichtungen, Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) transnationale Strategien für eine klimagerechte Raumentwicklung, leisten einen Beitrag für die Förderung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit in diesem Politikfeld und tragen zum Aufbau transnationaler Strukturen für Klimaschutz und Klimaanpassung bei. Für die beteiligten Städte und Regionen ergibt sich ein Mehrwert der projektorientierten transnationalen Zusammenarbeit vor allem im Kennenlernen bewährter Politikansätze ausländischer Projektpartner. Die transnationale Zusammenarbeit bietet quasi ein „Labor“ zur gemeinsamen Umsetzung innovativer Ideen für Klimaschutz und -anpassung, erlaubt oftmals die Umsetzung wichtiger Schlüssel-

maßnahmen durch Pilotinvestitionen, schafft vielfach die notwendigen Voraussetzungen für öffentliche oder private Folgeinvestitionen und verhilft dem Anliegen von Klimaschutz und -anpassung in den beteiligten Städten und Regionen oftmals zu einem höheren Stellenwert auf der politischen Agenda. Die nationale und europäische Ebene kann von Erfahrungen profitieren, die in manchen transnationalen Projekten im Hinblick auf die Entwicklung gemeinsamer Standards und die Erprobung von Richtlinien erarbeitet werden.

In drei regionalen Fallstudien konnte dargestellt werden, wie klimabezogene INTERREG-Projekte in die Regional- und Kommunalpolitik einfließen. Die Stadt Ludwigsburg hat – auch mit Hilfe der transnationalen Zusammenarbeit – den Klimaschutz als Bestandteil nachhaltiger Stadtentwicklung fest verankert. Das Ruhrgebiet positioniert sich als Modellregion für die Klimaanpassung, und das Allgäu verbindet im Rahmen transnationaler Aktivitäten klimafreundliche Mobilität und Regionalentwicklung. Die Fallstudien zeigen, dass die Projektarbeit in europäischen Netzwerken immer dann besonders wirkungsvoll ist, wenn sie vor Ort mit lokalen Strategien und Ansätzen verknüpft wird.

### **Übergreifende Ergebnisse**

Die themenbezogene Auswertung macht deutlich, dass transnationale Projekte eine große Bandbreite an Beiträgen zur Umsetzung der in der TAEU festgelegten territorialen Prioritäten sowie der dort angesprochenen Steuerungsaspekte (territoriale Governance und Integration) aufweisen. Sie leisten diese in unterschiedlichem Maße und mit jeweils spezifischen Schwerpunktsetzungen:

- *Territoriale Prioritäten:* Die untersuchten transnationalen Projekte in den Themenfeldern Innovationsförderung sowie Klimawandel und Klimaschutz decken in der Gesamtbetrachtung inhaltlich das ganze Spektrum der jeweils betreffenden territorialen Prioritäten der TAEU ab. Sie gehen in ihrem inhaltlichen Fokus teilweise sogar darüber hinaus. In beiden Themenfelder werden sowohl Themen gemeinsamen Interesses (*common issues*), also Themen die für viele Städte und Regionen eines Kooperationsraumes relevant sind, aber vor Ort angegangen werden müssen, wie auch „echt“ transnationale Themen (*transnational issues*) bearbeitet. Bei diesen ist aus unterschiedlichen Gründen eine Bearbeitung nur über regionale und nationale Grenzen hinweg sinnvoll. Im Bereich der Innovationsförderung sind es vor allem Größenvorteile, die sich bei einer solchen transnationalen Kooperation erschließen lassen. Im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung stehen auch Aspekte eines harmonisierten Vorgehens bei der Umsetzung europäischer Richtlinien, die Erarbeitung gemeinsamer Standards und die Koordination von Maßnahmen bei natürlichen Interdependenzen im Vordergrund.
- *Territoriale Governance:* Die Fallstudien zeigen, dass transnationale Projekte Bausteine zum Aufbau territorialer Governance-Strukturen auf lokaler und regionaler sowie auf transnationaler Ebene liefern. Diese Strukturen bringen die Ressourcen unterschiedlicher Akteure zusammen im Hinblick auf die jeweils im Mittelpunkt stehende Projektthematik und bieten eine Plattform für Abstimmungsprozesse und koordiniertes Handeln. Einschränkend muss jedoch hervorgehoben werden, dass die Kooperation in aller Regel auf die jeweiligen Themenfelder beschränkt bleibt, während die TAEU stärker auf die horizontale Integration von Politikfeldern abzielt. Eine Ausnahme bilden diejenigen Projekte, bei denen die Koordination von Fachpolitiken und Raumordnung im Mittelpunkt steht.
- *Territoriale Integration:* Hinsichtlich der horizontalen Integration – also der Berücksichtigung unterschiedlicher Fachpolitiken – besteht grundsätzlich eine hohe Übereinstimmung der TAEU mit der Zielsetzung der transnationalen Zusammenarbeit. Gleichzeitig hat je-

doch in der aktuellen Förderperiode auch durch die Festlegung von vier thematischen Prioritäten eine stärkere Sektoralisierung der Programme transnationaler Zusammenarbeit stattgefunden. Im Ergebnis zeigt sich, dass eine Integration unterschiedlicher Fachpolitiken in den untersuchten INTERREG-Projekten nur partiell stattfindet. Die untersuchten Projektbeispiele zeigen u.a. die teilweise Koordination von Industrie-, Forschungs-, Struktur-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik im Rahmen transnationaler Innovationsstrategien oder die Verzahnung von Raum-, Stadtplanung und Wasserwirtschaft im Rahmen des transnationalen Hochwasserschutzes. Die vertikale Integration, also die Berücksichtigung insbesondere europäischer und nationaler Strategien und Konzepte, findet im Rahmen transnationaler Projektarbeit in vielfacher Form statt, etwa im Hinblick auf die Umsetzung der programmatischen Ziele von Wettbewerbsfähigkeit (Lissabon-Ziele) und Nachhaltigkeit (Göteborg-Ziele), der Ziele einzelner Fachpolitiken (z.B. europäische Klimaschutzziele) und die Umsetzung und Erprobung europäischer Verordnungen und Richtlinien. Die Ergebnisse transnationaler Kooperation können ihrerseits auch zur Politikentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene beitragen, indem sie beispielsweise fachpolitische Expertisen und potenzielle Regelungsinhalte erarbeiten.

Die themenfeldbezogene Auswahl macht aber auch deutlich, dass die Beiträge der Projekte weit über die in der TAEU angesprochenen Aspekte hinausgehen. Dies betrifft beispielsweise ihren Beitrag zur Europäisierung der kommunalen und regionalen Arbeit.

### **Handlungsempfehlungen**

Vor dem Hintergrund der im Rahmen dieses Forschungsprojekts durchgeführten themenspezifischen Auswertung lassen sich Hinweise ableiten, wie die thematischen Prioritäten Innovationsförderung und Klimawandel gestärkt und relevante Akteure den Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der TAEU noch weiter befördern können:

- *Empfehlungen zur Stärkung der transnationalen Innovationsförderung:* Schon jetzt leisten transnationale INTERREG-Projekte einen wichtigen Beitrag für eine ausgewogene Raumentwicklung im Sinne der TAEU. In einer Reihe von Punkten bestehen mit Blick auf die ausgewerteten Projekte noch Ansätze für Verbesserungen. Diese betreffen die Stärkung der Innovationsförderung als Instrument des territorialen Ausgleichs, eine Verbesserung der formalen Beteiligung von Unternehmen an den Programmen der transnationalen Zusammenarbeit, die Erleichterung der inhaltlichen Mitwirkung von Wissenschaft und Unternehmen an der Projektarbeit sowie eine verbesserte Koordination mit anderen Programmen der Innovationsförderung.
- *Empfehlungen zur Stärkung transnationalen Klimaschutzes und Klimaanpassung:* Da insbesondere die Anpassung an den Klimawandel für viele Städte und Regionen ein neues Handlungsfeld darstellt, ist der Erfahrungsaustausch mit einzelnen „Vorreiterregionen“ und die gemeinsame Entwicklung und pilothafte Erprobung von Methoden und Instrumenten, wie sie im Rahmen transnationaler Projekt möglich ist, von besonderer Bedeutung. Das Themenfeld sollte bei einer Fortschreibung der Programme der transnationalen Zusammenarbeit – und kritischer Würdigung der dann erreichten Endergebnisse der noch laufenden Projekte – eine hervorgehobene Stellung erhalten. Dabei gilt es, die Rolle der Raumentwicklungspolitik in Projekten zum Klimaschutz und der Klimaanpassung zu stärken, um die Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern abzustimmen und Synergien zwischen den beiden Bereichen zu heben.
- *Empfehlungen zur strategischen Ausrichtung der transnationalen INTERREG-Programme:* Nur die transnationale Zusammenarbeit fördert eine integrierte Raumentwicklung in verti-

kaler (zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen), horizontaler (zwischen verschiedenen Fachpolitiken) und geographischer Hinsicht (über administrative Grenzen hinweg). In dieser Kombination und mit ihrem Fokus auf staatenübergreifende Großregionen unterscheidet sich die transnationale Zusammenarbeit von anderen Fachprogrammen auf europäischer Ebene. Diese „spezifische Nische“ sollte bei der Fortschreibung der Programme und bei der Bewilligung von Projekten erhalten und gestärkt werden, um die Maßgaben der TAEU einlösen zu können. Damit transnationale Kooperation auch weiterhin wesentliche Beiträge zu integrierter Raumentwicklung und territorialem Zusammenhalt im Sinne der TAEU leisten kann, sollte die zukünftige thematische Ausrichtung der INTERREG-Programme das Kriterium der transnationalen Relevanz schärfen, Fachpolitiken und integrierte Raumentwicklung noch stärker miteinander verbinden und – etwa durch die Ermöglichung von Folgeprojekten – den Aufbau regionaler Dialogstrukturen unterstützen.

- *Empfehlungen zur operativen Ausgestaltung der transnationalen INTERREG-Programme:* Projektarbeit auf europäischer Ebene ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. So muss in transnationalen Projekten eine Vielzahl von Partnern mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen und Arbeitsstilen zusammenfinden. Bei allen strukturellen Gemeinsamkeiten innerhalb der einzelnen Kooperationsräume gibt es meist unterschiedliche Ausgangssituationen, Problemverständnisse und Politikansätze, für die im Rahmen der Projektarbeit erst eine „gemeinsame Sprache“ gefunden werden muss. In den Interviews mit den Beteiligten der untersuchten Projekte wurden verschiedene Aspekte thematisiert, die die Bearbeitung transnationaler Projekte zusätzlich erschweren. Diesbezüglich werden eine „Entbürokratisierung“ des Projektmanagements vorgeschlagen, die Eröffnung weiterer Spielräume bei der Projektbearbeitung und eine Modifikation der Finanzierungsmodalitäten angeregt. Ansätze zur Vernetzung von Projekten in Form von Themenclustern sollten weiter verfolgt und ausgebaut werden.
- *Empfehlungen für Kommunen und Regionen:* Für Kommunen und Regionen bietet die transnationale Zusammenarbeit einen wichtigen Ansatzpunkt, um Themen von transnationaler Relevanz vor Ort besser zu bearbeiten. Ein gewisses Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit, in Projekten einen transnationalen Mehrwert zu erarbeiten, andererseits aber – den berechtigten Ansprüchen lokaler Politik gemäß – den konkreten Nutzen der transnationalen Projektarbeit für die Arbeit vor Ort aufzuzeigen, wird immer bestehen müssen. Damit die Projektbeteiligung von Städten und Regionen einen Beitrag zu den Zielen der TAEU leisten kann, sollten diese bei der Bearbeitung die inhaltliche Anschlussfähigkeit der Projektarbeit an bestehende Aktivitäten und Themensetzungen vor Ort beachten und eine enge organisatorische Einbindung der Projektarbeit gewährleisten. Sie sollten zudem das Moment der Projektarbeit für die Einbindung relevanter Akteure und die Beförderung der entsprechenden Themen in Politik und Öffentlichkeit nutzen.
- *Empfehlungen für die Fachpolitiken auf europäischer, Bundes- und Landesebene:* Transnationale Projekte entwickeln – dies machen die untersuchten Projekte deutlich – in vielfacher Weise inhaltliche Impulse für Fachpolitiken auf europäischer, Bundes- und Landesebene. An manchen Projekten sind Akteure der nationalen und bundesstaatlichen Ebene als Partner beteiligt. Viele Projektkonsortien haben die Vermittlung ihrer Inhalte auf EU-Ebene in ihr Aktivitätsspektrum aufgenommen. Dennoch lassen sich Spielräume für Verbesserungen in dieser Hinsicht feststellen. Europa, Bund und die Länder sollten verstärkt die Beiträge aus INTERREG B für ihre Fachpolitiken aufgreifen und die Chance ergreifen, transnationale Projekte als Vehikel für transnationale Abstimmungen zu nutzen. In solchen auf die Politikentwicklung ausgerichteten Projekten gilt es allerdings auch, die teilweise umsetzungsorientierte und regional verankerte Projektarbeit einerseits und Prozesse der transnationalen Politikentwicklung andererseits zeitlich und inhaltlich gut zu koordinieren.

Mit der neuen EU-Kompetenz für territorialen Zusammenhalt, der jüngst vorgelegten Strategie Europa 2020 und der Revision der TAEU im Jahre 2011 ergeben sich auch für die Fortschreibung der Programme der transnationalen Zusammenarbeit neue Rahmenbedingungen. Die Perspektiven dazu können grundsätzlich als positiv bezeichnet werden: Die vorliegende thematische Auswertung transnationaler Projekte macht deutlich, dass diese schon jetzt im Sinne der TAEU hinsichtlich ihres räumlichen Fokus' spezifische Beiträge zu wesentlichen thematischen Prioritäten und Governance-Ansätzen für ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (Europa 2020) leisten können.

## **1. Einführung**

### **1.1 Zielsetzung der Forschungsvorhabens**

Diese Studie ist der Endbericht des MORO-Vorhabens „Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland“. Ziel dieses Forschungsvorhabens war es, anhand der beiden Themenfelder Innovationförderung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung zu untersuchen, welche Beiträge Städte und Regionen im Rahmen transnationaler INTERREG-Projekte für eine Umsetzung der Territorialen Agenda der Europäischen Union (TAEU) leisten. Dies betrifft sowohl die Bearbeitung der in der TAEU hervorgehobenen thematischen Prioritäten für eine nachhaltige Raumentwicklung als auch die darin eingeforderte Koordination zwischen relevanten Akteuren unterschiedlicher Sektoren und Verwaltungsebenen. Im Einzelnen sollen die folgenden Forschungsfragen beantwortet werden:

1. Welche spezifischen Beiträge haben die transnationalen Kooperationsprojekte in den untersuchten Themenfeldern geleistet bzw. können diese voraussichtlich leisten?
2. Wurde die Europakompetenz der teilnehmenden Regionen und Kommunen durch die Teilnahme an transnationalen INTERREG-Projekten nachhaltig erhöht?
3. Sind die Ergebnisse in die nationalen und EU-Politiken eingebunden und werden diese dort ggf. auch realisiert?
4. Welche übertragbaren Ergebnisse wurden in den untersuchten Projekten erarbeitet und wie können diese für die aktuelle Bearbeitung der jeweiligen Themenfelder (besser) nutzbar gemacht werden?

### **1.2 Aufbau des Berichts**

Der Bericht gliedert sich in die folgenden Kapitel:

- In Kapitel 2 werden zunächst die Hintergründe und Zielsetzungen der TAEU sowie das Programm der Transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG B) vorgestellt.
- Kapitel 3 gibt einen Überblick über konzeptionelle Grundlagen sowie den Untersuchungsaufbau. Auf Grundlage aktueller Studien zur transnationalen Zusammenarbeit werden die Forschungsfragen entwickelt und die Arbeitsschritte des Forschungsvorhabens dargestellt.
- Kapitel 4 und 5 stellen als Ergebnisse der Auswertung die spezifischen Beiträge transnationaler Kooperationsprojekte im Themenfeld Innovationsförderung bzw. Klimaschutz und Klimaanpassung vor (Forschungsfrage Nr. 1). Dabei werden sowohl die Wirkungen vor Ort (Forschungsfrage Nr. 2) als auch die Wechselwirkungen der Projektarbeit mit der nationalen und europäischen Ebene dargestellt (Forschungsfrage Nr. 3).
- In Kapitel 6 werden themenfeldübergreifende Ergebnisse dargestellt sowie daraus abgeleitet Handlungsempfehlungen formuliert, wie der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der TAEU noch weiter befördert werden kann (Forschungsfrage Nr. 4).

## 2. Territoriale Agenda und transnationale Zusammenarbeit

### 2.1 Die Territoriale Agenda der Europäischen Union

#### *Territorialer Zusammenhalt*

Mit dem Konzept des territorialen Zusammenhalts – oft auch als territoriale Kohäsion bezeichnet – erfuh die europäische Zielsetzung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in jüngster Zeit eine wichtige Ergänzung und Erweiterung. Diese fand ihren Niederschlag im Vertrag von Lissabon<sup>2</sup>. Eine abschließende und allgemeingültige Definition des Begriffs territoriale Zusammenhalt gibt es jedoch nicht, vielmehr ist das Konzept zurzeit Gegenstand raumwissenschaftlicher und politischer Diskussionen und unterliegt im Zuge der Ausgestaltung einer entsprechenden Politik einem Wandel (Ahlke und Schön 2010). Gleichwohl können als wesentliche Dimensionen des Begriffs des territorialen Zusammenhalts festgehalten werden (vgl. Battis und Kersten 2008, Deutsche Ratspräsidentschaft 2007, Europäische Kommission 2008):

- Ausrichtung regionaler und nationaler Raumentwicklungspolitik auf eine bessere Nutzung des regionalen Potenzials und „territorialen Kapitals“ – der räumlichen und kulturellen Vielfalt Europas
- Ausgleich von territorialen Ungleichgewichten (territorialer Ausgleich)
- Horizontal wie vertikal kohärente Ausübung der raumrelevanten Kompetenzen im europäischen Mehrebenensystem (territoriale Integration)
- Vernetzung aller Akteure in der europäischen Raumentwicklungszusammenarbeit (territoriale Governance)

Ziel des territorialen Zusammenhalts ist es, die harmonische Entwicklung aller Gebiete sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass die Bürger die jeweiligen Gegebenheiten dieser Gebiete optimal nutzen können. Es geht also darum, die Vielfalt als Vorteil zu begreifen, der zu einer nachhaltigen Entwicklung der gesamten EU beitragen kann (Europäische Kommission 2008).

Der territorialen Integration liegt der Gedanke zugrunde, dass effiziente Lösungen sektorübergreifender Probleme nur durch integrierte Vorgehensweisen und die Zusammenarbeit der verschiedenen beteiligten Behörden ermöglicht werden können. Für den Aspekt der territorialen Integration raumbedeutsamer Fachpolitiken kommt räumlich formulierten Leitbildern eine wichtige Rolle zu.

Wie die Europäische Kommission im Grünbuch zur territorialen Kohäsion herausgestellt hat, ist die Koordinierung von sektoralen und territorialen Maßnahmen wichtig, um Synergien zu maximieren und mögliche Konflikte zu vermeiden. Die Energiepolitik und die Forschungspolitik (u.a. Zugang zu Spitzenforschung und die Möglichkeiten, an transnationalen Projekten teilzunehmen) gehören dabei – neben der Verkehrspolitik/transeuropäischen Netzen, der Agrarpolitik, der Umweltpolitik und der Wettbewerbspolitik – zu den Politikbereichen, die sich nach Ansicht der Kommission immer stärker auf die regionale Entwicklung und den territorialen Zusammenhalt auswirken (Europäische Kommission 2008).

Die Vernetzung relevanter Akteure in der europäischen Raumentwicklungszusammenarbeit (territoriale Governance) wird einerseits durch die im Europäischen Raumentwicklungskon-

---

<sup>2</sup> „[Die Europäische Union] fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ (Art. 3 Abs. 3 EU-Vertrag)

zept (EUREK) angelegte Verbindung von Raum- und Stadtpolitik und andererseits durch die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit gewährleistet. Dieser Zusammenarbeit zwischen Gebieten kommt – wie die Europäische Kommission im Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt herausstellt – eine große Bedeutung zu, um sicherzustellen, dass gemeinsame Vorteile auf koordinierte und nachhaltige Weise genutzt werden, vereint auf gemeinsame Herausforderungen reagiert wird, und um eine kritische Masse zu erreichen (Europäische Kommission 2008).

Die Kernelemente des territorialen Zusammenhalts können wie folgt zusammengefasst werden: Territorialer Zusammenhalt bezieht sich auf eine Situation, in der Politiken zum Abbau von Ungleichheiten, zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung von Nachhaltigkeit dadurch einen Mehrwert erhalten, indem kohärente Bündel geschnürt werden, die berücksichtigen, wo sie zur Anwendung kommen und der dort gegebenen aktuellen und zukünftigen spezifischen Möglichkeiten und Zwänge. Die Politik des territorialen Zusammenhalts bezieht sich auf Maßnahmen, die eine gute territoriale Governance mit dem Ziel der oben beschriebenen Kohärenz befördern. Eine europäische Politik des territorialen Zusammenhalts bezieht sich im Speziellen auf solche Maßnahmen, die durch die Institutionen der EU ergriffen werden (Faludi 2009).

### **Zielsetzungen der Territorialen Agenda der EU**

Die im Mai 2007 beim Informellen Treffen der für Raumentwicklung zuständigen Minister in Leipzig verabschiedete Territoriale Agenda der Europäischen Union (TAEU) gibt konkrete Empfehlungen, wie – im Lichte der Lissabon- und Göteborg-Strategien<sup>3</sup> – durch eine integrierte, den Leitlinien des territorialen Zusammenhalts verpflichtete Raumentwicklungspolitik die Potenziale der Regionen und Städte Europas für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung mobilisiert werden können. Als wesentliche Forderungen der TAEU können hervorgehoben werden:

- territoriale Governance: Der intensive und kontinuierliche Dialog von Wirtschaft (insbesondere auch dem lokalen und regionalen Unternehmertum), Wissenschaft, Verwaltung (vornehmlich lokale und regionale Gebietskörperschaften), Nichtregierungsorganisationen und Fachpolitiken als wesentlichen Akteuren der räumlichen Entwicklung (TAEU, Ziff. 5);
- territoriale Integration<sup>4</sup>: Die Verzahnung von sektoralen EU-Politiken (z.B. Politik für den ländlichen Raum, Umwelt- und Verkehrspolitik, Strukturpolitik) und lokalen, regionalen und nationalen Entwicklungsstrategien in strategisch ausgerichteten, integrierten räumlichen Entwicklungsansätzen mit dem Ziel einer besseren Koordination und Kohärenz (TAEU, Ziff. 10);
- territoriale Prioritäten: Ausgehend vom EUREK werden sechs territoriale Prioritäten räumlicher Entwicklungsmaßnahmen benannt (TAEU, Ziff. 12 bis 27):

---

<sup>3</sup> Die Lissabon-Strategie ist ein strategischer Plan, mit dem die EU ihre globale Wettbewerbsfähigkeit grundlegend verbessern will. Der Europäische Rat hat im Jahr 2000 auf dem Gipfel von Lissabon einen umfangreichen Maßnahmenkatalog für die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Umwelt beschlossen, mit dem die EU bis 2010 zum weltweit dynamischsten Wirtschaftsraum aufsteigen sollte. Auf dem EU-Gipfel in Göteborg im Jahr 2001 hat der Europäische Rat die Umweltdimension in das Zielsystem integriert. Die überarbeitete Lissabon-Strategie beinhaltet somit die Dimensionen Wirtschaft, Soziales und Umweltschutz.

<sup>4</sup> Die Begriffe „territoriale Governance“ und „territoriale Prioritäten“ finden sich in der TAEU, der Begriff „territoriale Integration“ findet in der Fachdiskussion um die Dimensionen des territorialen Zusammenhalts Verwendung (vgl. BMVBS/BBR 2008).

1. polyzentrale Entwicklung und Innovationen durch Vernetzung von Stadtregionen und Städten;
2. neue Formen der Partnerschaft und der politischen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land;
3. Wettbewerbsfähige und innovative regionale Cluster;
4. Stärkung und Ausbau transeuropäischer Netze;
5. transeuropäisches Risikomanagement, insbesondere zum Klimawandel;
6. verantwortungsvolle Nutzung ökologischer Ressourcen und kultureller Werte.

Als eine wichtige Maßnahme zur Anwendung benennt die TAEU unter anderem die „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Ziel 3) des Europäischen Regionalfonds als neues, zukunftsweisendes Förderinstrument sowohl zur Stärkung von europäischen Netzwerken der Städte und Regionen als auch zur Herausbildung von neuen innovationsorientierten Entwicklungskorridoren (TAEU, Ziff. 35).

### ***Regionen und Kommunen als Akteure einer nachhaltigen Raumentwicklung***

Auch wenn es sich bei der TAEU um ein Dokument der informellen, zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumentwicklung handelt, das zunächst die Ebene der Mitgliedstaaten adressiert, wird die Rolle der Regionen und Kommunen als relevante Handlungsebene für eine nachhaltige Raumentwicklung deutlich hervorgehoben. Dies betrifft die städtischen und regionalen Handlungsansätze zur Bearbeitung der räumlichen Herausforderungen und territorialen Prioritäten. So wird etwa im Zusammenhang mit dem Klimawandel das notwendige Engagement der Städte und Regionen im Hinblick auf Aktivitäten des Klimaschutzes und der Schaffung widerstandsfähiger Siedlungsstrukturen hervorgehoben (TAEU, Ziff. 9). Im Bereich der Innovationspolitik werden Städte und Regionen dazu aufgerufen, ihr Profil im internationalen Wettbewerb zu schärfen (TAEU, Ziff. 19). Im Zusammenhang mit dem Aufbau neuer Strukturen territorialer Governance und der vertikalen Integration wird die Bedeutung der städtischen und regionalen Ebene ebenfalls hervorgehoben (TAEU, Ziff. 5 u. 10). Eine besondere Rolle wird Kommunen und Regionen als Akteuren der transnationalen Zusammenarbeit im Interesse einer nachhaltigen Raumentwicklung zugesprochen (TAEU, Ziff. 35).

## **2.2 Transnationale Zusammenarbeit**

### ***INTERREG B als Bestandteil der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“***

Im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ fördert die Europäische Union aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) die transnationale Zusammenarbeit mit dem Ziel einer integrierten territorialen Entwicklung. Die Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage gemeinsamer Programme der jeweils beteiligten Partnerstaaten.

Abbildung 1: Transnationale Kooperationsräume mit deutscher Beteiligung



**Entwicklung der Programmziele**

Mit der Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C (1997-1999) wurde erstmals eine Grundlage für die transnationale Kooperation in Fragen der Raumplanung geschaffen. Ziele dieser Gemeinschaftsinitiative waren die Beförderung einer harmonischen und ausgewogenen Raumentwicklung, sowie die Verbesserung der räumlichen Wirksamkeit von Gemeinschaftspolitiken. Als besondere Themenfelder der transnationalen Kooperation wurden der Hochwasserschutz sowie Maßnahmen gegen die Dürre herausgestellt. Projekte dieser ersten Phase der transnationalen Zusammenarbeit zielten vor allem auf Studien, Erfahrungsvermittlung sowie auf die Erarbeitung von Beispiellösungen (Görmar u.a. 2009).

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B (2000-2006) standen die Ausarbeitung operationeller Raumentwicklungsstrategien auf transnationaler Ebene, effiziente und umweltverträgliche Verkehrsnetze und ein verbesserter Zugang zur Informationsgesellschaft, die Förderung der Umwelt und einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Kulturerbes und der natürlichen Ressourcen, insbesondere des Wassers, im Vordergrund. Die ausgewählten Maßnahmen sollten einen integrierten räumlichen Ansatz verfolgen, mit dem auf gemeinsame Probleme und Möglichkeiten reagiert wird und der dem transnationalen Gebiet tatsächliche Vorteile verschafft (Europäische Kommission 2000: 8). Ergebnisse von INTERREG III B waren in erster Linie gemeinsame Konzepte und Planungen, Machbarkeitsstudien, die gemeinsame Entwicklung von Verfahren und Standards, investitionsvorbereitende Untersuchungen und Pilotinvestitionen (Görmar u.a. 2009).

In inhaltlicher Hinsicht sind für die aktuelle Programmperiode INTERREG IV (2007-2013) maßgebliche Akzentverschiebungen im Vergleich zu INTERREG III B zu verzeichnen, die sich als „Übergang zur projektorientierten Umsetzung strategischer Raumentwicklungspolitik“ charakterisieren lassen. Kooperationsprogramme und -projekte sollen nun auch einen Beitrag zur Umsetzung übergeordneter Zielvorstellungen der EU, insbesondere der Lissabon- und Göteborg-Strategien sowie der TAEU, leisten (Ahlke, Görmar, Hartz 2007).

### ***Kooperationsräume, Prioritäten, Mittelausstattung***

INTERREG IV B-Projekte werden in großen staatenübergreifenden Kooperationsräumen durchgeführt. Insgesamt gibt es davon 13, die sich auf ganz Europa und die Überseegebiete erstrecken. Deutschland ist – jeweils mit einer Anzahl von Bundesländern – an fünf Kooperationsräumen beteiligt, die sich teilweise überlappen (Alpenraum, Mitteleuropa, Nordwesteuropa, Nordsee- und Ostseeraum).

Für die transnationale Zusammenarbeit wurden in der EFRE-Verordnung vier thematische Prioritäten definiert, innerhalb derer Netzwerke und Aktionen für eine integrierte territoriale Entwicklung gefördert werden sollen (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006):

- Innovationsförderung,
- Umweltschutz und Risikovorsorge,
- Verkehr und Erreichbarkeit,
- nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen.

Für jeden Kooperationsraum wurden von den beteiligten Staaten Operationelle Programme erarbeitet. Sie enthalten Informationen zu den speziellen Zielen und thematischen Prioritäten der Förderung. In den fünf Kooperationsräumen mit deutscher Beteiligung stehen bis zum Jahr 2013 EU-Fördermittel in Höhe von rund 1,1 Mrd. Euro zur Verfügung (BMVBS/BBR 2009a).

### 3. Konzept und Untersuchungsaufbau

#### 3.1 Forschungsfragen

Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens stand die Frage nach den Beiträgen transnationaler Projekte (d.h. INTERREG B) für die Umsetzung der Territorialen Agenda der Europäischen Union (TAEU) in den beiden Themenfeldern „Innovationsförderung“ sowie „Klimaschutz und Klimawandel“. Dabei interessierte erstens die inhaltliche Dimension, da mit den beiden Themenfeldern wichtige territoriale Prioritäten der TAEU für eine ausgewogene Raumentwicklung angesprochen waren. Zweitens waren die Wirkungen der Projektbeteiligung auf kommunaler und regionaler Ebene von Interesse. Zu fragen war beispielsweise, inwieweit die Projekte einen Beitrag zu einer territorialen Governance und zu einer horizontalen Integration raumbedeutsamer Politiken im Sinne der TAEU leisten konnten. Drittens war die Rezeption von Projektergebnissen durch die nationale und europäische Ebene von Bedeutung, also inwiefern die Projekte etwa einen Beitrag zu einer besseren Koordination und Kohärenz zwischen unterschiedlichen räumlichen und institutionellen Ebenen leisten konnten (vertikale Integration). Viertens interessierten der Aspekt der Übertragbarkeit und Ansätze für einen verbesserten Wissenstransfer der Projektergebnisse.

Übersicht 1: Forschungsfragen

Forschungsfragen	Bezug zur TAEU
<p><i>1. Beiträge transnationaler Projekte in ausgewählten Themenfeldern:</i> Welche spezifischen Beiträge haben die transnationalen Kooperationsprojekte in den untersuchten Themenfeldern geleistet bzw. können diese voraussichtlich leisten?</p>	<p>Territoriale Prioritäten (TAEU, Ziff. 12 ff.)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ (3.) Bildung wettbewerbsfähiger und innovativer Cluster</li> <li>▪ (5.) Transeuropäisches Risikomanagement, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels</li> <li>▪ (...)</li> </ul>
<p><i>2. Wirkungen in den beteiligten Städten und Regionen:</i> Wurde die Europakompetenz der teilnehmenden Regionen und Kommunen durch die Teilnahme an transnationalen INTERREG-Projekten nachhaltig erhöht?</p>	<p>Territoriale Governance (TAEU, Ziff. 5):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Intensiver und kontinuierlicher Dialog aller Akteure der räumlichen Entwicklung (insbes. auf lokaler u. regionaler Ebene)</li> </ul> <p>Territoriale Integration (horizontal) (TAEU, Ziff. 10):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Strategisch ausgerichteter, integrierter räumlicher Entwicklungsansatz der EU-Politiken</li> </ul>
<p><i>3. Projektbezüge zur nationalen und europäischen Ebene:</i> Sind die Ergebnisse in die nationalen und EU-Politiken eingebunden und werden diese dort ggf. auch realisiert?</p>	<p>Territoriale Integration (vertikal) (TAEU, Ziff. 10):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Orientierung städtischer und regionaler Entwicklungsstrategien an nationalen und europäischen Zusammenhängen</li> </ul>
<p><i>4. Übertragbarkeit und Wissenstransfer:</i> Welche übertragbaren Ergebnisse wurden in den untersuchten Projekten erarbeitet und wie können diese für die aktuelle Bearbeitung der jeweiligen Themenfelder (besser) nutzbar gemacht werden?</p>	<p>Europäische transnationale Zusammenarbeit (TAEU, Ziff. 35):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Transnationale Projekte als Instrument der Förderung eines territorialen Zusammenhalts</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung

Für Auswahl und Auswertung der Fallstudien war eine weitere Operationalisierung dieser Forschungsfragen notwendig. So war z.B. zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage („Ergebnisse und Wirkungen ...?“) näher zu bestimmen, welche Arten von Beiträgen in den Interviews mit Projektbeteiligten und Adressaten abzufragen sind. Nachfolgend werden für jede Forschungsfrage der entsprechende Forschungsstand sowie die Operationalisierung im Vorhaben dargestellt. Diese berücksichtigt zum einen die themenfeldspezifischen (Territoriale Prioritäten) sowie übergreifenden Zielsetzungen der TAEU (territoriale Governance, Koordina-

tion und Kohärenz). Zum anderen bezieht sie sich auf den Forschungsstand zu den Wirkungen transnationaler Projekte.

### **Beiträge transnationaler Projekte**

Hier war zunächst zu klären, welchen konkreten Beitrag transnationale Projekte zur Bearbeitung der Herausforderungen leisten, die in den jeweiligen territorialen Prioritäten der TAEU beschrieben werden. Inwiefern leisten also INTERREG B-Projekte im Themenfeld „Innovationsförderung“ einen Beitrag zur Bildung wettbewerbsfähiger und innovativer regionaler Cluster? Und wie tragen INTERREG B-Projekte im Themenfeld „Klimaschutz und Klimawandel“ zu gemeinsamen, regionsübergreifenden und integrierten Ansätzen zur Vermeidung und Minimierung von Treibhausgasemissionen sowie zu räumlich differenzierten Anpassungsstrategien an den Klimawandel bei?

In INTERREG-Projekten erarbeiten die beteiligten Akteure vielfältige Produkte (*Outputs*) wie Richtlinien, Handbücher, Studien, Analysen, Konzepte, Trainings- und Ausbildungsprogramme, Machbarkeitsstudien und tätigen kleinere Investitionen. Wichtige Ergebnisse (*Results*) erzielen sie mittels Anwendung der entwickelten Produkte durch die jeweiligen Zielgruppen, die in den betreffenden Kommunen und Regionen und darüber hinaus zu bestimmten Wirkungen führt (*Impacts*) (BMVBS/BBR 2009a). Insofern gehen die Beiträge transnationaler Projekte oftmals weit über die konkreten Produkte der Projektarbeit hinaus. Bei der Frage nach den Beiträgen standen die Ergebnisse und – soweit erhebbar – die Projektwirkungen im Mittelpunkt, wobei Probleme der zeitlichen Verzögerung und kausalen Zurechnung zu beachten waren. Als Grundlage dafür waren jedoch zunächst auch die jeweiligen Produkte der Projekte zu beschreiben.

Für die Operationalisierung der Forschungsfrage nach den Beiträgen von INTERREG-Projekten wurden die Ansätze aus drei Studien zur Systematisierung transnationaler Kooperationen aufgegriffen und weiterentwickelt.

In einer Studie wurden vier themenfeldunabhängige Wirkungsbereiche von Projekten transnationaler Zusammenarbeit identifiziert, denen vier Projekt-Idealtypen zugeordnet wurden (BMVBS/BBR 2009a):

- *Innovationsprojekte*: Innovationen im Bereich von Marken, Standards, Verfahren. Sie schaffen idealerweise auch die Handlungsstrukturen für die Nutzung von Projektergebnissen.
- *Investitionsprojekte*: Mobilisierung von finanziellen Ressourcen (Investitionslenkung, -beschleunigung, -vorbereitung etc.). Dabei werden nicht unbedingt große Kapitalströme erzeugt, sondern durch die Schaffung neuer Produkte oder Fördertatbestände kleinere Kapitalströme dauerhaft umgelenkt.
- *Qualitätsmanagementprojekte*: Entwicklung von Verfahrensroutinen für ein systematisches Lernen (in Abgrenzung zu quasi ubiquitärem, einfachem, Ad-hoc-Lernen). Wirkungen dieser Projekte sind meist regional begrenzt. Lernen erfolgt in diesen Projekten auf zweierlei Arten: a) durch Vorbilder aus dem Ausland; b) durch die „Auseinandersetzung“ mit Zielgruppen, die zu Kundenorientierung, Fehlervermeidung, Prozessoptimierung führt und das eigene Vorgehen auf Dauer systematisch hinterfragt.
- *Regional Governance-Projekte*: Diese schaffen wichtige zwischenstaatliche Handlungsgrundlagen und leiten deren Anwendung ein. Bezug ist meist ein gemeinsames grenzüberschreitendes Territorium und ein thematisch komplexer funktionaler Zusammen-

hang.<sup>5</sup> Im Zusammenhang mit den Governance-Prozessen erfolgt eine Differenzierung zwischen Projekten mit einer Ergebnisstruktur (Fachnetzwerk, Arbeitsebene, schnelle, aber unverbindliche Ergebnisse) und solchen mit Wirkungsstruktur (vollständige Integration der Entscheider, langfristige Kooperationsprozesse).

Eine weitere Systematisierung von Art, Intensität und Wirkungen von INTERREG III B-Projekten liefert Colomb (2007). Sie arbeitet insbesondere den Unterschied zwischen der Zusammenarbeit zu Themen gemeinsamen Interesses (d.h. jeweils lokale Umsetzung von Ergebnissen des Erfahrungsaustausches, Wissenstransfer, neue Werkzeuge/Methoden) einerseits und der transnationalen Bearbeitung von Themen (d.h. Maßstabsveränderung, Neuzuschnitt des Referenzrahmens in Richtung transnationaler Problembearbeitung) etwa durch die gemeinsame Umsetzung transnationaler Maßnahmen, Produktion und Implementation transnationaler raumbezogener Strategien andererseits heraus (vgl. Übersicht 2).

Übersicht 2: Intensität und Ausmaß transnationaler Kooperation: eine mögliche Skala

Erfahrungsaustausch	Test oder Transfer unterschiedlicher Ansätze, um ein Problem gemeinsamen Interesses (s.o.) anzugehen	Teilen oder bündeln von Ressourcen, um ein Problem gemeinsamen Interesses anzugehen	Gemeinsame Umsetzung einer transnationalen Maßnahme/Investment	Gemeinsame Produktion und Implementation einer transnationalen raumbezogenen Strategie
---------------------	--	---	--	--


Arten der Kooperation				
Teilen von Informationen über Erfahrungen, Praktiken, (Politik-)Programme zwischen unterschiedlichen Partnern	Informationsfluss von manchen Partnern zu anderen im Hinblick auf die Anwendung neuen Wissens, um ein bestimmtes Problem am Ort eines Partners mit Hilfe der Expertise eines anderen Partners zu lösen	Multilaterale Informationsflüsse und gemeinsame Erarbeitung von Werkzeugen, Ressourcen, Methoden („Hybrid“ oder neues Werkzeug), um ein Problem anzugehen, das in einer oder mehreren Gebieten der Projektpartner vorkommt	Bündeln von Expertise, Wissen und Ressourcen mit einer direkten Anwendung (Investition oder gemeinsame Maßnahme für die ganze transnationale Partnerschaft)	Bündeln von Expertise und Wissen führen zu einer gemeinsamen Strategie für den Umgang mit transnationalen Problemen
Arten des Lernens				
Lernen findet nicht notwendigerweise statt oder nur lokales/regionales Lernen	Das Testen eines Ansatzes an einem anderen Ort bedeutet eine leicht intensivere Form des Lernens, das eine Reflexion des lokalen Kontextes beinhaltet: „Warum funktionieren Dinge dort, und wie könnten sie hier funktionieren?“	Partner lernen voneinander im Hinblick auf die Produktion von etwas gemeinsam Geteilten	Akteure lernen, auf neuer Maßstabsebene zu arbeiten, um gemeinsame Probleme von transnationaler Bedeutung besser zu adressieren	Akteure lernen, wie sie auf neuer Maßstabsebene in neuen Formen von Netzwerken arbeiten können, um bestimmte Probleme transnationaler Bedeutung durch eine mittel- und langfristige Strategie zu adressieren

Quelle: Colomb 2007 (eigene Übersetzung)

Böhme u.a. (2003) haben eine Typologie von Netzwerken transnationaler Zusammenarbeit erstellt, in der die beiden Aspekte Kooperationsinhalt und Partnerstrukturen zusammenge-

<sup>5</sup> Aufbau von regionaler transnationaler Steuerungskompetenz („Strukturveränderungen, die alle Beteiligten (und auch jeder Beobachter) deutlich spüren“ (31); „... auf einer transnationalen und gleichzeitig regionalen Ebene“) (BMVBS/BBR 2009a).

führt werden. Sie weisen darauf hin, dass Projekte in unterschiedlichen Themenfeldern oftmals unterschiedliche Partnerstrukturen aufweisen. In Bereichen wie der Infrastrukturentwicklung, Tourismusentwicklung, dem Hochwasser- und Gewässerschutz ist oft eine axiale Kooperation (*axial cooperation*) entlang von Transportachsen oder Flussläufen anzutreffen. Dort wo Projekte auf existierenden oder entstehenden (transnationalen) funktionalen Regionen basieren, wie etwa bei Unternehmensclustern, sprechen die Autoren von transnationaler regionaler Kooperation. Diese Projekte seien üblicherweise gekennzeichnet durch eine relative räumliche Nähe der Partner. Transnationale Zusammenarbeit kann jedoch auch in der virtuellen Vernetzung (*virtual networking*) geographisch nicht benachbarter Partner bestehen, die ähnliche Probleme haben oder sich mit den gleichen Themen beschäftigen (z.B. Metropolregionen), ohne dass zwischen ihnen notwendigerweise funktionalen Beziehungen bestehen.

Auf Grundlage dieses Forschungsstandes wurde die in Übersicht 3 dargestellte Operationalisierung für die Frage nach dem spezifischen Beitrag der transnationalen Kooperationsprojekte in den jeweiligen Themenfeldern erarbeitet. Neben der Frage nach den konkreten Produkten transnationaler INTERREG-Projekte stehen hier die Aspekte Intensität und das Ausmaß der Kooperation (vgl. Colomb 2007) und die Projektwirkungen (vgl. BMVBS/BBR 2009a) im Mittelpunkt.

Übersicht 3: Ergebnisse und Wirkungen transnationaler Projekte (Operationalisierung)

Dimensionen	Ausprägungen
Welche konkreten Produkte wurden erarbeitet?	z.B.: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sammlung guter Beispiele</li> <li>▪ gemeinsame Instrumente</li> <li>▪ Machbarkeitsstudien</li> <li>▪ Transnationale Strategie, Aktionsplan etc.</li> </ul>
Welche Ausprägungen sind in Bezug auf Intensität und Ausmaß der Kooperation feststellbar?	Projekt zielt primär auf: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ bessere Problembearbeitung vor Ort (insbes. Erfahrungsaustausch mit Akteuren aus anderen Ländern, Transfer von Lösungsansätzen, Bündelung von Ressourcen f. neues Instrument, Methode, Datenbank ...)</li> <li>▪ Problembearbeitung auf neuer, transnationaler Ebene (insbes. gemeinsame Investitionen; transnationale raumbezogene Strategien)</li> </ul>
Welche unterschiedlichen Wirkungen konnten erzielt werden?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ systematischer Einbezug ausländischer Erfahrungen</li> <li>▪ systematischer Einbezug projektspezifischer Zielgruppen</li> <li>▪ Schaffung neuer Marken, Standards und Verfahren</li> <li>▪ Mobilisierung finanzieller Ressourcen (zusätzlich zur INTERREG-Förderung)</li> <li>▪ Stärkung regionaler Steuerungskompetenz</li> <li>▪ Stärkung vertikaler Steuerungskompetenz (zwischen unterschiedlichen Politik-/Verwaltungsebenen)</li> <li>▪ Schaffung zwischenstaatlicher Handlungsgrundlagen</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung (nach Colomb 2007, BMVBS/BBR 2009a)

Dabei interessierte, inwieweit neben den projektbeteiligten Kommunen und Regionen (besonderer Fokus) und sonstigen Projektbeteiligten auch spezifische Adressaten, z.B. Verbände, gesellschaftliche Gruppen, Unternehmen, Forschungseinrichtungen etc., eingebunden werden konnten.

### **Wirkungen in den beteiligten Städten und Regionen**

Zusätzlich zu den bereits oben angesprochenen „direkten“ Wirkungen interessierte, inwieweit eine Beteiligung an transnationalen Projekten die „Europakompetenz“ in den Kommunen und Regionen nachhaltig erhöht und wie diesbezügliche Potenziale gestärkt werden können.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Fähigkeit zur Initiierung und Durchführung oder zur Beteiligung an EU-Förderprogrammen, wie z.B. INTERREG, nur eine Dimension kommunaler Europakompetenz darstellt. Diese beinhaltet z.B. auch Kenntnisse über europäische Politikziele, Verordnungen, Richtlinien etc., das Vorhandensein geeigneter Personen und Strukturen für die verwaltungsinterne Information über und Koordination von EU-Themen (vgl. von Alemann und Münch 2006). Im Zusammenhang mit der Auswertung transnationaler INTERREG-Projekte war daher zu prüfen, inwieweit die Projektteilnahme über den unmittelbaren fachlichen Kompetenzgewinn im jeweiligen Arbeitsfeld auch die anderen Dimensionen der kommunalen Europakompetenz erweitert hat. Zu unterscheiden waren dabei die Ebene der unmittelbar projektbeteiligten Personen und die institutionelle Ebene (z.B. Amt, Stadtverwaltung).

„Europäisches Denken“ soll hier verstanden werden als die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und zur europäischen – insbesondere transnationalen – Bearbeitung von Themen. Die Bezüge zur „Europakompetenz“ sind dabei eng – sie ist Voraussetzung und gleichzeitig Ausdruck eines „europäischen Denkens“ in den betroffenen Kommunen und Regionen.

Übersicht 4: Wirkungen in den beteiligten Städten und Regionen (Operationalisierung)

Dimensionen	Ausprägungen
Inwiefern führte die Beteiligung an transnationalen Projekten in den beteiligten Städten und Regionen zu einer höheren Europakompetenz?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Kompetenzgewinn im Umgang mit europäischen Politikzielen, Verordnungen, Richtlinien etc.</li> <li>▪ fachlicher Kompetenzgewinn im Umgang mit Beantragung und Durchführung von Förderprojekten</li> <li>▪ europäische Vernetzung (z.B. als Basis für weitere Zusammenarbeit)</li> <li>▪ besseres Standing/Lobbying auf europäischer Ebene</li> <li>▪ systematischer Einbezug europäischer Erfahrungen ... (s.o.)</li> <li>▪ Ausbau kommunaler EU-Aktivitäten</li> </ul>
„Europäisches Denken“ in den Kommunen und Regionen: Strukturelle und politische Voraussetzungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ kommunale oder themenfeldbezogene Europastrategie/Internationalisierungsstrategie</li> <li>▪ EU-Beauftragter (als Stabsstelle oder amtsintern)</li> <li>▪ Mitgliedschaft in europäischen Netzwerken</li> <li>▪ Vorerfahrungen in anderen EU-Projekten</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung (nach von Alemann und Münch 2006)

### **Projektbezüge zur nationalen und europäischen Ebene**

Eine enge Verzahnung der nationalen, regionalen und lokalen Anliegen mit EU-Politiken ist ein Kernanliegen der TAEU (vgl. TAEU, Ziff. 10). Dies kann im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit etwa in Form der Einbindung und Umsetzung von Projektergebnissen auf der nationalen (dabei soll hier die im föderalen System Deutschlands wichtige Ebene der Bundesländer immer mit angesprochen sein) bzw. europäischen Ebene erfolgen. Dazu liegen bisher noch kaum Erkenntnisse vor, jedoch ist die Umsetzung von Projektergebnissen auf nationaler Ebene Teil der Diskussion um eine stärkere strategische Ausrichtung der INTERREG-Projekte in der aktuellen Förderperiode. Dafür relevante Aspekte wurden im MORO-

Projekt „Vorbereitung strategischer Projekte der transnationalen Zusammenarbeit“ (BMVBS/BBR 2009b) untersucht. Für die Einbindung von Ergebnissen in die nationale und EU-Politik sind demnach zwei Aspekte wichtig:

- Die Projektergebnisse sind inhaltlich anschlussfähig, weil sie für die Politikformulierung bzw. -umsetzung auf nationaler Ebene relevant sind. Dies kann gegeben sein, weil das Projekt an programmatische Vorgaben der nationalen bzw. europäischen Ebene anknüpft. Projekte leisten also eine Konkretisierung übergeordneter Vorgaben z.B. eine teilräumliche Strategie zur Umsetzung der Lissabon-Agenda, die Erprobung der Umsetzung einer EU-Verordnung etc.<sup>6</sup>
- Eine inhaltliche Anschlussfähigkeit kann auch gegeben sein, wenn Projektergebnisse einen inhaltlichen Beitrag *bottom-up* im Sinne von Beiträgen zur Politikentwicklung dieser Ebenen liefern, ohne dass sie sich unmittelbar auf übergeordnete strategische Vorgaben beziehen. Voraussetzung für solche Impulse ist jedoch die politische Relevanz des Themas für die nationale bzw. europäische Ebene.<sup>7</sup>

Dafür, dass inhaltlich anschlussfähige Projektergebnisse konkret auf nationaler Ebene berücksichtigt und ggf. umgesetzt werden, spielt vermutlich auch eine Rolle, ob die entsprechenden Behörden bereits bei der Projektbearbeitung mit eingebunden waren.<sup>8</sup> Entsprechend wurden im Rahmen dieser Untersuchung verstärkt Projekte für die Fallstudienbetrachtung ausgewählt, in deren Partnerkonsortien unterschiedliche Verwaltungsebenen vertreten waren (vgl. Kap. 3.2).

Ansatzpunkte für eine Einbindung nationaler Partner bieten insbesondere (BMVBS/BBR 2009b):

- Investitionsvorhaben, die mit nationalen Mitteln finanziert werden müssen;
- Projektziele, deren Umsetzung internationale Abkommen berühren (z.B. Handelsabkommen, Zölle);
- Themen, die in einem Land von höchster politischer Priorität sind;
- Themen, die die gesetzgeberische Kompetenz auf nationaler Ebene berühren.

Auf dieser Grundlage wurde eine heuristische Operationalisierung entwickelt, die in den Fallstudien überprüft und weiterentwickelt wurde (vgl. Übersicht 5).

---

<sup>6</sup> Vgl. „Programmatisches Merkmal“ (BMVBS/BBR 2009b).

<sup>7</sup> Vgl. „Politisches Merkmal“ (BMVBS/BBR 2009b).

<sup>8</sup> Vgl. „Vertikales Merkmal“ (BMVBS/BBR 2009b).

## Übersicht 5: Projektbezüge zur europäischen und nationalen Ebene (Operationalisierung)

Dimensionen	Ausprägungen
Inwiefern konnte eine Einbindung der Ergebnisse in nationale und EU-Politiken realisiert werden?	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Projektergebnisse, die sich an die kommunale, regionale Praxis richten, werden über nationale und europäische Akteure verbreitet.<sup>9</sup></li> <li>▪ Projektergebnisse stellen eine kooperationsraumbezogene Ausformung übergeordneter strategischer Vorgaben dar.</li> <li>▪ Projektergebnisse werden für die Politikformulierung und -umsetzung auf nationaler bzw. EU-Ebene herangezogen (z.B. Marken, Standards und Verfahren [BBR 2008], Umsetzungserfahrungen mit europäischen Richtlinien, themenspezifische Forderungen [NWE 2008: 8 f.]).</li> <li>▪ Projektergebnisse (z.B. transnationale Innovationsstrategien) werden bei der Verteilung finanzieller Ressourcen anderer nationaler und europäischer Programme berücksichtigt.</li> <li>▪ Projektinduzierte regionale Strukturen bzw. transnationale Strukturen werden an der weiteren Politikformulierung oder -umsetzung durch nationale und EU-Ebene beteiligt.</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung (nach BMVBS/BBR 2009b)

### 3.2 Arbeitsschritte

Die Bearbeitung des Vorhabens erfolgte in vier Arbeitsschritten.

#### **Arbeitsschritt 1: Festlegung der Themen**

Zunächst erfolgte eine Recherche in fünf vorgegebenen Themenfeldern (Integrierte Meerespolitik, Demographischer Wandel, Innovationsförderung, Stadt-Land-Partnerschaften sowie Klimawandel und alternative Energien) im Hinblick auf thematisch einschlägige abgeschlossene und laufende Projekte transnationaler Zusammenarbeit sowie im Hinblick auf aktuelle Prozesse der Politikentwicklung und Themenkonjunkturen auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Die Ergebnisse wurden im ersten Sachstandsbericht dargelegt und dienten dem Auftraggeber als Grundlage für die Auswahl der zwei im weiteren Projektverlauf vertieft zu untersuchenden Themenfelder (vgl. Kap. 3.3).

Methodische Grundlagen für diesen Schritt waren Internetrecherchen und Dokumentenanalysen, z.B. der Arbeitsprogramme der jeweiligen Ratspräsidentenschaften<sup>10</sup>, der Europäischen Kommission und weiterer europäischer Institutionen (z.B. Ausschuss der Regionen), einschlägiger Verbände und Vereinigungen kommunaler Gebietskörperschaften und Regionen (z.B. RGRE, Eurocities, METREX) sowie der jeweils themenrelevanten Verbände und Plattformen (z.B. im Bereich Innovation und Raum: Innovating Regions of Europe).

#### **Arbeitsschritt 2: Thematische Auswertung**

Für die Auswertung der zwei ausgewählten Themenschwerpunkte (Innovationsförderung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung) wurde zunächst ein Kriterienkatalog erstellt, der als Grundlage für die Analyse der Ergebnisse und Wirkungen transnationaler Zusammenarbeit sowie deren Bezüge zur Territorialen Agenda diente. Dieser Kriterienkatalog baute auf den

<sup>9</sup> Diese Multiplikatoren-Rolle stellt die schwächste Form einer „Einbindung“ dar.

<sup>10</sup> Tschechische Republik (1. Hj. 2009), Schweden (2. Hj. 2009), Spanien (1. Hj. 2010), Belgien (2. Hj. 2010).

vorliegenden Ergebnissen und Konzeptionalisierungen relevanter Untersuchungen auf (vgl. Kap. 3.1).

Auf Grundlage des Kriterienkataloges erfolgte die Erfassung thematisch einschlägiger Projekte in kurzen Projektsteckbriefen. Diese waren Entscheidungsbasis für die Auswahl der näher zu untersuchenden Projekte in Abstimmung mit dem Auftraggeber. Es wurden dabei sowohl abgeschlossene INTERREG III B-Projekte (insbesondere im Themenfeld Innovationsförderung) als auch laufende Projekte der gegenwärtigen Förderperiode IV B untersucht (insbesondere im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung).<sup>11</sup>

Die in Fallstudien vertieft zu untersuchenden transnationalen Projekte wurden in einem mehrstufigen Filterverfahren ausgewählt. Im ersten Schritt wurde mittels einer Abfrage der BBSR-Projektdatenbank, in der alle INTERREG III B- und IV B-Projekte der fünf Kooperationsräume mit deutscher Beteiligung enthalten sind, diejenigen Projekte ausgewählt, deren zugeordnete Handlungsfelder und Deskriptoren einen inhaltlichen Bezug zum Thema Innovationsförderung bzw. Klimaschutz und Klimaanpassung im weitesten Sinne vermuten ließen.<sup>12</sup> Insgesamt 306 von 490 INTERREG III B-Projekten (etwa 62 Prozent) konnten mindestens einem „innovationsrelevanten“ Deskriptor zugeordnet werden, darunter 198 Projekte mit deutscher Beteiligung. Für das Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung ergab eine entsprechende Abfrage<sup>13</sup> zu INTERREG IV B-Projekten 89 Treffer.<sup>14</sup> Für diese Vorauswahl wurden auf Grundlage der Informationen der BBSR-Projektdatenbank sowie einer ersten Durchsicht der Projekt-Internetseiten und dort abrufbarer Materialien jeweils Projektsteckbriefe erstellt und eine Teilmenge identifiziert, bei denen möglichst viele der folgenden Auswahlkriterien gut erfüllt waren:<sup>15</sup>

- Hinweise auf Wirkungen im Sinne neuer Marken, Standards und Verfahren und/oder Mobilisierung finanzieller Ressourcen;
- Hinweise auf Stärkung regionaler oder vertikaler Steuerungskompetenzen und/oder Schaffung transnationaler Strukturen;
- Beteiligung möglichst unterschiedlicher deutscher Partner (öffentliche Stellen, Wissenschaft, Wirtschaft, NGOs).
- Folgeprojekte von INTERREG III B-Aktivitäten (nur im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung).

---

<sup>11</sup> Dieser Fokus auf zwei unterschiedliche Förderperioden erklärt sich aus den unterschiedlichen Zeitpunkten der thematischen Auswertung (Themenfeld Innovationsförderung im Frühjahr 2009, Klimaschutz und Klimaanpassung im Frühjahr 2010).

<sup>12</sup> Es sind dies für das Themenfeld Innovationsförderung: Städte/Städtenetze (Deskriptoren KMU-Unterstützung, Wirtschaftsbezogene Kooperation und Existenzgründungen/Clusterbildung), Ländlicher Raum (Deskriptor Telearbeit) sowie Wissen/Information (Deskriptoren Forschung und Entwicklung/Schlüsseltechnologien, E-learning, IKT, Wissensvermittlung/Kompetenzzentren, Technologietransfer).

<sup>13</sup> Es sind dies die Deskriptoren Energieeffizienz/-einsparung, Flächenmanagement, Erneuerbare Energien/Biomassenutzung, Hochwasservorsorge/Flussraummanagement, Katastrophenschutz, Integrierte Meerespolitik, Wassermanagement, Abfallmanagement, Klimawandel, Verkehr/Multimodale Verkehrssysteme.

<sup>14</sup> Zu beachten ist, dass zum Zeitpunkt der Auswertung (November 2009) noch nicht alle bewilligten INTERREG IV B-Projekte in der BBSR-Datenbank erfasst worden waren.

<sup>15</sup> Im Themenfeld Innovationsförderung wurden diejenigen III B-Projekte aussortiert, die einen starken Bezug zum Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung aufwiesen. In diesem Themenfeld wurden diejenigen IV B-Projekte nicht weiter aufbereitet, die erst nach dem 1.1.2009 begonnen hatten, da für diese ein zu geringer Projektfortschritt vermutet wurde.

In der Gesamtschau sollten die identifizierten Projekte die unterschiedlichen Handlungsfelder transnationaler Aktivitäten der Innovationsförderung bzw. des Klimaschutzes und der Klimaanpassung und möglichst alle Kooperationsräume abdecken.

Die insgesamt 24 ausgewählten Projekte wurden mittels Dokumentenanalyse sowie leitfadengestützter Interviews mit 40 Schlüsselakteuren untersucht.<sup>16</sup> Dabei wurden jeweils Projektbeteiligte aus unterschiedlichen Sektoren (Verwaltungen, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen, NGOs) befragt. Für ausgewählte Regionen wurden die teilnehmenden bzw. adressierten Kommunen bzw. Regionen vertieft im Hinblick auf die Wirkungen des Projekts untersucht und in Fallstudien dokumentiert.

Als weitere Grundlage für die Auswertung der Projekte wurden parallel zur Erarbeitung des themenübergreifenden Kriterienkatalogs die themenfeldspezifischen Bedarfe und Anforderungen für die drei Ebenen kommunale bzw. regionale Praxis, nationale (Bund und Länder) und europäische Ebene herausgearbeitet. Die Ergebnisse dienten auch als Referenzpunkt für die Auswahl der zu untersuchenden Projekte und die inhaltliche Ausrichtung der folgenden Arbeitsschritte (Workshops, Platzierung der Projekte).

### ***Arbeitsschritt 3: Durchführung eines begleitenden Workshops***

Für das Themenfeld „Innovationsförderung“ wurde ein begleitender Workshop durchgeführt. Die Veranstaltung „Innovationsförderung durch INTERREG? – Perspektiven transnationaler Zusammenarbeit für Kommunen und Regionen“ fand am 30. Juni 2009 in Berlin statt. Eingeladen waren sowohl Projektverantwortliche abgeschlossener und laufender INTERREG B-Projekte als auch Programmverantwortliche der fünf Kooperationsräume mit deutscher Beteiligung. Die rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutierten die Zwischenergebnisse des Vorhabens sowie ausgewählte Projektansätze. Für das Forschungsvorhaben ergaben sich aus der Diskussion wichtige Anregungen für die Erarbeitung der themenspezifischen und übergreifenden Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen (vgl. Kap. 4 und 6).

### ***Arbeitsschritt 4: Aufbereitung der Ergebnisse und gezielte Platzierung der zwei Themenschwerpunkte***

(Zwischen-)Ergebnisse des Projekts wurden bereits während der Projektlaufzeit in geeigneten Veranstaltungen der jeweiligen Themenfelder durch das Difu präsentiert und in die eigenen thematischen Netzwerke der Projektbearbeiter sowie Informationsmedien (z.B. „Difu-Berichte“) eingebracht. Die Ergebnisse der Auswertung transnationaler Projekte im Bereich der Innovationsförderung wurden in der von Difu und BBSR durchgeführten Fachveranstaltung „Innovationsorientierte Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung – Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können“ am 15.12.2009 in Berlin präsentiert.<sup>17</sup> Eine Präsentation der Auswertung transnationaler Projekte im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung erfolgte im Rahmen der Fachveranstaltung „Wie bereiten sich Regionen auf den Klimawandel vor?“ von BMVBS und BBSR am 26.10.2010 auf der Euregia Leipzig.

Die Aufbereitung der Projektergebnisse erfolgte in unterschiedlichen, zielgruppenspezifisch gestalteten Dokumenten. Neben diesem Abschlussbericht wurden zwei Themenberichte erar-

---

<sup>16</sup> In einigen Fällen waren Interviewpartner an mehreren Projekten beteiligt.

<sup>17</sup> Eine Dokumentation der Veranstaltung findet sich im Internet unter [http://www.bbsr.bund.de/cIn\\_016/nn\\_22702/BBSR/DE/Aktuell/Veranstaltungen/Dokumentation/2009\\_\\_Wirtschaftsfoerderung.html](http://www.bbsr.bund.de/cIn_016/nn_22702/BBSR/DE/Aktuell/Veranstaltungen/Dokumentation/2009__Wirtschaftsfoerderung.html)

beitet. Diese vermitteln als lesefreundliche, illustrierte Publikationen Stand, Einbindung und Umsetzung der zwei behandelten Themen und den spezifischen Beitrag und Mehrwert der Projekte transnationaler Zusammenarbeit allgemeinverständlich und wenden sich primär an die kommunalen und regionalen Akteure (BBSR 2009, BBSR 2010). Darüber hinaus wurden Dokumente, Textbausteine, Fotos und Grafiken für den Internetauftritt des BBSR erarbeitet.

### **3.3 Auswahl der Themenfelder**

Im ersten Arbeitsschritt war zu prüfen, welche zwei der insgesamt fünf vom Auftraggeber vorgegebenen Themenfelder (Integrierte Meerespolitik, Demographischer Wandel, Innovationsförderung, Stadt-Land-Partnerschaften sowie Klimawandel und alternative Energien) im Mittelpunkt der weiteren Projektbearbeitung stehen sollen. Für diese thematische Auswertung wurden auf Grundlage der Zielsetzungen des Forschungsvorhabens die folgenden übergeordneten Bewertungskriterien formuliert:

- hohe Relevanz des Themenfelds für die Politik der territorialen Kohäsion (insbesondere in Bezug auf die TAEU),
- praktische Relevanz des Themenfelds in der transnationalen Zusammenarbeit (in Bezug auf bisherige INTERREG III B-Projekte sowie die Schwerpunkte der Operationellen Programme der aktuellen Förderperiode),
- hohe kommunale, nationale und europäische Relevanz.

Die dazu durchgeführte Themenanalyse stützte sich in erster Linie auf die Auswertung von Dokumenten zur Kohäsionspolitik (TAEU und deren Hintergrunddokument (BMVBS 2007), das Grünbuch zur territorialen Kohäsion (Europäische Kommission 2008)), Programmdokumente und Überblicksdarstellungen zur territorialen Zusammenarbeit sowie eine Internetrecherche bei fachpolitischen Institutionen und Netzwerken auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Hinzu kam die Auswertung der INTERREG-Datenbank des BBSR. Die Ergebnisse wurden in einem Bericht „Bedeutung ausgewählter Themenfelder in der transnationalen Zusammenarbeit“ aufbereitet und dem Auftraggeber vorgelegt.

Übersicht 6: Bedeutung ausgewählter Themenfelder der transnationalen Zusammenarbeit

Themenfeld	Integrierte Meerpolitik einschließlich Raumplanung auf dem Meer	Anpassungs- und Beeinflussungsstrategien zum demographischen Wandel	Innovationsförderung	Stadt-Land-Partnerschaften unter den Bedingungen der Globalisierung	Strategien zum Klimawandel sowie zur alternativen Erzeugung, Nutzung und Einsparung von Energien
Relevanz für die Politik der territorialen Kohäsion					
TAEU	Werkzeug zur Umsetzung der TAEU in Küsten- und Meeresräumen; enger Bezug Klimawandel	Alterung und Migration als wesentliche Herausforderungen	eigene territoriale Priorität (Cluster); enger Bezug Stadt-Land-Partnerschaften	eigene territoriale Priorität; Anspruch sektoraler Koordination; enger Bezug demographischer Wandel	eigene territoriale Priorität
Praktische Relevanz in der transnationalen Zusammenarbeit					
INTERREG III B Datenbank <sup>18</sup>	ca. 20 Prozent der Projekte sind im weitesten Sinne relevant für die integrierte Meerpolitik <sup>19</sup> ; nur wenige integrative (themenübergreifende) Projekte	ca. 14 Prozent der Projekte im Handlungsfeld Demographie; Schwerpunkt der Aktivitäten auf Erfahrungsaustausch und Pilot-/Modellprojekten	ca. 62 Prozent der Projekte sind im weitesten Sinne relevant für den Themenbereich Innovation; <sup>20</sup> Schwerpunkt der Aktivitäten auf Pilot-/Modellprojekten	ca. 21 Prozent der Projekte im weitesten Sinne relevant für die Stadt-Land-Partnerschaften; jedoch nur geringe Zahl von Projekten mit Ziel von unmittelbaren Kooperationsbeziehungen	ca. 54 Prozent der Projekte relevant für den Themenbereich Klimawandel, alternative Energien im weitesten Sinne; Schwerpunkt der Aktivitäten auf Strategieentwicklung (Anpassung) und Pilot-/Modellprojekten (Vermeidung)
INTERREG IV B	explizite Nennung in Art. 6 EFRE-Verordnung  stark differierende Relevanz: eigene Priorität im Ostseeraum; Ziel innerhalb Umweltpriorität in NWE und Nordseeraum, keine Nennung Alpenraum und Mitteleuropa	keine Nennung in Art. 6 EFRE-Verordnung  in OPs Mitteleuropa und NWE eigenes Ziel innerhalb der Priorität zur nachhaltigen Stadtentwicklung;  individuelle Schwerpunktsetzungen der Kooperationsräume	explizite Nennung in Art. 6 EFRE-Verordnung  in allen OPs eigene Priorität bzw. Alpenraum übergeordnete Programmausrichtung; Mitteleuropa zusätzlich Ziel innerhalb Priorität Verbesserung der Erreichbarkeit	mittelbare Nennung in Art. 6 EFRE-Verordnung  in OPs keine eigene Priorität; Alpen- und Ostseeraum sowie Mitteleuropa diesbezügliche Projektvorschläge innerhalb Wettbewerbspriorität; NWE und Nordseeraum indirekte Bezüge	explizite Nennung in Art. 6 EFRE-Verordnung  in OPs unter Begrifflichkeit Umwelt- und Risikomanagement bzw. -Vermeidung als Prioritäten; in allen OPs Ziel innerhalb Priorität Umwelt (-management) bzw. Risikovermeidung

<sup>18</sup> In der Datenbank des BBSR sind 490 aus den fünf Kooperationsräumen mit deutscher Beteiligung erfasst. Diese sind jeweils zwei der zehn Handlungsfelder des EUREK sowie zugehöriger Deskriptoren zugeordnet. Dadurch können einzelne Projekte auch für mehrere der hier untersuchten Themenfelder relevant sein.

<sup>19</sup> Wert dürfte tatsächlich etwas geringer sein, aufgrund „Sammeldeskriptor“ Risikvorsorge/Katastrophenschutz/Maritime Sicherheit.

<sup>20</sup> Ca. 15 Prozent der Projekte nach Einschätzung des BBSR mit engerem innovationspolitischem Fokus (z.B. Clusterförderung, beispielhafte Anwendungen von Innovationen in der Wirtschaft, transnationale Transfer- und wirtschaftsbezogene Fortbildungsstrukturen).

Übersicht 6: Bedeutung ausgewählter Themenfelder der transnationalen Zusammenarbeit (Fortsetzung)

Themenfeld	Integrierte Meererespolitik einschließlich Raumplanung auf dem Meer	Anpassungs- und Beeinflussungsstrategien zum demographischen Wandel	Innovationsförderung	Stadt-Land-Partnerschaften unter den Bedingungen der Globalisierung	Klimaschutz und Klimaanpassung
Kommunale, nationale und europäische Relevanz					
Kommune	partielle Betroffenheit (Küstenregionen)	sehr hohe Betroffenheit (Stadtentwicklung, Soziales, Finanzen) bei variierenden Problemlagen	hohe Betroffenheit (Kommune als Wirtschaftsstandort)	partielle Betroffenheit (insbes. ländlicher Raum)	sehr hohe Betroffenheit (Klimafolgen wie Hochwasserschutz)
Handlungspotenzial	mittleres Handlungspotenzial (insbes. IKZM)	mittleres Handlungspotenzial (Soziales)	variierendes Handlungspotenzial (insbes. Wirtschaftsförderung, innovative Beschaffung, Pilotanwendungen)	praktisch eingeschränktes Handlungspotenzial (voraussetzungsvolles Konzept)	sehr hohes Handlungspotenzial (Klimaschutzkonzepte, Investitionen, Vorbild- und Beratungsfunktion für Bürger und Unternehmen)
Aktivitätsniveau	punktuell	unterschiedlich (Verankerung als Querschnittsaufgabe; Erarbeitung integrierter Konzepte unterschiedlich)	hoch (insbes. Großstädte und regionale Ebene)	hoch bei interkommunaler Kooperation generell, aber kaum Erfahrungen zur Kooperationsraum/ländlicher Raum	unterschiedlich
Bund/ Länder	Umsetzung Meereresstrategie-richtlinie  Aktivitäten der Küstenländer (insbes. technologieorientiert)	Familienpolitik (BMFSJ), Modellvorhaben (BMVBS)  vielfältige Aktivitäten auf Landesebene (z.B. Kommissionen, Foren)	Hightech-Strategie; regionale Programme, Wettbewerbe, Pilotanwendungen (BMBF; BMWI)  gesonderte Programme der Länder (z.B. Clusterstrategien)	Modellvorhaben (BMVBS) Begriff auf Landesebene kaum eingeführt	umfangreiche Rechtsetzung und Förderprogramme zu vorsorgendem Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen  gesonderte Landesförderprogramme
EU	hohes Aktivitätsniveau: maßgebliche Rechtssetzung: Meereresstrategie-richtlinie  großes Handlungspotenzial: Kompetenz Umweltpolitik (Art. 174 EGV)	mittleres Aktivitätsniveau: primär „offene Koordination“  mittleres Handlungspotenzial: Kompetenz Sozialpolitik (Art. 137 EGV) und Instrument Europäischer Sozialfonds	hohes Aktivitätsniveau: Forschungsrahmenprogramm; CIP-Programm; Lisbon-Agenda  hohes Handlungspotenzial: Kompetenz Forschung u. Technologische Entwicklung (Art. 163 EGV) u. Strukturpolitik (Art. 160 EGV)	mittleres Aktivitätsniveau: primär „offene Koordination“  geringes Handlungspotenzial: keine Kompetenz Raumentwicklungspolitik; mittelbare Bezüge Strukturpolitik und Agrarpolitik	hohes Aktivitätsniveau: Klimawandel Aktionsbereich des Umweltaktionsprogramms (2002-2010)  hohes Handlungspotenzial: Kompetenz Umweltpolitik (Art. 174 EGV) und Energiepolitik

Quelle: Eigene Darstellung

Die Ergebnisse der Themenanalyse lassen sich im Hinblick auf die drei Bewertungskriterien folgendermaßen zusammenfassen:

- *Relevanz für die Politik der territorialen Kohäsion:* Die Benennung der Themenfelder in der Territorialen Agenda war eine notwendige Voraussetzung für deren Auswahl. Die erste Zeile der synoptischen Darstellung macht deutlich, dass sich alle Themenfelder als eigene territoriale Priorität bzw. als zentrale Herausforderung (demographischer Wandel) in der TAEU wiederfanden. In Art und Umfang der Darstellung nahmen Stadt-Land-Partnerschaften sowie Innovationsförderung eine etwas größere Rolle ein.
- *Praktische Relevanz in der transnationalen Zusammenarbeit:* Zu allen fünf Themenfeldern fanden sich in der INTERREG-Datenbank des BBSR thematisch einschlägige, abgeschlossene Projekte aus der vorangegangenen Förderperiode. Besonders viele Projekte waren in den Themen Innovationsförderung (ca. 62 Prozent) sowie Klimawandel/alternative Energien (ca. 54 Prozent) zu finden. Für alle fünf Themenfelder waren nach den Operationellen Programmen der fünf Kooperationsräume mit deutscher Beteiligung Projekte zu erwarten. Allerdings zeichnen sich Unterschiede in der Gewichtung ab.
- *Kommunale, nationale und europäische Relevanz:* Auf kommunaler Ebene ließen sich für die „raumbezogenen“ Themenfelder Meerespolitik und Stadt-Land-Partnerschaften eine partielle Betroffenheit und ein eher punktuell Aktivitätsniveau feststellen. Deutlich ausgeprägter ist die Relevanz – sowohl was die Betroffenheit also auch was die Handlungsmöglichkeiten und Aktivitäten angeht – in den Themenfeldern Innovation, Klimawandel und Demographie. Auf Bundes- und Landesebene fanden sich Aktivitäten zu allen Themenfeldern, wobei grob zwischen Bereichen, in denen primär informatorische Maßnahmen, konzeptionelle Arbeiten und Modellprojekte umgesetzt werden (z.B. Demographie, Stadt-Land-Partnerschaften), und Bereichen, die durch Rechtsetzung (z.B. Klimawandel, Teile der Meerespolitik) bzw. Fördermittel geprägt sind (z.B. Klimawandel, Innovationspolitik), unterschieden werden kann. Eine sehr ähnliche Bewertung ergibt sich für die europäische Ebene.

Für die weitere Bearbeitung wurden in Abstimmung mit dem Auftraggeber die beiden Themenfelder Innovationsförderung sowie Strategien zum Klimawandel sowie zur alternativen Erzeugung, Nutzung und Einsparung von Energien (kurz: Klimaschutz und Klimaanpassung) ausgewählt. Dabei waren die folgenden Überlegungen maßgeblich:

- *Integrierte Meerespolitik einschließlich Raumplanung auf dem Meer:* Dieses Themenfeld ist in Teilaspekten für Kommunen in Küstenregionen von wachsender Bedeutung (etwa im Zusammenhang mit dem Integrierten Küstenzonenmanagement IKZM). Im Unterschied zu den meisten anderen Themenfeldern ist es von eindeutig transnationalem Charakter. Die europäische Ebene nimmt eine wichtige Schrittmacherfunktion in diesem Themenfeld ein. Mit der Umsetzung der Meeresrichtlinie sind auf nationaler Ebene wichtige Fragen zu klären. Gleichwohl ist anzumerken, dass mit der Wahl dieses Themenfeldes eine räumliche Beschränkung des Vorhabens verbunden gewesen wäre.
- *Anpassungs- und Beeinflussungsstrategien zum demographischen Wandel:* Dieses Themenfeld ist von hoher kommunaler Relevanz, in der tatsächlichen Bearbeitung scheinen vielerorts noch Verbesserungsmöglichkeiten zu bestehen, die auch über gute Beispiele aus transnationalen Projekten im Rahmen dieses Vorhabens angeregt werden könnten (z.B. Erfahrungen mit der Dienstleistungserbringung im ländlichen Raum im europäischen Ausland). Nationale und europäische Aktivitäten unterstreichen die Bedeutung des Themenfelds – diese sind jedoch primär informationsorientiert. Einschränkend muss bemerkt werden, dass die Basis an INTERREG III B-Projekten vergleichsweise schmal ist, insbe-

sondere was die Erfahrungen mit integrierten Anpassungs- und Beeinflussungsstrategien angeht.

- *Innovationsförderung:* In diesem Themenfeld ist eine hohe Relevanz über alle Ebenen hinweg zu vermerken. Gleichzeitig konnte auf eine gute transnationale Projektbasis aufgebaut werden. Von einer Zunahme an Projekten in der aktuellen Förderperiode konnte ausgegangen werden. Ein spezifischer Beitrag von INTERREG III B-Projekten scheint im Bereich der pilothaften Anwendung von Innovationen zu liegen. Mit Fragen wie der Internationalisierung von Clusteraktivitäten und technologieorientierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hat das Themenfeld auch eine wichtige transnationale Dimension. Es war davon auszugehen, dass diese Aspekte innerhalb des Vorhabens weiter vertieft werden könnten. Insofern ergänzen Aktivitäten der transnationalen Zusammenarbeit europäische und nationale Programme im Bereich Forschung und Entwicklung (z.B. 7. Forschungsrahmenprogramm, nationale und regionale Clusteraktivitäten) und leisten einen Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Strategie. Eine Bearbeitung des Themas im Jahr 2009 hatte den Vorteil, dass diese noch während der Laufzeit der Lissabon-Strategie stattfand und auch einen Beitrag zum zeitgleich stattfindenden „Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation“ darstellen konnte.
- *Stadt-Land-Partnerschaften unter den Bedingungen der Globalisierung:* Interkommunale Kooperation ist sowohl in Verdichtungsräumen als auch in ländlichen Regionen vielfache Praxis, gerade auch im Zusammenhang mit Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit (Standortmarketing, Wirtschaftsförderung) – das weitergehende Konzept themenfeldübergreifender Partnerschaften zwischen städtischen und ländlichen Räumen scheint bisher im Wesentlichen auf Modellvorhaben beschränkt. Insofern könnte den vereinzelt vorliegenden Erfahrungen aus INTERREG III B-Projekten eine illustrierende Wirkung zukommen. Die Ausgestaltung der aktuellen Operationellen Programme ließ zumindest auf weitere Projekte in diesem Themenfeld hoffen.
- *Strategien zum Klimawandel sowie zur alternativen Erzeugung, Nutzung und Einsparung von Energien (kurz: Klimaschutz und Klimaanpassung):* Sowohl bei der Reduktion klimaschädlicher Emissionen (Klimaschutz) als auch bei Maßnahmen zur Anpassung an Klimaveränderungen kommt Kommunen eine zentrale Rolle zu, die sie bislang mit unterschiedlichem Engagement angehen. Aus der vorangegangenen Förderperiode lagen zahlreiche Projekterfahrungen vor, die einen Impuls für die kommunale Praxis darstellten und nationale wie europäische Anstrengungen zur Verbreitung „guter Beispiele“ ergänzen konnten. Gerade bei Anpassungsstrategien (z.B. Hochwasserschutz) konnte eine eindeutige transnationale Dimension festgestellt werden.

## 4. Themenfeld Innovationsförderung

### 4.1 Grundlagen

Innovationsförderung und Raumentwicklung stehen in einer engen Wechselbeziehung zueinander: Regionale Strukturen können Innovationsprozesse positiv beeinflussen, indem sie die Voraussetzungen für Innovationsleistungen schaffen, z.B. in Form von Infrastrukturen (Technologie- und Gründerzentren etc.) oder Akteursstrukturen (Clusterinitiativen und Netzwerke). Auf der anderen Seite wirkt die Gesamtheit der Innovationsprozesse wiederum zurück auf die Wettbewerbsfähigkeit von Städten und Regionen und damit auf die Raumentwicklung. Gleichzeitig haben technologische Innovationen Auswirkungen auf die Nutzung des Raumes. Ihr Einsatz kann – etwa im Rahmen der Infrastrukturpolitik – bewusst geschehen, um die Raumentwicklung zu beeinflussen, beispielsweise die Verbesserung der IuK-Infrastruktur im ländlichen Raum (Fritsch 2005, Koschatzky 2003).

Innovationen treiben den technologisch-ökonomischen Strukturwandel voran und sind zugleich Instrument zur Bewältigung seiner strukturellen Folgen. Die Folgen des technologisch-ökonomischen Strukturwandels (Arbeitsplatzverluste vor allem in der industriellen Produktion, Arbeitsplatzgewinne im Dienstleistungssektor, neue Qualifikationsanforderungen, Veränderung der Branchenstruktur, Flächenverbrauch, Altlastensanierung usw.) zeigen sich gerade auf lokaler und regionaler Ebene. Mit dem ökonomischen Strukturwandel umzugehen, gehört daher zu den Hauptaufgaben kommunaler Wirtschaftspolitik. Der Handlungsbedarf in Kommunen und Regionen steigt in dem Maße, wie der ökonomische Strukturwandel in immer schärferer Form zum Abbau von Arbeitsplätzen in bestimmten Branchen und Regionen führt und dies nicht durch Wachstum in anderen Bereichen kompensiert werden kann.

Produkt- wie Prozessinnovationen (Veränderungen, die mit neuen Produkten und neuen Verfahren verbunden sind) beeinflussen den ökonomischen Wandel. Sie führen zu Produktivitätssteigerungen, die mit Veränderungen in der relativen Preisstruktur verbunden sind. Damit verändert sich auch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Auf Nachfrageverschiebungen reagieren Produzenten und Dienstleister mit einer veränderten Organisation der Produktion, die sich auch in gewandelten Beschäftigungsstrukturen (flexibilisierte Beschäftigungsverhältnisse, veränderte Qualifikationsstrukturen usw.) zeigt. Bedrohlich wird dieser Prozess, wenn ein erheblicher Innovationsstau besteht – weil Unternehmen den Innovationsprozess „verschlafen“ oder keine Möglichkeit haben, sich um Innovationen zu kümmern, weil ihnen die finanziellen und personellen Ressourcen fehlen oder weil innovationsfeindliche Anreize längere Zeit dazu beigetragen haben, überkommene Strukturen zu konservieren – und sich später in kurzer Zeit große Teile der Wirtschaftsstruktur verändern müssen (Ragnitz 2004).

Im Rahmen der Profilbildung von Regionen wird dem technologischen Strukturwandel sowie dem Zusammenhang von ökonomisch-technologischem Strukturwandel und der Entwicklung regionaler Innovationsmilieus große Bedeutung zugemessen. Regionen unterscheiden sich in Bezug auf ihre Entwicklungspotenziale. Sie verfügen über eine unterschiedliche Ausstattung mit territorialem Kapital, das von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt wird. Für den Innovationsprozess spielen beispielsweise Akteursstrukturen, Kooperationskulturen und Traditionen eine wichtige Rolle (Camagni 1991). Die Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung in regionalen Innovationssystemen und die Einbettung der einzelnen Akteure in diese regionalen Systeme sind von besonderer Relevanz für die Entwicklung innovativer Milieus und den Innovationsprozess (Grabher 1993) und spielen auch im Rahmen von Clusterkonzepten eine zentrale Rolle als Förderfaktoren (Floeting 2008). Sie dienen insgesamt der Ver-

besserung wirtschaftsbezogener Kooperationen. An dieser Stelle setzt die Förderung von Innovationen zur Stärkung der Raumentwicklung im Rahmen der INTERREG-Programme an.

## 4.2 Stellenwert in der TAEU

In der TAEU wird das Themenfeld Innovationsförderung in zwei der insgesamt sechs territorialen Prioritäten räumlicher Entwicklungsmaßnahmen angesprochen. Hierzu zählen sowohl die „Polyzentrische Entwicklung und Innovationen durch Vernetzung von Stadtregionen und Städten“ als auch die „Bildung wettbewerbsfähiger und innovativer regionaler Cluster in Europa“. Dabei geht die TAEU davon aus, dass Stadtregionen und Städte ihre Stärken am besten entfalten, wenn es ihnen gelingt, Vernetzungen in einem polyzentrischen europäischen Raum innovativ umzusetzen. Damit schafften sie die besten Voraussetzungen, um den globalen Wettbewerb für die eigene Entwicklung nutzbar zu machen (TAEU, Ziff. 14): Die Bildung von innovativen Clustern, in denen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung vernetzt zusammenarbeiten, wird als wichtiges Instrument der regionalen Kräftebündelung angesehen. Dabei werden auch die Chancen transnationaler Clusteransätze („über Binnen- und Außengrenzen hinweg“) angesprochen, die zu einer Ausdehnung von Wachstumsimpulsen über den wirtschaftsstarken Kernraum der EU hinaus beitragen können (ebd., Ziff. 18 f.). Auch die Orientierungsfunktionen räumlicher Spezialisierungen werden in der TAEU angesprochen: Bestehende Innovationszentren trügen zu einer Schärfung des internationalen Profils von Gebietskörperschaften bei (ebd., Ziff. 19).

Die Studie „Territoriale Ausgangslage und Perspektiven der Europäischen Union“, das Hintergrunddokument zur TAEU (BMVBS 2007), weist auf die Notwendigkeit einer besseren Verzahnung von Innovationspolitik und regionalen Entwicklungspolitiken hin. Als wesentliches Umsetzungsinstrument werden regionale Clusteransätze genannt. Diese müssten durch eine europäische Clusterstrategie unterstützt und um grenzüberschreitende und transnationale Ansätze erweitert werden (ebd., Ziff. 164 ff.). Ein Diskurs über europäische Clusterpolitik sollte dabei die folgenden territorialen Themen behandeln:

- Internationales Benchmarking für einen effektiven Wissens- und Erfahrungsaustausch der europäischen Städte und Regionen mit Hilfe des ESPON und anderer Instrumente der Europäischen Union wie dem Urban Audit;
- Anregung von Spezialisierung und Arbeitsteilung durch die funktionale Anbindung von Klein- und Mittelstädten und ländlichen Räumen an größere kreative Innovationszentren und das nationale Innovationssystem;
- Förderung der vorhandenen Stärken der Regionen und Identifizierung von Vernetzungsmöglichkeiten (funktionale Cluster);
- sektorenübergreifende Ausbildungsaktivitäten in der Verwaltung, Wirtschaft und in Nichtregierungsorganisationen; Förderung des Unternehmertums und des Kompetenzaufbaus von Regierungsstellen sowie Stärkung der wirtschaftlichen Ausrichtung und der Professionalität des Personals;
- Stärkung der Dreifachhelix: Unterstützung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Forschung sowie Aufbau transnationaler Netzwerke durch die öffentliche Hand (auch als Teil der Regionalentwicklung); Anregung der Weiterentwicklung des sozialen Kapitals durch regionale Akteure; Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften für Innovation (einschließlich FuE) mit dem Ziel der Erhöhung von innovationspolitischen Aktivitäten auf regionaler und nationaler Ebene;

- Unterstützung aller Innovationsarten und Phasen von Innovationsprozessen durch Investitionen; Sicherstellung der Ausgewogenheit von materiellen und immateriellen Investitionen;
- Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit, sobald Engpässe aufgrund der relativen Größe mit Hilfe von Technologietransfer, Ausbildung und Einrichtungen zur Unterstützung von Unternehmen überwunden werden können.

### **4.3 Stellenwert in den Programmen der transnationalen Zusammenarbeit**

Innerhalb der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B (2000–2007) bildete das Themenfeld Innovationspolitik keine eigenständige Priorität. Vielmehr wurden Aspekte der Innovationsförderung im grundlegenden Programmdokument in einzelnen Maßnahmebeispielen der Prioritäten Raumentwicklungsstrategien und Verkehrsnetze und Informationsgesellschaft angesprochen (Europäische Kommission 2000):

- *Priorität Raumentwicklungsstrategien:* Zusammenarbeit in Forschungs- und Entwicklungsfragen sowie im Hinblick auf den Zugang zu Innovationen, insbesondere im Zusammenhang mit Städtenetzen
- *Priorität Verkehrsnetze und Informationsgesellschaft:* Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien für die Vernetzung und die Bildung von „virtuellen Clustern“, insbesondere zur Unterstützung von gemeinsame Unternehmens- und Marketingstrategien; Zugang von KMU zu Innovationen (insbesondere technologischen Innovationen) verbessern; Telematikdienste, die Zugang zu Wissen und Innovationen verbessern, insbesondere in Sektoren wie elektronischer Geschäftsverkehr, Bildung, Forschung und Telearbeit.

Innerhalb von INTERREG IV B (2007–2013) ist Innovation neben Umwelt, Zugänglichkeit und Nachhaltige Stadtentwicklung eine von vier Förderprioritäten (vgl. Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 6, Ziff. 2a). Ziel sind die Schaffung und der Ausbau von Wissenschafts- und Technologienetzwerken und die Aufwertung von regionalen FTE- und Innovationskapazitäten, sofern diese direkt zu einer ausgewogenen Entwicklung transnationaler Räume beitragen. Es werden außerdem folgende Maßnahmen genannt:

- Schaffung von Netzwerken zwischen geeigneten Einrichtungen im Bereich der tertiären Bildung und Forschungsinstituten und den KMU;
- Verbindungen zur Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Kenntnissen sowie des Technologietransfers;
- Entwicklung von gemeinsamen Finanzierungsinstrumenten zur Förderung von FTE in den KMU.

### **4.4 Handlungsfelder in INTERREG III B**

Bereits in der abgeschlossenen Programmperiode (INTERREG III) wurden Projekte gefördert, die sich mit Prozessen der technologischen und ökonomischen Erneuerung in den Regionen befassten. In der gegenwärtigen Programmperiode (2007–2013) kommt der Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und Innovation eine besondere Bedeutung zu. Dadurch sollen die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Kooperationsraums gestärkt und die Entwicklung

der wissensbasierten Wirtschaft durch Nutzung der Innovationskapazitäten im Sinne der Lisbon-Agenda vorangebracht werden. INTERREG B zielt dabei im Unterschied zu den Fachprogrammen, die Innovationen fördern sollen, auf eine integrierte territoriale Entwicklung ab und konzentriert sich im Unterschied zu den nationalen, regionalen, interregionalen und Grenzraumprogrammen auf die transnationale Dimension. Projektbeispiele machen deutlich, in welchen Handlungsfeldern innovationsorientierte INTERREG-Projekte durchgeführt werden können:

- *Verbesserung der Rahmenbedingungen von Innovationsprozessen* wie beim Projekt ELAt, das auf die Entwicklung einer wissensökonomischen Region über nationale Grenzen hinweg im Gebiet Eindhoven-Leuven-Aachen zielt, oder beim Projekt BaltMet Inno zur Entwicklung von Innovationsstrategien für Hauptstadtregionen in der Ostseeregion im Ost-West-Dialog;
- *Schaffung und Weiterentwicklung von Clustern und Netzwerken* in unterschiedlichen Branchen und Technologiefeldern. Beispiele sind das Projekt BioSmile zur Förderung der transnationalen Zusammenarbeit von Clustern im Bereich der Biotechnologie und deren Nutzung für KMU, das Projekt BSR eHealth zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum durch die Nutzung elektronischer Medien über Staatsgrenzen hinweg oder das Projekt ECCE zur Förderung von Unternehmensclustern im Bereich der Kulturwirtschaft;
- *Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Innovationen*: So wurden beispielsweise im Projekt ICTs for SMEs regionale Strategien und Lösungen zur Förderung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien und deren Nutzung durch KMU entwickelt;
- *Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen*: Das Projekt B-SME konnte zum Beispiel zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit von Klein-, Mittel- und Handwerksbetrieben in der Ostseeregion beitragen;
- *Schaffung und Weiterentwicklung von Aus- und Fortbildungsangeboten*: So konnten im Projekt ScanBalt Campus Universitäten, Unternehmen, Verwaltungen und andere Akteure ein Netzwerk organisieren, das zur Verbesserung der transnationalen Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Fortbildung sowie Forschung und Entwicklung in den Biowissenschaften beiträgt.

Abbildung 2: Handlungsfelder innovationsorientierter Wirtschaftsförderung



Quelle: Eigene Darstellung

Darüber hinaus werden im Rahmen von INTERREG Projekte gefördert, die sich auf ein bestimmtes Technologiefeld oder eine Schlüsseltechnologie konzentrieren, wie das Projekt Baltic Rural Broadband, das Konzepte zur Breitbandversorgung in dünn besiedelten ländlichen Gebieten des Ostseeraumes entwickelt hat, oder das Projekt BIRD zur Analyse der Bedeutung von Breitbandzugängen für die Innovationsfähigkeit und Entwicklung von Regionen mit Empfehlungen für deren Weiterentwicklung. Die Informations- und Kommunikationstechnologien spielten in diesem Bereich in den vergangenen Jahren eine besondere Rolle, gehen von ihnen als Raumüberwindungstechnologien doch konkrete räumliche Wirkungen aus. Diese können eng auf den Raum bezogen werden, wie etwa die Verbesserung der Standortfaktorenausstattung.

Schließlich werden Projekte gefördert, die zur Schaffung und Weiterentwicklung von Finanzierungsinstrumenten zur Verbesserung von Innovationsprozessen beitragen, insbesondere zur Förderung des Wissens- und Technologietransfers. Ein Beispiel ist das Projekt JOSEFIN, das neue Finanzierungsinstrumente zur Innovationsförderung entwickelt. Projekte in diesem Themenfeld gehören erst seit jüngerer Zeit zu den geförderten INTERREG-Projekten im Bereich innovationsorientierte Wirtschaftsförderung und Raumentwicklung.

In gewissem Umfang dienen die geförderten Projekte auch der Förderung von Forschung und Entwicklung. Dies gilt besonders, wenn konkrete Raumbezüge bei den Forschungs- und Entwicklungsarbeiten vorhanden sind, wie etwa bei dem Projekt VEPs, das IT-gestützte Visualisierungsmöglichkeiten zur Verbesserung von Planungsverfahren (*e-planning*) und Bürgerbeteiligung entwickelt hat. Im Unterschied zum Forschungsrahmenprogramm der EU steht die Unterstützung von unmittelbaren FuE-Aktivitäten aber nicht im Mittelpunkt der INTERREG-Förderung. Wichtig ist dabei, dass die Schnittstelle zur Raumentwicklung hergestellt werden kann. Die Projekte müssen territoriale ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Be-

dingungen beachten und Lösungen anstreben, bei der die transnationale Zusammenarbeit zu einem Mehrwert beitragen kann.

## 4.5 Untersuchte Projekte

Insgesamt elf INTERREG III B-Projekte der Innovationsförderung wurden in Fallstudien vertieft untersucht (vgl. Übersicht 7).<sup>21</sup>

Übersicht 7: Untersuchte Projekte im Themenfeld Innovationsförderung<sup>22</sup>

Projektname	Programmraum	Handlungsfeld(er)	Ausgewählte Produkte	Ausgewählte Ergebnisse und Wirkungen
Eindhoven Leuven Aachen Triangle (ELAT)	INTERREG III B Nordwesteuropa	transnationale Innovationsstrategien	Erarbeitung einer transnationalen Innovationsstrategie	Räumliche Ausweitung und inhaltliche Vertiefung der bisherigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
Joint SME Finance for Innovation (JOSEFIN)	INTERREG IV B Ostseeraum	Finanzierungsinstrumente	transnationaler Verbund revolvingender Bürgerschaftsfonds für innovative KMU	Verbesserte Finanzierung transnationaler Innovationsaktivitäten
Virtual Environmental Planning System (VEPs)	INTERREG III B Nordwesteuropa	Forschung und Entwicklung	Internetwerkzeug zur Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung (OPPA 3D-Tool)	Integrierte Stadtplanung durch bessere Bürgerbeteiligung und Abstimmung zwischen Fachverwaltung
Baltic Metropolitan Innovation Strategy (BaltMet Inno)	INTERREG III B Ostseeraum	transnationalen Innovationsstrategien	Transnationale Innovationsstrategie für Städtetzwerk im Ostseeraum	Abstimmung innovationspolitischer Prioritäten und Handlungsfelder Umsetzung in Folgeprojekten
Developing Economic Clusters of Cultural Enterprises (ECCE)	INTERREG III B Nordwesteuropa	Cluster- und Kompetenzfeldentwicklung	Erfahrungsaustausch zur Förderung der Kreativwirtschaft	Wechselseitige Übernahme von Konzepten und Instrumenten (z.B. Coaching; Finanzierung)
Baltic Spatial development Measures for Enterprise (B-SME)	INTERREG III B Ostseeraum	Stärkung von KMU	Neue Bildungsangebote für Handwerk und KMU (u.a. Baltic Sea Academy) und transnationale Akkreditierungen	Unterstützung der Internationalisierung und Erleichterung Arbeitskräftemobilität
ScanBalt Campus – a European model case for transnational and transsectoral institution building in education, research and development	INTERREG III B Ostseeraum	Aus- und Fortbildung	Gründung der ScanBalt Academy und Formulierung eines abgestimmten Curriculums (ScanBalt Campus Curricula)	Stärkung der Vernetzung und der transnationalen Zusammenarbeit im Bereich der Life Sciences in Forschung und Lehre

<sup>21</sup> Zum Auswahlverfahren siehe auch Kap. 3.2. Zusätzlich wurde mit JOSEFIN ein laufendes INTERREG IV B-Projekt mit untersucht, da das Handlungsfeld Finanzierungsinstrumente in der Programmperiode III B noch nicht bearbeitet worden war.

<sup>22</sup> Eine ausführliche Darstellung der Projekte findet sich im Anhang.

Übersicht 7: Untersuchte Projekte im Themenfeld Innovationsförderung (Fortsetzung)

Projektname	Programmraum	Handlungsfeld(er)	Ausgewählte Produkte	Ausgewählte Ergebnisse und Wirkungen
Integrated regional health care structures – e-health in the Baltic Sea Region (BSR eHealth)	INTERREG III B Ostseeraum	Cluster- und Kompetenzfeldentwicklung	Tele-EKG für Notfall-einsätze auf Ostseefähren; Gesundheitsstick	Verbesserung transnationaler Gesundheitsdienstleistungen
Regional Strategies and Solutions to Enhance ICT-Access and use for SMEs (ICTs for SMEs)	INTERREG III B Nordseeraum	Technologie- und Wissenstransfer	Betriebsberatungen und Audits zu Themen wie Datensicherheit und E-Commerce	verbesserter Zugang von KMU zu Informations- und Kommunikationstechnologien
Baltic Rural Broadband	INTERREG III B Ostseeraum	Technologiefeldspezifische Pilotanwendungen	Erarbeitung von Konzepten zur Breitbandversorgung im ländlichen Raum	Sensibilisierung von Politik und Gesellschaft für Thematik
Broadband Access for Innovation and Regional Development (BIRD)	INTERREG III B Nordseeraum	Technologiefeldspezifische Pilotanwendungen	Entwicklung und Umsetzung breitbandgestützter Regionalentwicklung und Geschäftsmodelle	Einrichtung von Beratungszentren für Kommunen; Stimulierung öffentlicher Folgeinvestitionen in Breitbandinfrastruktur
BioSmile	INTERREG III B Nordwesteuropa	Cluster- und Kompetenzfeldentwicklung	Instrumente und Strukturen für Anbahnung von FuE- sowie Geschäftstätigkeiten	Steigerung der transnationalen Vernetzung von Biotech-Unternehmen und Forschungseinrichtungen

Quelle: Eigene Darstellung

#### 4.6 Beiträge der transnationalen Zusammenarbeit zur Innovationsförderung

In der Analyse ausgewählter Projekte konnte eine Reihe von spezifischen Beiträgen transnationaler Zusammenarbeit für die Innovationsförderung in den Programmräumen herausgearbeitet werden (Forschungsfrage Nr. 1). Diese werden in den nachfolgenden Abschnitten dargestellt.

##### **Realisierung von Größenvorteilen (kritische Masse, inhaltliche Synergien, Marketingeffekte)**

Die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung innerhalb der INTERREG-Kooperationsräume ermöglicht Größenvorteile verschiedener Art. Die Schlagworte dazu: kritische Masse erreichen, inhaltliche Synergien nutzen und gemeinsame Marketingeffekte erzielen. Beispiele dafür finden sich in praktisch allen untersuchten Projekten. Am Biotechnologie- und Life-Science-Netzwerk ScanBalt im Ostseeraum lassen sich solche Größenvorteile exemplarisch aufzeigen. Durch die Vernetzung von Hochschulangeboten und Forschungsaktivitäten im Bereich Biotechnologie mithilfe verschiedener Instrumente, wie der *ScanBalt Academy*, gemeinsamen Hochschul-Curricula, themenorientierten Wissensnetzwerken oder Veranstaltungen, können Studierende und Forscher nun auf ein breiteres Wissensangebot zugreifen. Gleichzeitig ergeben sich durch die Zusammenarbeit von über 30 Hochschulen,

Forschungseinrichtungen und Unternehmen inhaltliche Synergien, etwa an den Schnittstellen spezialisierter Forschungsbereiche. Schließlich wurde mit dem Netzwerk ScanBalt eine Marke für die Biotechnologiekompetenzen im Ostseeraum mit internationaler Ausstrahlung positioniert.

### ***Gemeinsame Standards für die Einführung von Innovationen***

Dem öffentlichen Sektor kommt eine bedeutende Rolle zu, wenn es darum geht, über Standards und Normen die Voraussetzungen für die Einführung von Innovationen zu schaffen. Die wirtschaftlichen Beziehungen der meisten Unternehmen und die Lebenswelten vieler Europäer machen es immer notwendiger, dass neue Dienstleistungen für Unternehmen und Private länderübergreifend erbracht werden. Der Gesundheitsbereich ist dafür ein gutes Beispiel. Transnationale Projekte tragen dazu bei, dass Innovationen über Grenzen hinweg zur Anwendung kommen können, so etwa im Projekt BSR eHealth. Hier wurden in Zusammenarbeit von Krankenkassen, Gesundheitsverwaltung und Kliniken Möglichkeiten zur Speicherung und grenzübergreifenden Nutzung von Patientendaten (USB-Stick für Patientendaten) entwickelt oder der Einsatz von Tele-Elektrokardiogrammen auf Fähren im Ostseeraum erprobt. Dabei gelang es jeweils, diese neuen Dienstleistungen in dauerhafte Geschäftsmodelle zu überführen.

## **4.7 Beiträge der transnationalen Zusammenarbeit für eine nachhaltige Raumentwicklung**

Nicht nur für die unmittelbaren Projektbeteiligten und die Zielgruppen der Projektaktivitäten entfalten Projekte der Innovationsförderung positive Wirkungen. Es lassen sich auch verschiedene Beiträge transnationaler Projekte zur Raumentwicklung feststellen, die sowohl das Raumverständnis, den Handlungsraum von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft, als auch die konkreten Raumqualitäten verändern.

### ***Neue innovationsbezogene Leitbilder***

In vielen Städten und Regionen ist die Innovationsförderung ganz auf die eigenen Stärken des eigenen Raumes fokussiert. Die Zusammenarbeit in transnationalen Kooperationsräumen ergänzt diese Strategien und schärft den Blick für Gemeinsamkeiten und daraus erwachsende Chancen. Diejenigen INTERREG-Projekte, die sich auf die Erarbeitung gemeinsamer Innovationsstrategien konzentriert haben, beispielsweise BaltMet Inno, zeigen, wie sich der Referenzrahmen – zumindest teilweise – auf die transnationale Ebene verschiebt. Die Mitglieder des Städtenetzwerks Baltic Metropolies konnten mit ihrem Leitbild „Archipelago of Innovation“ gemeinsame innovationspolitische Prioritäten und Handlungsfelder definieren. Eine Reihe von Folgeprojekten in einzelnen Technologiefeldern konnte auf dieser Basis entwickelt werden.

### ***Transnationale Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen***

Auf der Ebene konkreter Wissenschafts- und Wirtschaftskontakte tragen transnationale Projekte zur stärkeren Vernetzung in den einzelnen Kooperationsräumen bei. Beispiel Biotechnologie in Nordwesteuropa: Im Projekt BioSmile entwickelte Dienstleistungen wie die „Business

Development Agents“ in den beteiligten Branchennetzwerken ermöglichten die Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen in der Großregion. Dies erweitert räumliche Orientierung und Kontakte der beteiligten Einrichtungen und Unternehmen – mit der Folge neuer Muster im Wissensaustausch und bei Geschäftsbeziehungen.

### ***Verbesserung der Innovationsbedingungen***

Die nachhaltige Raumentwicklung steht im Mittelpunkt der INTERREG-Programme. Transnationale Projekte schaffen vielfach konzeptionelle Grundlagen und neue Instrumente für die Raumplanung selbst oder für raumwirksame Bereiche wie Umwelt und Verkehr. Projekte der Innovationsförderung stärken die Innovationskraft von Unternehmen und Wissenschaft, bewirken damit Impulse für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Dies gilt für die wirtschaftsstarke metropolitenen Räume, besonders aber auch für die ländlichen Räume. So beeinflussten die in den Projekten Baltic Rural Broadband und BIRD erarbeiteten Strategien und Pilotanwendungen für die Verbesserung der Breitbandanbindung in ländlichen Räumen „harte“ Standortfaktoren und damit konkrete Standortentscheidungen. Die Anbindung eines Gewerbegebiets an die „Datenautobahn“ im Landkreis Osterholz war für die dort angesiedelten Unternehmen ein Argument, ihre Aktivitäten am Standort zu belassen bzw. auszubauen.

Öffentliche Investitionen in FuE-Infrastrukturen stellen wichtige Voraussetzungen für Innovationsaktivitäten dar. Auch Investitionen in neue Technologien können wichtige Impulse für die Anwendung von innovativen Produkten und Dienstleistungen sein, wie zahlreiche Projekte in den Bereichen Umwelt oder Verkehr belegen. Im Rahmen von INTERREG-Projekten werden zwar nur Pilotinvestitionen gefördert – aber diese können mit ihrem Demonstrationscharakter durchaus Initialzündung für Folgeinvestitionen sein. In zahlreichen Projekten wurden zudem wichtige konzeptionelle Grundlagen für Folgeinvestitionen der öffentlichen Hand, aber auch privater Akteure erarbeitet. So wurden im Rahmen von Baltic Rural Broadband und seinem Schwesterprojekt BIRD Pilotlösungen und Organisationsmodelle für Breitbandanwendungen in ländlichen Regionen des Ostsee- und Nordseeraumes entwickelt. Auf Grundlage der Projektergebnisse wurden regionale und nationale Folgeinvestitionen in eine bessere Breitbandinfrastruktur im Landkreis Osterholz getätigt. In Projekten, in denen transnationale Innovationsstrategien (z.B. BaltMet Inno oder ELAt) entwickelt wurden, kam es oftmals zu gemeinsamen Prioritäten für Investitionen in Forschungsinfrastruktur. Dort, wo der Projektfokus auf eine technologiefeldspezifische Zusammenarbeit gerichtet war (z.B. BioSmile), wurden vielfach konkrete Ideen für gemeinsame FuE-Aktivitäten entwickelt, die Grundlage für Folgeförderungen verschiedener Ebenen und Programme waren.

## **4.8 Wirkungen in den beteiligten Städten und Regionen**

Die Analyse der ausgewählten Projekte macht deutlich, dass die beteiligten Städte und Regionen auf vielfältige Weise von einer Bearbeitung transnationaler Projekte im Themenfeld Innovationsförderung profitieren (Forschungsfrage Nr. 2).

### ***Verbesserte Programme und Instrumente der Innovationsförderung***

In INTERREG-Projekten kommen Partner mit diversen fachlichen Backgrounds und aus verschiedenen Ländern zusammen. Entsprechend vielfältig sind daher die Ansätze und Instrumente – etwa im Feld der Innovationsförderung –, die in einem Projektkonsortium zusammenfließen. Der Erfahrungsaustausch über diese unterschiedlichen Ansätze und Instrumente

wird von den Beteiligten durchgehend als großes Plus des INTERREG-Formats angesehen. Oft lassen Projektbeteiligte bewährte Ansätze oder Instrumente ihrer europäischen Partner in die eigene Arbeit einfließen. Beispiele dafür finden sich in praktisch allen Projekten. Dabei erfolgt jedoch in der Regel keine schlichte Imitation der ausländischen Ideen. Vielmehr erfolgt die Übernahme von Teilaspekten, angepasst an die eigenen Problemlagen und Möglichkeiten. So wurden beispielsweise mehrere Städte im Projekt ECCE durch das Aachener Modell zum Gründer-Coaching in der Kreativwirtschaft angeregt, eigene Förderstrukturen aufzubauen. Die Aachener selbst informierten sich bei ihren britischen Projektpartnern über Finanzierungsmodelle. INTERREG-Projekte ermöglichen es also, Wissensbestände aus anderen Regionen für die eigene Arbeit zu erschließen und nutzbar zu machen.

### ***Stärkung der Zusammenarbeit regionaler Innovationsakteure***

Es ist mittlerweile unbestritten, dass Innovationen – etwa die Einführung neuer Produkte, Dienstleistungen und Verfahren – in einem Zusammenspiel verschiedener Akteure entstehen. Industrieunternehmen, Forschungseinrichtungen, unternehmensorientierte Dienstleister und Wirtschafts- und Technologiefördereinrichtungen wirken dabei zusammen. Die räumliche Nähe dieser Akteure und die Intensität und Qualität ihrer regionalen Vernetzung spielen eine große Rolle für die Innovationsfähigkeit einer Region. Raum und räumliche Nähe sind besonders bedeutsam für den im Innovationsprozess wichtigen Zugang zu „schnell verderblichen Informationen“ sowie für den Zugang zu den unternehmensorientierten Unterstützungsdienstleistungen, die die Wissensökonomie erst ermöglichen, für den Aufbau vertrauensvoller Kooperationsbeziehungen und für die Rekrutierung spezialisierter und hochqualifizierter Beschäftigter (Henckel und Herkommer 2010, Floeting u.a. 2010). Weil sich diese Beziehungen von Region zu Region unterschiedlich ausprägen und in gewissem Umfang auch durch politisches Handeln gestaltbar sind, ist oftmals von Regionalen Innovationssystemen die Rede. Hier können INTERREG-Projekte einen Beitrag leisten: Innerhalb der beteiligten Regionen sind Projektaktivitäten gerade im Themenfeld Innovation Anlässe für eine verstärkte Zusammenarbeit relevanter Akteure. So entstand im Projekt Baltic eHealth in Schleswig-Holstein ein Runder Tisch der unterschiedlichen Akteure des Gesundheitssektors (Ministerium, Krankenkassen, Leistungserbringer).

### ***Profilierung innovationspolitischer Themen und Anliegen vor Ort***

INTERREG-Projekte sind ein guter Anlass, die jeweiligen Projektthemen vor Ort und gegenüber nationalen und europäischen Akteuren zu vermitteln. In manchen Städten und Regionen ist die Innovationsförderung noch ein relativ neues Handlungsfeld. Hier können die Erfahrungen anderer INTERREG-Partner politischen Entscheidern gute Beispiele aufzeigen oder – im Sinne von Benchmarks – bei der Positionsbestimmung helfen: So konnte etwa das Projekt B-SME Ansatzpunkte für eine bessere Unterstützung des Handwerks bei dessen Innovationsbedarfen in den beteiligten Regionen vermitteln. Im Projekt ICTs for SMEs wurden vergleichende Daten zum Einsatz von Informationstechnologien bei KMU und zu deren Beratungsbedarf in diesem Bereich erhoben.

### ***Transnationale Projekte als Bausteine einer Europastrategie***

Städte und Regionen sind von europäischer Politik in vielfältiger Weise betroffen. Gleichzeitig bietet ihnen insbesondere die europäische Strukturpolitik vielfältige Möglichkeiten, Innovati-

on und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Für Hochschulen, Forschungseinrichtungen, aber auch KMU und Industrie nimmt die europäische Forschungsförderung eine immer wichtigere Rolle ein, wie etwa am Volumen des und den Beteiligungsraten am Europäischen Forschungsrahmenprogramm deutlich wird. Um diese Chancen nutzen zu können, benötigen öffentliche Institutionen und private Akteure Europakompetenz: Dazu gehören das Wissen über relevante Programme und Richtlinien, aber vielfach auch ein Netzwerk an Partnern in anderen europäischen Ländern. Für einige Institutionen war die Beteiligung an INTERREG-Projekten im Rückblick ein guter Einstieg in eine stärkere Europäisierung ihrer Arbeit und bot ihnen neue Einblicke in und den Zugang zu fachlichen Netzwerken. Für andere Partner sind INTERREG-Projekte ein bewusstes Element einer breit aufgestellten Europastrategie.

#### **4.9 Regionale Fallstudien**

Die ausgewerteten Projekte zeigen beispielhaft die thematische Bandbreite und die vielfältigen Ergebnisse der transnationalen Zusammenarbeit von Kommunen und Regionen im Bereich der Innovationsförderung. Zwei kurze Fallstudien illustrieren, wie INTERREG-Projekte sowohl in Stadtregionen als auch in ländlichen Räumen einen Beitrag zu einer innovationsorientierten Raumentwicklung leisten können.

##### ***Stadt und Region Aachen: Transnationale Innovationsförderung in einer europäischen Stadtregion***

Die „Europastadt“ Aachen und ihre Region können auf eine lange Geschichte grenzüberschreitender und transnationaler Kooperationen zurückblicken. Grundgedanke der Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen in Belgien und den Niederlanden war es, vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Strukturwandels die Nachteile nationaler Randlagen abzubauen und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Infrastruktur des Grenzraumes gemeinsam zu stärken. Mit der 1976 als Arbeitsgemeinschaft gegründeten Euregio Maas-Rhein (EMR), die sich durch die seit 1990 von der EU aufgelegten INTERREG-Förderprogramme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit weiter institutionalisierte, besteht heute eine enge und weit reichende Kooperation der Region Aachen mit den Regionen Lüttich, belgisch und niederländisch Limburg und den belgischen Ostkantonen, bei der auch der Innovationsförderung eine wichtige Rolle zukommt. In der Region befinden sich wichtige Forschungs- und Entwicklungsabteilungen global tätiger Unternehmen und bedeutende Hochschulen sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

Akteure aus der Stadt Aachen waren im Rahmen von INTERREG III B als Projektpartner an insgesamt vier Projekten im Bereich Innovationsförderung beteiligt. Im Projekt ELAT<sup>23</sup> wurde eine transnationale Innovationsstrategie für das Städtedreieck Eindhoven-Leuven-Aachen erarbeitet. Daran waren von deutscher Seite die Stadt Aachen, die Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) sowie von dieser betreute Clusterinitiativen beteiligt. Die bestehende grenzüberschreitende Kooperation von Förderinstitutionen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Bereich der Biotechnologie und Life Sciences in der Euregio Maas-Rhein konnte unter Mitwirkung der AGIT und des von ihr betreuten Branchennetzwerkes LifeTech Aachen-Jülich im Rahmen des Projekts Biosmile<sup>24</sup> zu einem transnationalen Netzwerk mit zusätzlichen britischen und französischen Partnern erweitert wer-

---

<sup>23</sup> Eindhoven Leuven Aachen Triangle (ELAT); weitere Informationen im Anhang.

<sup>24</sup> Weitere Informationen im Anhang.

den. Im Projekt ECCE<sup>25</sup> beteiligte sich die Stadt Aachen und das von ihr geförderte Gründer-Zentrum Kulturwirtschaft e.V. an einem Erfahrungsaustausch zwischen städtischen Einrichtungen der Kulturwirtschaftsförderung in Nordwesteuropa. Die Optimierung der Bahninfrastruktur für die bessere Anbindung des Regionalverkehrs an Hochgeschwindigkeitstrassen war Gegenstand des Projekts HST Connect<sup>26</sup>, an dem sich die Stadt Aachen beteiligte.

Aus Sicht der Projektbeteiligten ist das starke Engagement städtischer und regionaler Akteure einerseits mit einer hohen Europakompetenz in Politik und Verwaltung zu erklären, die von verschiedenen Aktivitäten (z.B. Internationaler Karlspreis der Stadt Aachen, europäische Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Zusammenarbeit) flankiert wird und auch mit entsprechenden Personalressourcen untersetzt ist.<sup>27</sup> Die meisten INTERREG-Projekte kamen aufgrund bestehender europäischer Kontakte zustande. Bemerkenswert ist die Entstehungsgeschichte von ELAt – hier war es der internationale Technologiekonzern Philips, der eine engere Zusammenarbeit der drei Städte Eindhoven, Leuven und Aachen anregte, an dem das Unternehmen wichtige FuE-Standorte unterhält. Aus Aachener Sicht ergab sich durch dieses transnationale Städtenetz die Möglichkeit, durch eine bessere Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Unternehmen auch in Technologiefeldern wie der Mikroelektronik eine kritische Masse zu erreichen, die durch regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit allein nicht erreichbar wäre. Damit konnten regionale Cluster- und Netzwerkinitiativen ergänzt werden. Im Ergebnis hat sich die innovationspolitische Perspektive von einer engeren „euregionalen“ Perspektive zu einem größeren Raumbezug erweitert. Projektideen, die in der transnationalen Innovationsstrategie für den ELAt-Raum entwickelt wurden, konnten in mehreren INTERREG-Folgeprojekten, aber auch durch eine gemeinsame Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden (Top-Technologie-Region) aufgegriffen werden.

Keine europäischen Kontakte gab es bisher im Bereich der Kulturwirtschaft. Hier erlaubte das Projekt ECCE den Verantwortlichen einen Einstieg in einen transnationalen Austausch über Methoden und Instrumente der Förderung. Dieser Aufbau eines europäischen Netzwerks, wird auch in einem Folgeprojekt fortgeführt, in dem die Beiträge der Kulturwirtschaft für Innovationen in der Privatwirtschaft stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Die im Rahmen des Projekts erarbeiteten Studien und Veranstaltungen erhöhten nicht zuletzt auch den Stellenwert dieses Wirtschaftsbereichs in der lokalen Politik und Verwaltung.

### ***Landkreis Osterholz: Verbesserung der Innovationsbedingungen im ländlichen Raum***

Anfang der 1990er-Jahre begann man im Landkreis Osterholz, nördlich von Bremen gelegen, die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung strategisch miteinander zu verzahnen. Einen wichtigen Einstieg dafür stellte ab 2001 das national geförderte Projekt „Lernende Region“ dar, in dem die Steigerung der Innovationsfähigkeit von KMU bereits eine wichtige Rolle spielte. Bei den Themen Qualifizierung, Technologieentwicklung und wirtschaftsnahe Infrastruktur kommt dem Einsatz europäischer Fördermitteln eine wichtige Rolle zu (Landkreis Osterholz 2007). Da der Landkreis Osterholz bis 2007 nicht von den Strukturfonds profitieren konnte, konzentrierten sich die Akteure auf „Sonderprogramme“ wie ADAPT, Art. 6 ESF, Pilotmaßnahmen der Generaldirektion Beschäftigung, dem 6. Forschungsrahmenprogramm

---

<sup>25</sup> Developing Economic Clusters of Cultural Enterprises (ECCE); weitere Informationen im Anhang.

<sup>26</sup> HST (high speed train) connect, vgl. [www.hstconnect.net](http://www.hstconnect.net).

<sup>27</sup> So umfasst in der Stadt Aachen die Abteilung Wissenschaft und Europa als Teil des Fachdienstes Wirtschaftsförderung neun Personen (Stand April 2009).

und der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B.<sup>28</sup> Landkreis Osterholz und Stadt Osterholz-Scharmbeck beteiligten sich an insgesamt sieben transnationalen INTERREG III B-Projekten, davon in vier als Leadpartner. Mit der EU-Beratungsstelle des Landkreises wurde eine organisatorische Basis für die Beantragung und Durchführung der entsprechenden Projekte geschaffen.

Mit dem Projekt ICTs for SMEs innerhalb des Nordseeraums wurde im Zeitraum von Februar 2003 bis Dezember 2006 erstmals ein explizit innovationsorientiertes INTERREG III B-Projekt durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts, wurde der Bedarf an Breitbandanschlüssen identifiziert. Da zu diesem Zeitpunkt in Deutschland keine vergleichbaren Ansätze für Breitbandlösungen im ländlichen Raum existierten, initiierte der Landkreis zusammen mit der Stadt, dem örtlichen Technologiezentrum und einer Fachhochschule das Projekt Baltic Rural Broadband. Zusammen mit Partnern im Ostseeraum konnten Konzeptionen zur Breitbandversorgung in dünn besiedelten Gebieten erarbeitet und Pilotprojekte durchgeführt werden. Mit den „Internationalen Niedersächsischen Breitbandtagen“, zu denen sich im Mai 2006 Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Osterholz-Scharmbeck zusammenfanden, gelang es, die Aufmerksamkeit für das Thema Breitbandinfrastruktur auf regionaler und Landesebene zu stärken. In der Folge wurde das Niedersächsische Kompetenzzentrum für Breitbandtechnologien als Beratungs- und Servicestelle des Landes in Osterholz-Scharmbeck angesiedelt.

Mit dem Projekt BIRD<sup>29</sup> konnte der Landkreis im Nordseeraum ein paralleles INTERREG-Projekt mit dem Fokus auf der Entwicklung und Umsetzung regionaler Strategien der breitbandgestützten Regionalentwicklung und darauf basierender Geschäftsmodelle starten. Die Projektarbeiten waren auch Grundlage für Bausteine der Zukunftsstrategie des Landkreises „Sonderinvestitionsprogramm Zukunft – Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Landkreis Osterholz 2007–2013“. Es sieht unter anderem einen massiven Ausbau der Glasfaserinfrastruktur im Landkreis vor.

Die Tatsache, dass innerhalb der verschiedenen INTERREG-Projekte zahlreiche konkrete Produkt- und Prozessinnovationen in der öffentlichen Verwaltung, im Bildungsbereich, aber auch auf betrieblicher Ebene umgesetzt werden konnten, erklären die Verantwortlichen unter anderem mit der hohen inhaltlichen Anschlussfähigkeit der Projektarbeit an vorhandene Strategien und Strukturen in den Bereichen Bildung, Beschäftigungsförderung und Wirtschaftsförderung. Auf der anderen Seite gelang es offensichtlich auch, mit der transnationalen Zusammenarbeit Grundlagen für Folgeinvestitionen von Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, aber auch der Privatwirtschaft zu legen, die zu einer weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationsaktivitäten, unter anderem durch eine bessere Breitbandanbindung und darauf bezogene öffentliche und private Dienstleistungen, beitragen.

#### **4.10 Projektbezüge zur nationalen und europäischen Ebene**

Die Analyse ausgewählter Projekte macht deutlich, dass die Ergebnisse transnationaler Kooperation im Bereich der Innovationsförderung zur Politikentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene beitragen können (Forschungsfrage Nr. 3).<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> In der Periode 2007–2013 ist der Landkreis als Teil der Region Lüneburg Zielgebiet der Konvergenzförderung, dennoch findet weiterhin eine Beteiligung an Projekten der transnationalen Zusammenarbeit statt.

<sup>29</sup> Broadband Access for Innovation and Regional Development (BIRD); weitere Informationen im Anhang.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Kap. 3.1.

In mehreren Projekten wurde die Expertise von Projektkonsortien auf nationaler und europäischer Ebene bei der Formulierung von Studien und Richtlinien genutzt. Aus dem Projekt BIRD heraus wurden beispielsweise wesentliche Beiträge für die Definition von Standards zur Breitbandversorgung im ländlichen Raum auf nationaler und europäischer Ebene formuliert, und die EU-Kommission ließ das Projektkonsortium von ECCE bei der Formulierung von Maßnahmen zur Förderung der Kulturwirtschaft mitwirken. Ein weiteres Beispiel, wie innovatorientierte Projekte das „Politik Lernen“ auf nationaler und europäischer Ebene anregen, findet sich im Projekt ELAt: Bei der engen Zusammenarbeit im Dreiländereck von Belgien, Deutschland, Niederlande wurde deutlich, wie die nationalen Forschungsförderungen und regionalisierte Strukturfondsmittel gerade in Grenzregionen besser aufeinander abgestimmt werden sollten.

## 5. Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung

### 5.1 Grundlagen

Unter dem Begriff Klimawandel werden Änderungen des Klimas definiert, die unmittelbar oder mittelbar auf menschliche Tätigkeiten zurückzuführen sind, welche die Zusammensetzung der Erdatmosphäre verändern und über die in vergleichbaren Zeiträumen beobachteten natürlichen Klimaschwankungen hinausgehen (vgl. United Nations 1992, Art. 1, Ziff. 2). Um das weitere Voranschreiten des Klimawandels zu begrenzen und die Auswirkungen der unvermeidbaren Folgen zu bewältigen, werden zwei Handlungsstränge verfolgt – Klimaschutz und Klimaanpassung:

- *Klimaschutzmaßnahmen* tragen zur Minderung des Ausstoßes von klimaschädlichen Treibhausgasen bei. Dazu gehören sowohl Bemühungen im Bereich Energieeinsparung und Energieeffizienz als auch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien. Zu den erneuerbaren Energien zählen laut § 3 Abs. 1 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Wasserkraft, Windenergie, solare Strahlungsenergie, Geothermie und Energie aus Biomasse.
- *Klimaanpassung* umfasst Maßnahmen zur Anpassung an veränderte Umweltbedingungen, die neben vielen anderen Lebens- und Wirtschaftsbereichen beispielsweise die Raumplanung, die Landwirtschaft oder den Hochwasserschutz betreffen.

Im Zentrum dieser Betrachtung stehen Projekte, deren Gegenstand entweder die Analyse des Klimawandels ist oder die auf Strategien und Maßnahmen in den Bereichen Klimaanpassung oder -schutz abzielen. Auch die Ergebnisse thematisch anders gelagerter transnationaler Projekte können Querbezüge zu den Zielen des Klimaschutzes bzw. der Klimaanpassung aufweisen. So kann durch verbesserte intermodale Verkehrsverflechtungen und die verstärkte Nutzung von Bahnverbindungen der Ausstoß von Treibhausgasen im Sinne des Klimaschutzes reduziert werden. Im Rahmen dieser Untersuchung soll jedoch der Beitrag von direkt auf Klimaschutz/-anpassung zielenden Projekten zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU ermittelt werden. Besonderer Fokus liegt dabei – gemäß den Forschungsfragen des Vorhabens und ihrer Operationalisierung (vgl. Kap. 2.3) – auf den Beiträgen der Projekte in den beteiligten Kommunen und Regionen sowie den Ansätzen zur Bestimmung der spezifischen Nische, die INTERREG-Projekte im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung spielen können.

Mit dem Klimawandel sind einschneidende Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft verbunden. Starkregen, Stürme und Sturmfluten, extreme Hitze- und lange Trockenperioden werden nach Expertenmeinung in Zukunft zunehmend häufiger und extremer auftreten. Dies kann zu mehr Hoch- oder Niedrigwasser, Waldbränden und Hitzestress führen. Auch werden die zeitlichen und räumlichen Schwankungen des Klimas zunehmen, was kurzfristig enorme Schäden verursachen kann. Das Auftreten von Dürreperioden in kurzen Abständen kann beispielsweise die Land- und Forstwirtschaft überfordern (BMU 2009). Unumstritten ist mittlerweile, dass die Bewältigung des Klimawandels eine zweigleisige Reaktion erfordert: Zum einen geht es darum, über Klimaschutzmaßnahmen die Emissionen von Treibhausgasen weitestgehend zu verringern. Zum anderen sind Anpassungsmaßnahmen zu treffen, um den unvermeidbaren Folgen des Klimawandels zu begegnen und die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen (Europäische Kommission 2009).

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen ihrer Klimaschutzpolitik das Ziel gesetzt, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf weniger als 2°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Um den Klimaschutz voranzubringen, haben sie sich daher 2007 auf eine Reihe von Klimaschutz- und Energiezielen verständigt, die bis zum Jahr

2020 erreicht werden sollen (so genannte „20-20-20-Ziele“) (Rat der Europäischen Union 2007):

- die Verringerung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Niveau von 1990 um mindestens 20 Prozent (30 Prozent im Rahmen einer internationalen Vereinbarung zwischen den entwickelten Ländern),
- die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent,
- die Steigerung der Energieeffizienz, um gegenüber den Hochrechnungen für das Jahr 2020 insgesamt 20 Prozent des Energieverbrauchs der EU einzusparen.

Ferner wurde die Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe am Gesamtkraftstoffverbrauch (Benzin und Dieselmotorkraftstoff) für den Verkehrssektor in der EU auf zehn Prozent bis zum Jahr 2020 vereinbart. Zur Umsetzung dieser Ziele im Rahmen einer integrierten Klimaschutz- und Energiepolitik hat das Europäische Parlament 2009 ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das in verschiedenen Richtlinien unter anderem die Aufteilung der Reduktionsverpflichtungen zwischen den Mitgliedstaaten festschreibt, Nachhaltigkeitsstandards für Biokraftstoffe festlegt und die Weiterentwicklung des Emissionshandelssystems regelt.

In ihrem Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel“ beschreibt die EU die vielfältigen Bereiche, in denen europaweiter Handlungsbedarf besteht: So müssen Klimaauswirkungen in der Gesundheits- und Sozialpolitik, der Förderung von Land- und Forstwirtschaft, im Naturschutz, bei der integrierten Meerespolitik sowie dem Küstenzonenmanagement, aber auch bei der Planung europäischer Transport- und Energienetze, der Umweltverträglichkeitsprüfung oder europäischen Baunormen Berücksichtigung finden (Europäische Kommission 2009). In einer Reihe von Bereichen wurden bereits konkrete Richtlinien erarbeitet, etwa zum Risikomanagement beim Hochwasserschutz.<sup>31</sup> Auf Bundesebene benennt die „Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ wichtige Handlungsfelder. Sie wird im Frühjahr 2011 um einen „Aktionsplan Anpassung“ ergänzt (BMU 2009).

Auch auf Ebene der Städte und Regionen ist der Klimaschutz ein wichtiges Handlungsfeld. In den Kommunen wird beispielsweise in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Industrie sowie Stadtverkehr ein großer Teil klimarelevanter Emissionen erzeugt. Zu ihrer Reduzierung stehen den Kommunen vielfältige Handlungsansätze zur Verfügung:

- kommunales Energiemanagement und Förderung energieeffizienter Investitionen,
- Nutzung von regenerativen Energiequellen und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung,
- Umsetzung einer klimagerechten, energiesparenden Raum- und Bauleitplanung, z.B. durch Festlegungen für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen, in denen passive und aktive Nutzung der Sonnenenergie begünstigt und Standorte für Biomasse- und Windkraftanlagen vorgesehen werden;
- umweltverträgliche Verkehrsentwicklung, insbesondere Erarbeitung und Umsetzung eines Verkehrsentwicklungsplans mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung und Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger),
- Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit der Städte insbesondere im Energiebereich und im Verkehrssektor,
- umweltfreundliche Beschaffung sowie Abfallvermeidung,

---

<sup>31</sup> Vgl. Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken.

- Öffentlichkeitsarbeit und Beratung im Sinne des Klimaschutzes.

Mit der Erstellung von Klimaschutzkonzepten können Kommunen und Regionen Aufschluss über ihre spezifischen Potenziale in den Handlungsfeldern erlangen und zugleich Prioritäten festlegen sowie Synergien zwischen verschiedenen Einzelmaßnahmen erschließen.

Städte und Gemeinden sind in erheblichem Maße von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen: Überwärmung der Städte durch mangelnde Durchlüftung, ausgetrocknete Flüsse, ein Anstieg des Energieverbrauchs und gravierende gesundheitliche Beeinträchtigungen für die Bevölkerung vor allem in Hitzeperioden sowie durch Starkregen verursachte Hochwasserereignisse sind eindrucksvolle und alarmierende Beispiele dafür. Die Kommunen stehen daher vor der Herausforderung, zuerst die spezifischen lokalen Auswirkungen des Klimawandels zu analysieren, geeignete Strategien zur Bewältigung der voraussichtlichen Folgen zu entwickeln und letztlich vorsorgende Maßnahmen umzusetzen.<sup>32</sup> Gefordert sind dabei vor allem Akteure aus den Bereichen der Stadtplanung, des Umwelt- und Naturschutzes, der Infrastrukturplanung – hier insbesondere der Wasserver- und -entsorgung sowie der Energieversorgung –, des Gesundheitswesens und der Öffentlichkeitsarbeit. Entsprechend der komplexen Problemlagen sind die Strategieentwicklung und die Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen für folgende Handlungsfelder in Abhängigkeit von örtlichen geographischen und klimatischen Bedingungen von besonderer Relevanz:

- Schaffung von klimatisch begünstigenden Grünstrukturen und -flächen, um eine Überhitzung (inner)städtischer Gebiete zu vermeiden, einschließlich der Begrünung von Straßenzügen und Parkplätzen zur Reduktion der Aufheizung von versiegelten Flächen;
- Berücksichtigung des zunehmenden Hitzestresses bei der Planung und Realisierung von Gebäuden zur Verringerung des Wärmeinseleffekts,
- vorsorgende Maßnahmen zur Bewältigung von Starkregenereignissen (z.B. Retentionsflächen),
- Hochwasservorsorge und -schutz an gefährdeten Flusseinzugsgebieten, was auch eine Freihaltung von Flächen von (zusätzlicher) Bebauung einschließen kann.

Der regionalen Ebene kommt eine wichtige Rolle zu, um die spezifischen Gegebenheiten und möglichen Risiken des Klimawandels abzuschätzen und lokal erforderliche Maßnahmen in regionale Strategien einzubinden. Dafür müssen die vorhandenen formellen raumordnerischen Instrumente (z.B. Regionalpläne) weiterentwickelt und um geeignete kooperative Instrumente wie Netzwerke, diskursive Planungsprozesse oder räumliche Leitbilder und Szenarien ergänzt werden. Auch gilt es, auf regionaler Ebene Klimaschutz- und Anpassungsstrategien zu verknüpfen sowie relevante Fachverwaltungen und weitere Akteursgruppen zusammenzubringen (BMVBS 2009). Im Rahmen des Modellvorhabens „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ fördert der Bund gegenwärtig die Entwicklung und erste Umsetzung regionaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien in acht Modellregionen.<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Die kommunalen sowie immobilien- und wohnwirtschaftlichen Strategien und Potenziale stehen auch im Mittelpunkt eines aktuellen ExWoSt-Forschungsfeldes („Urbane Strategien zum Klimawandel“), siehe [www.stadt-und-klimawandel.de](http://www.stadt-und-klimawandel.de).

<sup>33</sup> Weitere Informationen zu diesem Modellvorhaben der Raumordnung im Internet unter [www.klimamoro.de](http://www.klimamoro.de).

## 5.2 Stellenwert des Themenfelds in der TAEU

Die TAEU zählt den Klimawandel zu den zentralen räumlichen Herausforderungen der EU und benennt im Speziellen:

- regional sehr unterschiedliche Auswirkungen des Klimawandels auf die Gebiete der EU und ihrer Nachbarn, insbesondere hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung, sowie
- steigende Energiekosten, Energieineffizienz und ungleiche räumliche Chancen für neue Formen der Energiegewinnung und Energienutzung (vgl. TAEU, Ziff. 7).

Im Weiteren wird auf die Einflussmöglichkeiten und somit die Verantwortung von Städten und Regionen im Hinblick auf den Klimawandel hingewiesen. Hier werden beispielsweise die Nutzung von erneuerbaren Energien und die Potenziale der Energieeinsparung im Gebäudebereich (energetische Sanierung) herausgehoben.

Klimawandel und alternative Energien finden in zwei der insgesamt sechs prioritären Themen räumlicher Entwicklungsmaßnahmen der TAEU Erwähnung. Im Rahmen der vierten Priorität „Wir befürworten die Stärkung und den Ausbau transeuropäischer Netze“ wird die weitere Erforschung und Nutzung noch nicht ausgeschöpfter Potenziale für eine dezentrale, sichere und umweltfreundliche Produktion erneuerbarer, nachwachsender Energien gefordert (vgl. ebd., Ziff. 22).

Unter der fünften Priorität „Wir unterstützen die Förderung eines transeuropäischen Risikomanagements, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels“ wird das Erfordernis von gemeinsamen, regionsübergreifenden und integrierten Ansätzen zum Umgang mit Umweltrisiken, zur Vermeidung von Minimierung von Treibhausgasemissionen sowie Strategien zum Umgang mit den regional unterschiedlichen Folgen des Klimawandels deutlich gemacht (vgl. ebd., Ziff. 24). In diesem Sinne müssten transnationale Anpassungsstrategien entwickelt und neue Formen von Risiko-Governance etabliert werden.

In der Studie „Territoriale Ausgangslage und Perspektiven der Europäischen Union“, dem Hintergrunddokument zur TAEU, wird im Hinblick auf Maßnahmen des Klimaschutzes dargelegt, dass die europäischen Regionen jeweils ein spezifisches „territoriales Potenzial“ an Trägern erneuerbarer Energie aufweisen (BMVBS 2007, Ziff. 78). So wird für Deutschland ein besonders hohes Potenzial der Energiegewinnung aus Biomasse konstatiert. Ein Ansteigen der Zahl Energie erzeugender Regionen könne zu einer Verringerung der bestehenden Ungleichgewichte und damit zur Stärkung der Kohäsion beitragen. Als wichtige Themen in Bezug auf die Stärkung der transeuropäischen Energienetze benennt das Hintergrunddokument zur TAEU u.a. (ebd., Ziff. 169): neue Energiequellen insbesondere für eine dezentrale Produktion erneuerbarer Energien (in diesem Zusammenhang wird auf die Notwendigkeit raumdifferenzierter Ansätze zur Untersuchung der jeweiligen territorialen Potenziale hingewiesen), die Stärkung grenzüberschreitender Kapazitäten zur Stromübertragung, eine sichere und saubere Energieversorgung sowie Energieeffizienz.

Das Hintergrunddokument zur TAEU weist auf die Beeinflussung der Naturgefahren durch den Klimawandel hin (ebd., Ziff. 84): Dieser führe zu Änderungen von Wettergrößen und zu extremen Ereignissen von Temperatur, Niederschlag (einschließlich Schnee und Eis) und Wind. Dabei bestehen markante Unterschiede der Bedrohungslagen zwischen den Makroregionen: Dürren und Waldbrände stellten in Mittel-, Süd- und Südosteuropa, Stürme und Sturmfluten für die Nord- und Ostseeküste maßgebliche Gefahren dar. Mitteleuropa ist die Region mit den meisten Hochwasserereignissen an Flüssen. Sturzfluten und Erdbeben treten in erster Linie in Berggebieten auf, Lawinen vor allem im Alpenraum (ebd., Ziff. 81 u. 85).

Als wichtige Themen für die Förderung eines transeuropäischen (grenzüberschreitenden und transnationalen) Managements auch solcher durch den Klimawandel verschärfter natürlicher Risiken werden benannt (ebd., Ziff. 172): Verminderung der Anfälligkeit (z.B. durch raum-spezifische Vorbeuge- und Anpassungsmaßnahmen), umfassende Strategien (die über Einzelinstitutionen hinausgehen), einheitlichere und interdisziplinäre Perspektive für die Einschätzung und das Management von Gefahren und Risiken („gefahrenübergreifender politischer Rahmen“), „Risiko-Governance“ (Einbindung von Stakeholdern in den Prozess der Risikoabschätzung und des Risikomanagements).

### **5.3 Stellenwert in den Programmen der transnationalen Zusammenarbeit**

In den Leitlinien der Europäischen Kommission zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG III (2000–2006) finden die Begriffe Klimawandel, -schutz oder -anpassung keine Verwendung. Jedoch finden einzelne Handlungsfelder, wie etwa der Hochwasserschutz, eine besondere Erwähnung. Als prioritär zu bearbeitendes Thema wurde u.a. aufgeführt: „die Förderung der Umwelt und einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Kulturerbes und der natürlichen Ressourcen, insbesondere des Wassers“ (Europäische Kommission 2000, Kap. III). Investitionen in Infrastrukturprojekte konnten gefördert werden, wenn in Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Wasserressourcen Probleme durch Dürre oder Überschwemmung verursacht wurden.

Mit der Integration der ehemaligen Gemeinschaftsinitiative INTERREG in das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ der Kohäsionspolitik ab 2007 wurden auch die Zielvorgaben für die transnationale Zusammenarbeit weiter entwickelt. Zwar findet der Begriff „Klimawandel“ in der EFRE-Verordnung für den Programmzeitraum 2007–2013 keine explizite Erwähnung, jedoch werden unmittelbar mit dem Thema zusammenhängende Prioritäten festgelegt. Im Rahmen des Artikels 6 der Strukturfondsverordnung, der das Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ konkretisiert sowie die für die Umsetzung der transnationalen Zusammenarbeit förderfähigen Maßnahmen festlegt, werden vier Prioritäten – Innovation, Umwelt, Zugänglichkeit und Nachhaltige Stadtentwicklung – benannt. Innerhalb der Priorität Umwelt bilden die „Wasserbewirtschaftung, Energieeffizienz, Maßnahmen im Bereich Risikovermeidung und des Umweltschutzes ...“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 6, Ziff. 2b) die zentralen Maßnahmenfelder. Entsprechende Maßnahmen, wie beispielsweise der Schutz und die Bewirtschaftung von Flusseinzugsgebieten und Küstengebieten, die Vermeidung von Bränden, Dürren und Überschwemmungen sowie der Schutz vor naturbedingten und technologischen Risiken, müssen dabei eine „eindeutige transnationale Dimension“ (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 6, Ziff. 2b) aufweisen.

Auch auf Ebene der Operationellen Programme sind die Aspekte Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel Teil der jeweiligen Umweltprioritäten (vgl. auch Übersichtstabelle im Anhang). Auf der Ebene der Ziele und Maßnahmenbeispiele finden sich in allen Programmräumen Ausführungen zu Klimaschutz (inklusive erneuerbare Energien, Energieeffizienz) und Anpassungsmaßnahmen. Bestehende Unterschiede in Akzentuierungen von Unterthemen hängen zum Teil mit kooperationsraumspezifischen Potenzialen und Problemlagen zusammen. Sie sind sicherlich aber auch in Teilen der unterschiedlichen „Tiefenschärfe“ der Operationellen Programme geschuldet.

Bei der Förderung erneuerbarer Energien wird auf die kooperationsraumspezifischen Potenziale und Nachholbedarfe eingegangen: So wird für den Alpenraum auf bereits bestehende relativ hohe Anteile regenerativer Energien (Wasserkraft) und im Ostseeraum auf die meeres-

bezogenen Potenziale, z.B. die Offshore-Windenergie, hingewiesen. Im Nordseeraum wird hingegen auch die Bedeutung „umweltfreundlicher Verfahren der Energiegewinnung“ im Zusammenhang mit den wichtigen fossilen Energieträgern (Öl- und Gasvorkommen) hervorgehoben. Der Aspekt der Bewusstseinsbildung für energieeffizientere Verfahren in Wirtschaft und Gesellschaft wird unter anderem im Operationellen Programm für Nordwesteuropa herausgearbeitet. Mitteleuropa räumt der Förderung von Umwelttechnologien, etwa im Gebäudebereich, einen großen Raum ein.

Die unterschiedliche Betroffenheit der europäischen Regionen durch den Klimawandel spiegelt sich in den Zielen und Maßnahmebeispielen zum Thema Risikomanagement der verschiedenen Programmräume wider. So spielt der Küstenschutz im Nord- und Ostseeraum eine bedeutende Rolle, in den Alpen werden u.a. die geologischen Risiken in Folge des Klimawandels thematisiert.

#### 5.4 Handlungsfelder in INTERREG IV B

Die untersuchten INTERREG-Projekte zeigen beispielhaft die verschiedenen Handlungsfelder transnationaler Aktivitäten zum Klimawandel auf. Beiträge zum *Klimaschutz* finden sich in Projekten, die sich mit der Reduktion von Treibhausgasemissionen in unterschiedlichen Sektoren (z.B. Verkehr, Wohnen, Wirtschaft) befassen oder die eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien befördern:

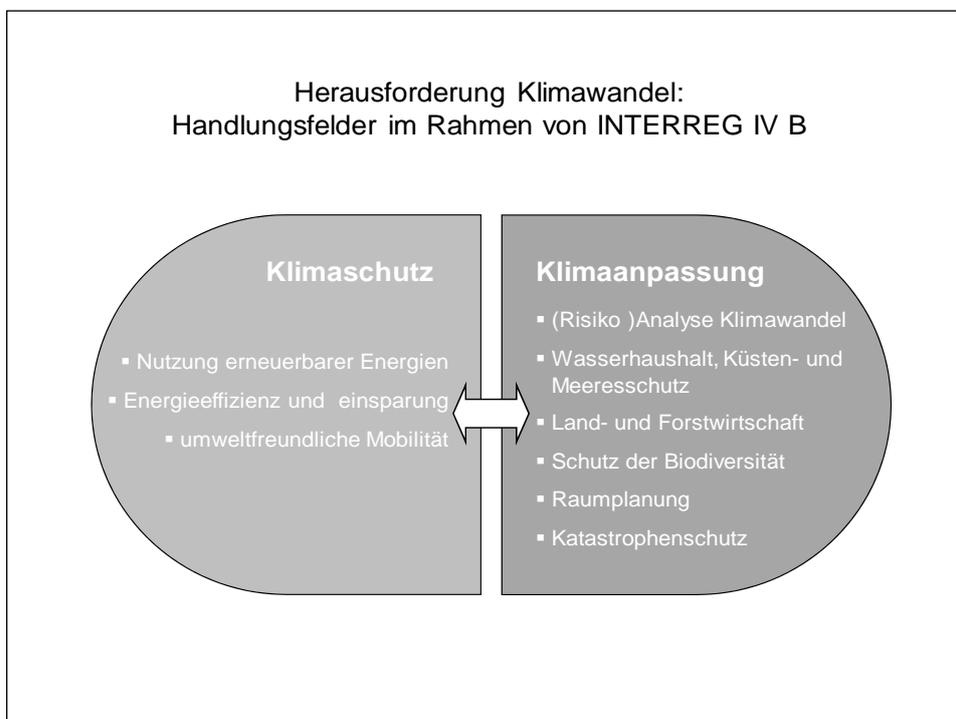
- umweltfreundliche Mobilität: ob Stadtbusse auf Biogasbasis im Projekt Baltic Biogas Bus oder Elektromobilität im Alpenraum im Projekt CO<sub>2</sub>-NeuTrAlp: Erklärtes Ziel dieser Projekte ist die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen mittels umweltfreundlicher Treibstoffe, alternativer Antriebstechnologien und klimafreundlicher Mobilitätskonzepte.
- Energieeffizienz und Energieeinsparung werden beispielsweise in den Projekten Livinggreen.eu und Longlife im Gebäudebereich thematisiert. Das Projekt ANSWER fördert die Energieeffizienz in Unternehmen. Auch städtische und regionale Energiekonzepte sind Gegenstand transnationaler Aktivitäten.
- Nutzung erneuerbarer Energien: Eine größere Anzahl von Projekten beschäftigt sich mit der Nutzung von Biomasse (z. B. RUBIRES, Bioenergy Promotion). Zudem gibt es Vorhaben im Bereich Windenergie (POWER cluster), Geothermie und Wasserkraft. Konzepte zur Harmonisierung der Erzeugung und des Verbrauchs regenerativer Energien erarbeitet das Projekt AlpEnergy.

Die transnationale Zusammenarbeit zu Strategien und Maßnahmen zur *Anpassung an den Klimawandel* erfolgt in einer Reihe unterschiedlicher Handlungsfelder:

- (Risiko-)Analyse Klimawandel: Projekte wie ClimChAlp (INTERREG III B) beschäftigen sich mit den regionalspezifischen Auswirkungen des Klimawandels und den damit hervorgerufenen Risiken.
- Wasserhaushalt, Küsten- und Meeresschutz: Projekte in diesem Handlungsfeld befassen sich mit den vielfältigen Folgen des Klimawandels für den Wasserhaushalt: Hochwasser (zum Beispiel das Projekt LABEL), Sturmfluten sowie Wasserknappheit und diesbezügliche Anpassungsstrategien.

- Land- und Forstwirtschaft: In diesem Handlungsfeld untersucht eine Reihe von Projekten die klimabedingten Veränderungen auf die Wald- und Landwirtschaft.<sup>34</sup> Sie beschäftigen sich mit Managementansätzen zum Umgang mit den Veränderungen und erarbeiten Schutzmechanismen, um u. a. die Waldbrandgefahr zu senken.
- Schutz der Biodiversität: Mit Projekten in diesem Handlungsfeld sollen die Artenvielfalt, die durch den Klimawandel bedroht wird, geschützt und ökologische Netzwerke aufgebaut werden.<sup>35</sup>
- Raumplanung: Projekte wie Future Cities und CLISP erarbeiten Lösungsansätze für eine klimabeständige Stadt- bzw. Regionalplanung, um etwa klimabedingte Belastungen und Gefahrenpotenziale zu reduzieren.
- Katastrophenschutz: In diesem Handlungsfeld entwickeln Projekte transnationale Strategien, um bei Wetterunbilden, Schiffsunglücken und Ölkatastrophen schnell und koordiniert auf transnationaler Ebene reagieren zu können (zum Beispiel das Projekt LABEL).

Abbildung 3: Handlungsfelder Klimaschutz und Klimaanpassung



Quelle: Eigene Darstellung

## 5.5 Untersuchte Projekte

Insgesamt dreizehn INTERREG IV B-Projekte im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung wurden in Fallstudien vertieft untersucht (vgl. Übersicht 8).<sup>36</sup>

<sup>34</sup> Z.B. das Projekt MANFRED – Management strategies to adapt Alpine Space forests to climate change risks (Alpenraum) (hier nicht weiter untersucht).

<sup>35</sup> Z.B. das Projekt HABIT-CHANGE – Adaptive management of climate-induced changes of habitat diversity in protected areas (Mitteleuropa) (hier nicht weiter untersucht).

Übersicht 8: Untersuchte Projekte im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung

Projektname	Programmraum	Handlungsfeld(er)	Ausgewählte Produkte	Angestrebte Ergebnisse/Wirkungen
Baltic Biogas Bus	INTERREG IV B Ostseeraum	Umweltfreundliche Mobilität	Strategien und Instrumente zum Einsatz von Biogas im öffentlichen Personennahverkehr	CO <sub>2</sub> -Minderung und Steigerung der Luftqualität regionale Stoffkreisläufe
CO <sub>2</sub> -Neutral Transport for the Alpine Space (CO <sub>2</sub> NeuTrAlp)	INTERREG IV B Alpenraum	Umweltfreundliche Mobilität	Erprobung alternativer Verkehrsmittel, wie Elektrofahräder und Segways	Leitfaden zur Planung und Realisierung von Elektromobilität, Wissenstransfer über beteiligte Akteure und (Fort-) Bildungseinrichtungen
Livinggreen.eu	INTERREG IV B Nordwesteuropa	Energieeffizienz und -einsparung	Neue Instrumente und Verfahren zur nachhaltigen Gebäudesanierung (u.a. Livinggreen Labs, Reno-Teams)	Verbessertes Dienstleistungsangebot für Multiplikatoren und Hauseigentümer (z.B. Nachhaltigkeitszentren)
Longlife – Sustainable, energy efficient and resource saving residential buildings with consideration of unified procedures and new and adapted technologies	INTERREG IV B Ostseeraum	Energieeffizienz und -einsparung	Entwicklung eines nachhaltigen, energieeffizienten und ressourcensparenden Gebäudeprototyps für den Geschosswohnungsbau	Erleichterung (transnational)er Aktivitäten für einen nachhaltigen Wohnungsbau
A North Sea Way to Energy-Efficient Regions (ANSWER)	INTERREG IV B Nordseeraum	Energieeffizienz und -einsparung	Entwicklung von Instrumenten zur Energieeinsparung und -effizienz in Unternehmen	Beitrag zur Umsetzung des Klima-Energie-Programms Bremen, Wissenstransfer, Netzwerke und Kooperationen
Rural Biological Resources (RUBIRES)	INTERREG IV B Mitteleuropa	Nutzung erneuerbarer Energien	Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten, GIS-Tool zur Analyse und Darstellung regionaler Biomassebedarfe und -potenziale	Bewusstseinsbildung und transnationaler Ideentransfer, Aktivierung und Vernetzung der beteiligten Akteure
The Baltic Sea Region Bioenergy Promotion Project (Bioenergy Promotion)	INTERREG IV B Ostseeraum	Nutzung erneuerbarer Energien	Optimierung politischer Rahmenbedingungen und Förderstrategien auf nationaler und regionaler Ebene: Empfehlungen im Bereich fester und gasförmiger Biomasse, Optimierungsansätze für Zertifizierungssysteme	Gestaltung nationaler und europäischer Regelungen
The Northern European competence network for offshore wind energy (POWER cluster)	INTERREG IV B Nordseeraum	Nutzung erneuerbarer Energien	Ausbildung eines transnationalen Clusters, transnationaler Austausch von Dozenten und Lernmodulen, Wanderausstellung „Faszination Offshore“ auf Museumsschiff, „Mayor's Conference“ für lokale Entscheidungsträger, Windstadtplan Bremerhaven	Ausbau internationaler Geschäftsbeziehungen, Empfehlungen für nationale und europäische Politik im Bereich Offshore-Windenergie

<sup>36</sup> Zum Auswahlverfahren siehe auch Kap. 3.2. Mit dem Projekt ClimChalp wurde auch ein INTERREG III B-Projekt mit aufgenommen, das die Grundlage für mehrere Folgeprojekte zur Klimaanpassung im Alpenraum darstellt (u.a. CLISP).

Übersicht 8: Untersuchte Projekte im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung (Fortsetzung)

Projektname	Programmraum	Handlungsfeld(er)	Ausgewählte Produkte	Angestrebte Ergebnisse/Wirkungen
Virtual Power Systems as an Instrument to Promote Transnational Cooperation and Sustainable Energy Supply in the Alpine Space (AlpEnergy)	INTERREG IV B Alpenraum	Nutzung erneuerbarer Energien	Erarbeitung von Bausteinen für ein virtuelles Stromversorgungssystem, um Erzeugung und Verbrauch von Strom in zeitliche Balance zu bringen	Schaffung einer Basis für neue Stromversorgungskonzepte
Climate change, impacts and adaptation strategies in the Alpine Space (ClimChalp)	INTERREG III B Alpenraum	(Risiko-) Analyse Klimawandel	Transnationale Handlungsempfehlungen zu Anpassungsstrategien („Common Strategic Paper“)	Verstärkung der Zusammenarbeitsstrukturen zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Politik
Future Cities – Urban Networks to Face Climate Change	INTERREG IV B Nordwesteuropa	Raumplanung	Erprobung von Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung in Pilotprojekten, um Infrastruktur an den Klimawandel anzupassen, systematischer Austausch durch „Twinning-Methode“, Adaptation Compass als Bewertungswerkzeug für klimataugliche Städte	Bewusstseinsbildung, Wissenstransfer in andere Städte
Climate Change Adaptation by Spatial Planning in the Alpine Space (CLISP)	INTERREG IV B Alpenraum	Raumplanung	Erarbeitung klimasicherer Raumplanungsstrategien und diesbezügliche Untersuchung bestehender Instrumente, Bewertung von klimawandelbedingter Vulnerabilitäten	Übernahme in die Landesplanung, Etablierung eines Expertennetzwerks, Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und Öffentlichkeit
Adaptation to flood risk in the LABE-Elbe river basin (LABEL)	INTERREG IV B Mitteleuropa	Wasserhaushalt, Küsten- und Meereschutz	Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie zur Vereinheitlichung der Risikomanagementsysteme und -instrumente, u.a. Entwicklung neuer Instrumente zur Erstellung von Hochwasserrisikokarten	Transnationalen Abstimmung der Erfordernisse der neuen EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinien

Quelle: Eigene Darstellung

## 5.6 Beiträge der transnationalen Zusammenarbeit für Klimaschutz und Klimaanpassung

In der Analyse ausgewählter Projekte konnte eine Reihe von spezifischen Beiträgen transnationaler Kooperationen für Klimaschutz und Klimaanpassung in den Programmräumen herausgearbeitet werden (Forschungsfrage Nr. 1).<sup>37</sup>

<sup>37</sup> Vgl. dazu Kap. 3.1.

### ***Transnationale Strategien für klimagerechte Raumentwicklung***

Während sich die Bedrohungslagen infolge des Klimawandels zwischen den Makroregionen Europas deutlich unterscheiden, bringt dieser innerhalb der Kooperationsräume ähnliche Herausforderungen mit sich (vgl. dazu auch BMVBS 2007, Ziff. 84). Während beispielsweise für die Nord- und Ostseeküste Stürme und Sturmfluten maßgebliche Gefahren darstellen, steht im Alpenraum der Umgang mit Sturzfluten, Erdbeben oder Lawinen im Mittelpunkt. INTERREG B bietet daher mit seinen länderübergreifenden Kooperationsräumen einen besonders geeigneten räumlichen Zuschnitt für die Strategieentwicklung.

Im Rahmen von INTERREG-Projekten wie ClimChAlp wurde auf Basis fundierter Analysen der Folgen des Klimawandels für den Alpenraum eine transnationale Anpassungsstrategie formuliert. In mehreren Folgeprojekten erfolgt nun die Detaillierung von Maßnahmen und deren pilothafte Umsetzung in wesentlichen Handlungsfeldern, so beispielsweise im Projekt CLISP für den Bereich der „klimabeständigen“ Raumplanung.

Auch die länderübergreifenden Kooperationen im Bereich des Hochwasserschutzes im Rahmen von INTERREG B, so etwa das Projekt ELLA (III B), zeigen, wie Probleme des Klimawandels innerhalb der transnationalen Programmkulisse erfolgreich bearbeitet werden. In diesen Projekten erarbeiteten Experten der Bereiche Raumordnung und Wasserwirtschaft aus fünf Ländern eine gemeinsame Strategie zum vorsorgenden Hochwasserschutz für das gesamte Einzugsgebiet der Elbe.

### ***Förderung sektorübergreifender Zusammenarbeit***

Sowohl für Klimaschutz als auch für Klimaanpassung gilt vielfach, dass nur durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachressorts sowie von öffentlichen und privaten Akteuren wirkungsvoll Strategien entwickelt und Maßnahmen umgesetzt werden können (vgl. dazu auch BMVBS, Ziff. 172). Diese sektorübergreifende Kooperation gehört zur Grundphilosophie der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ und spiegelt sich in der Partnerstruktur der meisten Projekte wider. In den beteiligten Städten und Regionen sind INTERREG-Projekte oftmals Anlass für eine stärkere Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung und können zu einer Stärkung der regionalen Steuerungsfähigkeit beitragen. So wurden im Projekt CO<sub>2</sub>NeuTrAlp zur besseren Umsetzung der Pilotvorhaben im Bereich klimafreundlicher Mobilität in allen beteiligten Regionen Projektbeiräte (*Local Implementation Networks*) eingerichtet, in denen relevante Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vertreten sind.

Im Bereich der erneuerbaren Energien, beispielsweise bei der Biomassennutzung, liegt ein großes Potenzial in einer engeren Kooperation vor Ort. Regionale Wertschöpfungsketten zwischen Produzenten von Biomasse, Energieerzeugern sowie öffentlichen und privaten Endnutzern erlauben oftmals eine effizientere Energieausnutzung (etwa durch Kraft-Wärme-Kopplung) und führen zu positiven regionalökonomischen Effekten. Sowohl im Rahmen von RUBIRES als auch von Bioenergy Promotion engagieren sich regionale Institutionen, solche Kooperationen voranzubringen.

Ein umfassender Klimaschutz durch energieeffiziente Gebäude kann nur durch die Einbeziehung der Immobilienwirtschaft und die Ansprache von Eigentümern und Nutzern gelingen. Entsprechend arbeiten im Projekt Longlife Verwaltungen, Wissenschaft und Wohnungswirtschaft gemeinsam an Richtlinien für ressourcenschonendes Bauen und marktfähige Nachhaltigkeitsstandards für Wohngebäude.

Mit dem Ansatz der Clusterförderung versuchen Wirtschaftsförderungen, vermehrt die positiven Effekte der räumlichen Konzentration von Unternehmen einer bestimmten Branche, Zulieferern, Dienstleistern, Forschungseinrichtungen und unterstützenden Institutionen, die durch Geschäftsbeziehungen und Informationsaustausch miteinander verbunden sind, zu nutzen. INTERREG-Projekte können dazu beitragen, solche Cluster auch im Bereich klimafreundlicher Technologien auf einer transnationalen Ebene weiterzuentwickeln. Ein Beispiel dafür ist das Projekt POWER cluster, das sich dem Aufbau eines transnationalen Clusters für die Offshore-Windenergie im Nordseeraum widmet.

### ***Aufbau transnationaler Strukturen für Klimaschutz und Klimaanpassung***

INTERREG-Projekte sind zwar zeitlich begrenzt, doch oftmals gelingt es den beteiligten Akteuren, die Zusammenarbeit zu verstetigen. Dabei variiert der Grad der Formalisierung durchaus. In einer gemeinsamen Erklärung am Ende des Projekts ELLA im Jahr 2006 vereinbarten die beteiligten Gebietskörperschaften und Behörden aus Deutschland, Polen, Österreich, Tschechien und Ungarn, das Netzwerk für die weitere transnationale Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz zu nutzen und auszubauen. Diese Verstetigung der Kooperation erfolgt unter anderem durch das INTERREG IV B-Folgeprojekt LABEL, bei dem das transnationale Risikomanagement im Hochwasserschutz sowie Anpassungsmaßnahmen in denjenigen Bereichen im Mittelpunkt stehen, für die noch keine transnationalen Strategien entwickelt wurden, wie Tourismus und Schiffsverkehr.

Im INTERREG III B-Projekt ClimChAlp wurde unter Mitarbeit aller Anrainerstaaten auf Grundlage umfassender Analysen der Auswirkungen des Klimawandels eine grenzüberschreitende Anpassungsstrategie für den Alpenraum entwickelt. In mehreren Folgeprojekten werden nun weiterführende Fragen bearbeitet: Die Erarbeitung klimabeständiger Raumplanungsstrategien wird im Projekt CLISP thematisiert. Im Projekt AdaptAlp befassen sich die Projektpartner mit tiefergehenden Analysen zum Klimawandel und werden unter anderem transnationale harmonisierte Methoden der Gefahrenkartierung erarbeiten.

Auch beim Projekt Longlife zeichnet sich eine institutionelle Verstetigung der transnationalen Klimaschutzbemühungen ab. Die gemeinsamen Standards und Zertifikate für nachhaltiges Bauen im Ostseeraum sollen nach Ende des Projekts Longlife in einem neuen Verband, der Baltic Sea Housing Development Association (BASHDA), weitergeführt werden.

## **5.7 Wirkungen in den beteiligten Städten und Regionen**

Die Analyse der ausgewählten Projekte macht deutlich, dass die beteiligten Städte und Regionen auf vielfältige Weise von einer Bearbeitung transnationaler Projekte im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung profitieren (Forschungsfrage Nr. 2).<sup>38</sup>

### ***Kennenlernen bewährter Politikansätze ausländischer Projektpartner***

Der Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Strategien und wirksame Instrumente mit Partnern aus anderen europäischen Ländern ist ein wichtiges Merkmal des INTERREG-Programms, das sich auch bei transnationalen Projekten zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung wiederfindet. Das Kennenlernen bewährter Politikansätze, Instrumente und Maß-

---

<sup>38</sup> Vgl. dazu Kap. 3.1.

nahmen aus anderen Regionen regt die beteiligten Akteure oftmals dazu an, Aspekte zu übernehmen und gemäß den eigenen Gegebenheiten weiterzuentwickeln. So werden in Bremen nun im Rahmen des Projekts ANSWER nach einem belgischen Modell mit sogenannten *Energy Clubs* niedrighschwellige, branchenspezifische Beratungsangebote für das betriebliche Energiemanagement in Kleinunternehmen geschaffen. Aus Norwegen kommt die Idee der Energiehöfe – Demonstrations- und Schulungszentren für die nachhaltige Produktion von Biomasse –, deren Umsetzung im Projekt Bioenergy Promotion nun auch in Brandenburg geprüft wird. Dass der Zugriff auf den Erfahrungsschatz anderer Projektpartner auch systematisiert werden kann, zeigt das Projekt Future Cities. Hier wurde eine „Twinning-Methode“ entwickelt, die Informationsbedarfe und Expertise aus den acht beteiligten nordwesteuropäischen Städten und Kommunalverbänden rund um die Anpassung urbaner Infrastrukturen an den Klimawandel systematisch zusammenbringt.

### ***Labor zur gemeinsamen Umsetzung innovativer Ideen für Klimaschutz und Klimaanpassung***

Innovative Problemlösungen sind oftmals mit besonderen Risiken verbunden. Dies gilt gerade für relativ neue Handlungsfelder, die mit hohen Unsicherheiten verbunden sind und zu denen in Kommunen und Regionen noch wenige Erfahrungswerte vorliegen. Hier können INTERREG-Projekte helfen, die Brücke zwischen Technologieentwicklung und Anwendung zu schließen. Als ein Hindernis für einen Ausbau der erneuerbaren Energien gelten die Schwankungen in der Energieproduktion, insbesondere bei der Wind- und der Solarenergie. Im Projekt AlpEnergy arbeiten Energieversorger und Regionalentwickler aus dem Alpenraum zusammen, um im Rahmen von neuartigen Stromversorgungskonzepten die Erzeugung und den Verbrauch von Strom aus regenerativen Energiequellen zeitlich zu harmonisieren. Für die pilothafte Umsetzung solcher *Virtual Power Systems* gilt es, neue Technologie-, Kooperations- und Geschäftsmodelle, etwa im Zusammenhang mit flexiblen Stromtarifen, zu entwickeln. Die Erprobung alternativer Antriebstechnologien im Verkehrsbereich ist Ziel des Projektes CO<sub>2</sub>NeuTrAlp. Gerade bei der Elektromobilität sind hohe Anfangsinvestitionen in Fahrzeuge und die notwendige Infrastruktur Hürden für einen breiteren Einsatz. In der Pilotregion Allgäu wurde ein Verleihsystem für Elektrofahrräder (Pedelects) eingerichtet, das Besuchern angesichts hügeliger Topographie klimafreundliche Fahrradtouren von Ort zu Ort erleichtert. Dabei experimentieren einzelne Projekte mit speziellen Formaten, um den Wissenstransfer und Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu bewerkstelligen. Im Projekt Livinggreen.eu etwa kommen mit den *Livinggreen-Labs* und den *Reno-Teams* neuartige Formate der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern zum Einsatz, um die gemeinsame Entwicklung von Ideen und Problemlösungen zu konkreten Fragen der energetischen Gebäudesanierung zu erleichtern.

### ***Umsetzung wichtiger Schlüsselmaßnahmen durch Pilotinvestitionen***

Auch wenn im Unterschied zu anderen Förderprogrammen der europäischen Strukturpolitik bei INTERREG investive Maßnahmen eine untergeordnete Rolle spielen, werden in einigen untersuchten Projekten gezielt konkrete Gebäude und Anlagen mit Modellcharakter kofinanziert. Im Projekt Livinggreen.eu sind in Ludwigsburg und in vier weiteren Städten Nordwesteuropas denkmalgeschützte Gebäude instand gesetzt worden. Die so entstandenen Nachhaltigkeitszentren sind Demonstrationsobjekte sowie Schulungs- und Beratungszentren für interessierte Planer, Bauhandwerker und Immobilieneigentümer. In Ludwigsburg wird für das Energetikom – Zentrum für Energiekompetenz und Ökodesign e.V. gemeinsam mit verschie-

denen lokalen Partnern ein leer stehendes Industriegebäude nach Maßstäben der Nachhaltigkeit saniert und ungenutzt.

Aufgrund der bereits spürbaren und erwarteten Auswirkungen des Klimawandels müssen Kommunen ihre bestehenden Siedlungsstrukturen widerstandsfähiger gegenüber Extremwetterereignissen gestalten. Im Rahmen des Projekts Future Cities gestalten die Emschergenossenschaft und die Stadt Bottrop in Zusammenarbeit mit den dort angesiedelten Unternehmen ein bestehendes Gewerbegebiet um und konzentrieren sich dabei auf die Schlüsselkomponenten Grünstrukturen, Energieeffizienz und Wasser. Die geplanten Pilotinvestitionen zeigen auch Synergien zwischen Klimaschutz und Klimaanpassung auf. So werden Dachbegrünungen der Industriehallen zu einer Verbesserung des Innenraumklimas auch bei hohen Außentemperaturen führen und gemeinsam mit Flächenentsiegelungen und dezentralen Regenrückhaltebecken gleichzeitig die Kanalisation bei Starkregen entlasten.

### **Grundlage für gezielten Fördermitteleinsatz und private Folgeinvestitionen**

INTERREG-Projekte schaffen vielfach die notwendigen Voraussetzungen für ein stärkeres öffentliches und privates finanzielles Engagement für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung. Die deutschen Beteiligten des Projekts CO<sub>2</sub>NeuTrAlp entwickelten die konzeptionellen Grundlagen für die Erprobung von Elektrofahrzeugen im Allgäu. Nun fließen im Rahmen des nationalen Förderprogramms Informations- und Kommunikationstechnologien für Elektromobilität Bundesmittel für den Betrieb einer Flotte von 50 elektrisch angetriebenen Pkw zur Miete und gemeinschaftlichen Nutzung (Carsharing) ins Allgäu.

Sowohl in der Altmark als auch in der Region Havelland-Fläming können die Arbeiten aus dem Projekt RUBIRES zur Bildung regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich der Bioenergie mit national geförderten Aktivitäten aus dem Bioenergieregionen-Wettbewerb bzw. der Forschungsförderung zum nachhaltigen Landmanagement verknüpft werden.

Die vielfältigen Informations- und Beratungsangebote zur Energieeinsparung und Energieeffizienz, die im Rahmen der INTERREG-Projekte geschaffen und weiterentwickelt werden, regen die jeweiligen privaten Zielgruppen zu eigenen Investitionen in den Klimaschutz an. So wurde im Rahmen des Projekts ANSWER beispielsweise in der Metropolregion Bremen-Oldenburg die Neuauflage des „Effizienztischs NordWest“ angestoßen. Dieses Angebot unterstützt Unternehmen bei der Analyse und Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der betrieblichen Energieeffizienz.

### **Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Politik und Gesellschaft**

INTERREG-Projekte verhelfen dem Anliegen von Klimaschutz und -anpassung in den beteiligten Städten und Regionen oftmals zu einem höheren Stellenwert. Schon allein die Auswahl und Förderung als „Modellregion“ hat Signalwirkung. Besonders nachhaltig wirken aber die transnationalen Kontakte und der Erfahrungsaustausch. Die Präsentation konkreter, funktionsorientierter Beispiele im Rahmen von Fachexkursionen inspiriert nicht nur Fachverwaltungen, sondern auch politische Entscheidungsträger. In Projekten zu erneuerbaren Energien wie RUBIRES oder Bioenergy Promotion stellt die Auseinandersetzung mit Vorreiterlösungen für dezentrale, lokale Energieerzeugung einen solchen Referenzpunkt dar.<sup>39</sup>

---

<sup>39</sup> So wurde in mehreren Experteninterviews auf die wichtige Rolle von Exkursionen in Modellkommunen wie die österreichische Stadt Güssing, einem vielfach ausgezeichneten Beispiel für die dezentrale Erzeugung und Nutzung regenerativer Energien, hingewiesen.

Klimaschutz und Klimaanpassung werden jedoch nur über eine Beteiligung breiter gesellschaftlicher Gruppen gelingen, wofür in einzelnen INTERREG-Projekten neue Vermittlungsformen erarbeitet wurden. Die Ausstellung „Faszination Offshore“, die im Projekt POWER cluster entwickelt wurde, setzt sich mit den ökonomischen und ökologischen Auswirkungen der Windenergieerzeugung auf dem offenen Meer auseinander. Untergebracht auf einem Museumsschiff und mehrsprachig ausgestaltet, wurde sie bereits in zahlreichen Häfen des Nordseeraums von Einheimischen wie Touristen besucht. Im Rahmen eines Wettbewerbs zum Thema Bioenergie wandte sich RUBIRES speziell an weiterführende Schulen. Die prämierten Ideen der rund 100 Teilnehmer fließen in eine Wanderausstellung, die jungen Preisträger aus Deutschland, Italien, Österreich, Slowenien und Ungarn wurden mit einer gemeinsamen Exkursion belohnt.

## 5.8 Regionale Fallstudien

Die ausgewerteten Projekte zeigen beispielhaft die thematische Bandbreite und die vielfältigen Ergebnisse der transnationalen Zusammenarbeit von Kommunen und Regionen zum Klimawandel. Besonders wirkungsvoll ist diese Projektarbeit in europäischen Netzwerken immer dann, wenn sie vor Ort mit lokalen Strategien und Ansätzen verknüpft wird. Drei kurze Fallstudien illustrieren, wie INTERREG-Projekte in die Regional- und Kommunalpolitik einfließen.

### ***Ludwigsburg: Klimaschutz als Bestandteil nachhaltiger Stadtentwicklung***

Eine energieeffiziente Stadtentwicklung sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien sind wesentliche Zielsetzungen der nachhaltigen Stadtentwicklung Ludwigsburgs. Deren konzeptionelle Grundlagen wurden 2004 bis 2006 in einem breiten Beteiligungsprozess erarbeitet. Die nachhaltige Stadtentwicklung wird nun als gesamtstädtisches Steuerungsinstrument fortgeführt. Die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts erfolgt durch thematische Masterpläne sowie Stadtteilentwicklungspläne.

Die Stadt Ludwigsburg (ca. 87.000 Einwohner) nutzt eine Reihe von INTERREG IV B-Projekten, um unterschiedliche Bausteine einer klimabewussten Stadtentwicklung weiter voranzubringen. Im Rahmen von EnSURE<sup>40</sup> wird durch die Umsetzung von integrierten Konzepten im Sinne einer energieeffizienten Stadtentwicklung zur Verbesserung städtischer Energiebilanzen beigetragen. Durch die Auseinandersetzung mit geeigneten Finanzierungsinstrumenten sowie die intensive Einbeziehung beteiligter Akteure soll die Bewusstseinsbildung hinsichtlich der energetischen Maßnahmen und deren Umsetzung gesteigert werden. Ebenfalls auf Quartiersebene verortet ist das Projekt MUSIC<sup>41</sup>, welches durch den intensiven Dialog mit den Akteuren in einem sozial benachteiligten Stadtteil zu einer Verhaltensänderung im Umgang mit Energie und damit zur Energieeinsparung beitragen soll. Mit dem Projekt EnerCITY<sup>42</sup> werden Datengrundlagen für das städtische Gesamtenergiekonzept und dessen quartiersbezogene Umsetzung sowie GIS-basierte Analyseinstrumente entwickelt. Mit dem Projekt Livinggreen.eu schließlich entsteht mit dem Energetikom – Energiekompetenz und Ökodesign e.V. eine Plattform für Projekte, Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der energieeffizienten Stadtentwicklung, das von einem breiten Bündnis der öffentlichen Hand, Unternehmen und Verbänden getragen wird. Gefördert durch das EU-Programm Intel-

<sup>40</sup> EnSURE – Energy Savings in Urban Quarters through Rehabilitation and New Ways of Energy Supply.

<sup>41</sup> MUSIC – Mitigation and Urbanisation.

<sup>42</sup> EnerCITY – Reducing energy consumption and CO<sub>2</sub> emissions in cities across Central Europe.

ligente Energie Europa befasst sich Ludwigsburg im Projekt Sustainable Now mit der Entwicklung lokaler Energieaktionspläne. Mit Hilfe verschiedener Bundes- und Landesprogramme geht die Barockstadt eine Reihe von weiteren Aktivitäten an: ein Gesamtenergiekonzept, städtebauliche Anpassungsmaßnahmen zum Klimawandel, betriebliche Netzwerke zur Energieeffizienz sowie Projekte zur Elektromobilität.

Vor dem Hintergrund dieser breiten Projektpalette ist es bemerkenswert, dass das Engagement in europäischen Projekten insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Thema Energie für die Stadt Ludwigsburg erst seit wenigen Jahren eine tragende Rolle spielt. Als wichtig sehen die verantwortlichen Akteure rückblickend die Beteiligung am Projekt Managing Urban Europe-25 der Generaldirektion Umwelt an, durch das seit 2005 viele Kontakte mit Vorreiterkommunen in ganz Europa geknüpft werden konnten. Auch organisatorische Aspekte werden angeführt: So wird das Europaengagement im Bereich Klimaschutz und Klimawandel befördert durch die Zusammenführung der Bereiche Europa und Energie im Referat Nachhaltige Stadtentwicklung.

Ludwigsburg versteht sich zunehmend als städtisches Labor, in dem Lösungen in den Bereichen Erneuerbare Energien und Klimaschutz für die Stadtentwicklung erprobt werden können – Stadtgröße und Überschaubarkeit der Verwaltung spielen hierbei eine Rolle. Nicht zuletzt durch den Erfahrungsaustausch mit europäischen Partnern und die Öffentlichkeitswirksamkeit europäischer Förderung hat sich nach Ansicht der Beteiligten diese Dynamik erhöht. Mittlerweile wird dieses städtische Engagement zunehmend in internationalen Fachkreisen registriert: Die Internationale Energieagentur (IAE) in Paris hat Ludwigsburg als deutsche Modellstadt für ihre aktuelle Studie Energy Efficient Communities: Case Studies and Strategy Guidance for Urban Decision Makers ausgewählt.

### ***Das Ruhrgebiet: Modellregion für die Klimaanpassung***

Der Umgang mit den Folgen des Klimawandels erfordert zum einen die Generierung detaillierter Informationen über die lokalen Auswirkungen des Klimawandels und zum anderen die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Im Ruhrgebiet werden dazu derzeit verschiedene Projekte durchgeführt, die im Rahmen europäischer, nationaler und regionaler Initiativen initiiert wurden. In dem INTERREG IV B-Projekt Future Cities haben sich lokale Behörden aus den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und Belgien zusammengeschlossen, um die Anpassung städtischer Infrastrukturen an die Folgen des Klimawandels zu erproben. Der Lippeverband hat in dem Projekt die Funktion des Lead Partners übernommen und führt in Kooperation mit den Städten Bottrop und Kamen zwei Modellprojekte durch. Enge Verknüpfungen bestehen zudem durch das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „dynaklim – Dynamische Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels in der Emscher-Lippe-Region (Ruhrgebiet)“, das sich mit den prognostizierten Effekten des Klimawandels auf die Verfügbarkeit und Nutzung des Wassers sowie den damit verbundenen Auswirkungen auf die Umwelt befasst. Der Fokus des regional ausgerichteten Projekts liegt auf dem Austausch zwischen den beteiligten Städten, Unternehmen, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren der Emscher-Lippe-Region und wird durch thematische Diskussionsplattformen angeregt. Eine inhaltliche Verknüpfung zwischen Future Cities und dynaklim ist auch durch die enge Zusammenarbeit der jeweils in beiden Projekten vertretenen Partner Lippeverband und Emschergenossenschaft gewährleistet. So können internationale Erfahrungen aus dem Projekt Future Cities den regionalen Akteuren, die selbst nicht an dem Projekt beteiligt sind, zugänglich gemacht werden.

Mehrere Städte des Ruhrgebiets waren des Weiteren an der Erarbeitung des im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen erstellten „Handbuchs Stadtklima“ beteiligt. In Dortmund und Bottrop wurden Werkstätten durchgeführt, in denen sich kommunale Akteure mit städtebaulichen Anpassungsoptionen und mit Synergieeffekten von Maßnahmen des Klimaschutzes und der -anpassung auseinandergesetzt haben. Eine Analyse der lokalen Folgen des Klimawandels wird im Rahmen des ExWoSt-Vorhabens „Urbane Strategien zum Klimawandel“ (gefördert durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) neben anderen Modellstädten auch für Essen erstellt, und Anpassungslösungen werden erprobt.

Die Verzahnung der unterschiedlichen Projekte bietet den Kommunen die Möglichkeit, sich sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus praktischer Sicht intensiv mit verschiedenen Aspekten des Klimawandels und der Klimaanpassung zu befassen. Die Projektbeteiligten werden dadurch in die Lage versetzt, das notwendige Bewusstsein für die Problematik nicht nur auf den verschiedenen räumlichen Ebenen zu schärfen, sondern auch Informationen, Handlungserfordernisse und Empfehlungen für Politik, Verwaltung und die Bürger aufzubereiten.

### **Allgäu: Klimafreundliche Mobilität und Regionalentwicklung**

Die nachhaltige Regionalentwicklung ist für das Allgäu als Deutschlands größte zusammenhängende Tourismusregion von großer Bedeutung. In zwei INTERREG IV B-Projekten werden im Allgäu derzeit Modellvorhaben zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität und einer regenerativen Energieversorgung realisiert. Unter Federführung des regionalen Energieversorgers Allgäuer Überlandwerk (AÜW) wird im Projekt CO<sub>2</sub>-NeuTrAlp in Zusammenarbeit mit der Allgäu Marketing GmbH ein Netzwerk von Verleihstationen für Elektrofahrräder installiert. Das im Rahmen dieses INTERREG-Projekts entwickelte Konzept zur Erprobung von Elektrofahrzeugen und zum Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur (z.B. Stromtankstellen) wird nun durch das AÜW, die Hochschule Kempten und weitere Partner im Projekt „eE-Tour Allgäu – effiziente Elektromobilität & Tourismus“ umgesetzt. Dieses wird mit Mitteln aus dem Programm IKT für Elektromobilität des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie finanziert.<sup>43</sup> Hier konnte sich das Allgäu im bundesweiten Wettbewerb als eine von sieben Modellregionen durchsetzen. Im Projekt „eE-Tour Allgäu“ werden die Möglichkeiten der Elektromobilität in einer ländlichen Tourismusregion erforscht und deren Umsetzung vorangetrieben. Dazu stehen seit Mitte 2010 etwa 50 Elektrofahrzeuge z.B. in Hotels zum Verleih bereit. Die Fahrzeuge unterschiedlichster Art, unterschiedlicher Betreiber und unterschiedlicher Nutzung sollen in einem einheitlichen IKT-System betrieben werden. Auch der Ausbau der notwendigen Infrastruktur schreitet voran: Die erste von insgesamt zehn Stromtankstellen konnte bereits im Juni 2010 in Sonthofen eröffnet werden. Die Umweltverträglichkeit der Elektromobilität soll durch die Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewährleistet werden.

Da die Energieausbeute bei Wind- und Sonnenenergie naturgemäßen Schwankungen unterliegt, gilt die intelligente Verknüpfung von Energieerzeugung und Energieverbrauch als wichtiger Faktor für den Ausbau regenerativer Energien. Mit dem INTERREG-Projekt AlpEnergy werden im Allgäu Bausteine eines virtuellen Stromversorgungssystems (engl. Virtual Power System) umgesetzt, das durch intelligente Technologien Stromangebot und -verbrauch harmonisieren wird. Dies bietet auch neue Chancen für die Elektromobilität. So könnten Elektrofahrzeuge als Zwischenspeicher für den lokal produzierten Strom aus regenerativen Energieträgern fungieren.

---

<sup>43</sup> IKT steht dabei als Kürzel für Informations- und Kommunikationstechnologie.

Die INTERREG-Aktivitäten sind konzeptionell eingebettet in eine große Bandbreite lokaler und regionaler Initiativen und Projekte für eine energie- und klimabewusste Entwicklung des Allgäus. Dazu gehören die Aktivitäten des gemeinnützigen Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!), das von Kommunen, Kammern und Energieversorgern getragen wird. Die „eza!“ unterstützt seit über zehn Jahren Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten und bietet Energieberatungen für Unternehmen und Privathaushalte an. So werden aktuell neun Allgäuer Kommunen bei der Zertifizierung für den European Energy Award begleitet. Der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch dieser „Energieeffizienzgemeinden“ mit anderen Kommunen aus Österreich, der Schweiz und Liechtenstein wird durch das INTERREG A-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein gefördert. Daran beteiligt sich u.a. die Stadt Sonthofen, die aufgrund ihres besonderen Engagements bei der Umsetzung der Alpenkonvention durch eine internationale Jury als „Alpenstadt des Jahres 2005“ ausgezeichnet wurde. Seitdem initiiert und beteiligt sich Sonthofen verstärkt an lokalen, regionalen und auch europäischen Projekten wie CO<sub>2</sub>-NeuTrAlp, die verschiedene Aspekte der nachhaltigen Entwicklung adressieren.

Im Sommer 2009 startete die von einer breiten Basis aus Kommunen, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppierungen getragene Initiative „Klimaschutz – das Allgäu handelt!“. Mit dem AÜW und der Allgäu Initiative sind auch regionale INTERREG-Akteure beteiligt. Unter dem Schlagwort „Allgäuer CO<sub>2</sub>-Diät“ werden Privatpersonen, Unternehmen, Kommunen und Vereine dazu bewegt, sich eigene CO<sub>2</sub>-Minderungsziele zu setzen. Im Rahmen von sogenannten Klimapatenschaften können die Teilnehmer einen Beitrag zum Allgäuer Klimaschutzfonds leisten, der regionale Emissionsminderungsprojekte unterstützt. Die Initiative „Klimaschutz – das Allgäu handelt“ wird vom Land Bayern unterstützt und versteht sich als Vorbild für eine spätere Umsetzung in anderen Regionen Bayerns und Deutschlands.

## **5.9 Projektbezüge zur nationalen und europäischen Ebene**

Die Analyse ausgewählter Projekte macht deutlich, dass die Ergebnisse transnationaler Kooperation im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in verschiedener Hinsicht zur Politikentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene beitragen können (Forschungsfrage Nr. 3).<sup>44</sup>

### ***Entwicklung von Standards und Erprobung von Richtlinien***

Zur Erreichung ihrer Klimaschutzziele haben EU und Mitgliedsstaaten verschiedene Richtlinien und Gesetze erlassen. Diese betreffen beispielsweise den Energieverbrauch von Gebäuden, einem Sektor, der in Deutschland immerhin für rund 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs und rund ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist. So dürfen nach der Europäischen Gebäuderichtlinie Neubauten ab 2020 praktisch keine Energiezufuhr mehr benötigen. Das Projekt Longlife greift diese Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden auf und verknüpft sie mit einer Lebenszyklusbetrachtung, die auch die Nachhaltigkeit von Baustoffen und der Gebäudebewirtschaftung berücksichtigt. Wissenschaftler, Wohnungsbau-gesellschaften und öffentliche Verwaltungen aus fünf Ländern des Ostseeraumes arbeiten in diesem Projekt daran, einen Prototyp für ein nachhaltiges Wohngebäude zu entwerfen, der die kulturellen und klimatischen Gegebenheiten des Kooperationsraumes berücksichtigt. Dabei werden ein Nachhaltigkeitszertifikat sowie länderübergreifende Planungs- und Genehmi-

---

<sup>44</sup> Vgl. dazu Kap. 3.1.

gungsstandards entwickelt, die zukünftig Investitionen in nachhaltigen Wohnungsbau und transnationale Geschäftsaktivitäten erleichtern.

Im Projekt Bioenergy Promotion arbeiten Wissenschaftler, Behörden und Bioenergieproduzenten verschiedener Ostseeanrainerstaaten zusammen, um Prinzipien und Kriterien für eine nachhaltige Erzeugung und Nutzung von Biomasse zu erarbeiten. Im Unterschied zu Biokraftstoffen und flüssigen Bioenergieträgern hat die EU im Bereich der festen und gasförmigen Biomasse bislang auf verbindliche Standards verzichtet, sondern lediglich Empfehlungen formuliert. Die im Projekt entwickelten Kriterien und Empfehlungen ergänzen daher den bestehenden Politikrahmen auf EU-Ebene und dienen einer politischen Feinstuerung auf der nationalen und regionalen Ebene. Sie sollen unter anderem dazu beitragen, dass der Anbau und die Nutzung von Biomasse – wie etwa Energiemais oder Holz – nicht zu Lasten der Artenvielfalt erfolgen oder gewachsene Kulturlandschaften gefährden. Die Projektergebnisse werden somit sowohl für den Kooperationsraum als auch für die europäische Ebene Grundlagen für die Prüfung weiterer Regelungsbedarfe bieten.

Der Klimawandel erfordert die Überprüfung des bestehenden Instrumentariums auch der Stadt- und Regionalplanung. So müssen beispielsweise durch Extremniederschläge gefährdete Areale identifiziert und planerisch freigehalten werden. Im Rahmen des Projekts CLISP arbeiten Verwaltungen und Wissenschaftler an derartigen Ansätzen für eine klimabeständige Raumplanung im Alpenraum. So wird mit Hilfe von zwei oberbayerischen Modellkommunen geprüft, inwieweit die bestehenden Regelungen der Bauleitplanung weiterentwickelt werden müssen.

## 6. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

### 6.1 Übergreifende Ergebnisse

Die themenbezogene Auswertung macht deutlich, dass transnationale Projekte eine große Bandbreite an Beiträgen zur Umsetzung der in der TAEU festgelegten thematischen Prioritäten sowie der Steuerungsaspekte (territoriale Governance und Integration) leisten können. Sie leisten dies in unterschiedlichem Maße und mit jeweils spezifischen Schwerpunktsetzungen.

Für die Entwicklung und Durchführung von Projekten spielt die TAEU in den untersuchten Fällen meist keine direkte Rolle. Diese Beiträge resultieren also zumeist nicht aus einer aktiven Auseinandersetzung mit der TAEU.<sup>45</sup> Es finden sich kaum explizite Bezüge in den Programmunterlagen auf die TAEU.<sup>46</sup> Auch in den Experteninterviews kamen solche expliziten Bezüge kaum zur Sprache.<sup>47</sup> Vielmehr sind es die Operationellen Programme, die in ihren Themensetzungen und Bewertungskriterien eine entsprechende Ausrichtung von Projekten beeinflussen. Sie wurden zeitlich parallel zur TAEU erarbeitet und beinhalten explizite Bezüge zur TAEU. Die Projekte selbst leisten jedoch implizit wichtige Beiträge in Bezug auf territoriale Prioritäten, territoriale Governance und territoriale (Politik-)Integration. Diese werden nachfolgend zusammengefasst. Die themenfeldbezogene Auswahl macht aber auch deutlich, dass die Beiträge der Projekte weit über die in der TAEU angesprochenen Aspekte hinausgehen. Dies betrifft beispielsweise ihren Beitrag zur Europäisierung der kommunalen und regionalen Arbeit.

#### ***Beiträge zur Bearbeitung der territorialen Prioritäten der TAEU***

Mit der Untersuchung sollten die spezifischen Beiträge transnationaler Kooperationsprojekte in den Themenfeldern Innovationsförderung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung – als zwei wesentlichen territorialen Prioritäten der TAEU – aufgezeigt werden (Forschungsfrage Nr. 1).<sup>48</sup>

Es kann festgehalten werden, dass die untersuchten transnationalen Projekte in der Gesamtbetrachtung inhaltlich das gesamte Spektrum der jeweils betreffenden territorialen Prioritäten der TAEU abdecken. Sie gehen in ihrem inhaltlichen Fokus teilweise sogar darüber hinaus. Dies gilt insbesondere für die untersuchten Projekte im Bereich der Innovationsförderung. Während sich die TAEU im Wesentlichen auf den Aspekt der Clusterpolitik beschränkt, werden in transnationalen Kooperationen auch weitere innovationspolitische Handlungsfelder wie die Entwicklung transnationaler Innovationsstrategien, die Verbesserung des Zugangs zu wissenschaftlichen Erkenntnissen oder gemeinsame Instrumente zur Finanzierung von Innovationsaktivitäten entwickelt. Im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung werden die in der TAEU umschriebenen Bereiche hingegen in den Operationellen Programmen und diesbezüglichen INTERREG-Projekten weiter ausdifferenziert. Was in der TAEU mit dem Schlagwort „widerstandsfähige Regionen und Städte“ angesprochen wird (Ziff. 9), wird durch transnatio-

---

<sup>45</sup> Da die TAEU im Mai 2007 verabschiedet wurde, wäre eine direkte Anwendung in Projektkontexten erst für IV B-Projekte möglich gewesen.

<sup>46</sup> Eine Ausnahme bildet das Projekt CLISP, hier wird in den Projektunterlagen explizit auf den Beitrag von Anpassungsstrategien an den Klimawandel zur Umsetzung der TAEU Bezug genommen.

<sup>47</sup> Dieser Befund deckt sich mit der überwiegend verhaltenen Einschätzung in Fachkreisen in Bezug auf die Beachtung der Territorialen Agenda in Fachpolitiken sowie auf regionaler und kommunaler Ebene (z.B. Böhme und Zillmer 2010, IÖR/DV 2010).

<sup>48</sup> Vgl. dazu Kap. 3.1.

nale Zusammenarbeit in den verschiedenen Handlungsfeldern wie Stadt- und Regionalplanung, Gewerbe und Industrie, Land- und Forstwirtschaft und Biodiversität weiter aufgeklärt und bearbeitet.

In Bezug auf das Ausmaß der transnationalen Kooperation erfolgt in den untersuchten Projekten vielfach die Bearbeitung von Themen gemeinsamen Interesses (*common issues*)<sup>49</sup>, also Themen die für viele Städte und Regionen eines Kooperationsraums relevant sind, aber vor Ort bearbeitet werden müssen. So stehen beispielsweise im Themenfeld Innovationsförderung viele Regionen vor der Aufgabe, die Innovationsfähigkeit ihrer klein- und mittelständischen Unternehmen zu steigern. Hier ermöglichen die Ergebnisse der Projektarbeit – wie die untersuchten Projekte zeigen – den beteiligten Akteuren im Idealfall innovativere und effizientere Unterstützungsmaßnahmen durch den Erfahrungsaustausch und darauf bezogenen Instrumententransfer oder die Anwendung innerhalb eines Projekts gemeinsam entwickelter Instrumente und Methoden. Dabei können gemeinsame, kooperationsraumspezifische Potenziale oder Problemlagen die positiven Effekte der transnationalen Kooperation steigern. Im Themenfeld Klimaanpassung zeigt sich etwa, dass viele ländliche Regionen Mitteleuropas noch über ungenutzte Potenziale der Biomassenutzung verfügen. Und praktisch alle Regionen des Alpenraums müssen Vorsorge im Hinblick auf die im Zuge des Klimawandels zunehmenden Gefahren durch Sturzfluten, Erdbeben und Lawinen treffen.

Besonders wirkungsvoll können transnationale Projekte aber dann sein, wenn sie „echt“ transnationale Themen (*transnational issues*) angehen, die nationale und regionale Grenzen überschreiten und deren Bearbeitung daher nur durch die transnationale Zusammenarbeit möglich ist. Im Bereich der Innovationsförderung sind es vor allem Größenvorteile, die sich dadurch erschließen lassen, beispielsweise durch die Entwicklung transnationaler Clusterinitiativen. Dort, wo Wissenschaft und Wirtschaft in einem bestimmten Technologiefeld in transnationalen Großregionen zusammenarbeiten, steigt die kritische Masse an Innovationspotenzial, können Synergien in Forschung und Entwicklung gehoben werden und nimmt die internationale Sichtbarkeit der betreffenden Potenziale und Aktivitäten zu. Für die Einführung von Innovationen sind ferner oftmals Aktivitäten der Standardisierung vonnöten – auch diese können grundsätzlich durch INTERREG B-Projekte befördert werden.<sup>50</sup> Im Themenfeld des Klimaschutzes und der Klimaanpassung stehen hingegen andere Effekte im Vordergrund: ein harmonisiertes Vorgehen bei der Umsetzung europäischer Richtlinien (z.B. Energieeffizienz von Gebäuden), die Erarbeitung gemeinsamer Standards (z.B. nachhaltige Biomasseerzeugung und -nutzung) und die Koordination von Maßnahmen bei natürlichen Interdependenzen (z.B. im Hochwasserschutz in großräumigen Flusseinzugsgebieten).

### **Beiträge zur territorialen Governance**

Die TAEU ruft die Akteure der räumlichen Entwicklung zu einem intensiven und kontinuierlichen Dialog auf (Ziff. 4). Diese territoriale Governance soll insbesondere das lokale und regionale Unternehmertum, Wissenschaft, lokale und regionale Gebietskörperschaften, Nichtregierungsorganisationen und Fachpolitiken umfassen. Zielsetzung ist die Stärkung des territorialen Zusammenhalts, aber auch die Koordination privater und öffentlicher Investitionen und die Erarbeitung sektoraler Strategien (die TAEU nennt hier exemplarisch den Umgang mit dem Klimawandel). Die Fallstudien zeigen, dass transnationale Projekte Bausteine zum Aufbau territorialer Governance-Strukturen auf lokaler und regionaler sowie auf transnationaler Ebene darstellen.

<sup>49</sup> Zur Unterscheidung von *common* und *transnational issues* siehe auch Kap. 2.3.

<sup>50</sup> Insbesondere Projekt BSR eHealth.

Transnationale Zusammenarbeit kann zu einer Neubegründung bzw. Intensivierung von Interorganisationsbeziehungen und damit zur Schaffung moderner Governance-Strukturen auf der örtlichen bzw. regionalen Ebene beitragen. In vielen Fällen wurden im Rahmen von INTERREG-Projekten in den beteiligten Regionen Dialogstrukturen in Form von Runden Tischen oder Steuerungskreisen geschaffen, die öffentlichen, privaten und „Dritten Sektor“ über die Projektlaufzeit zusammenbringen (vgl. z.B. *Local Implementation Networks* im Projekt CO<sub>2</sub>NeuTrAlp, weitere Informationen siehe Anhang). Teilweise erfolgte eine Verstärkung dieser Gremien und konnten die Voraussetzungen für einen dauerhaften Betrieb geschaffen werden (z.B. Runder Tisch zum Einsatz von IuK-Technologien im Gesundheitswesen in Schleswig-Holstein). In anderen Fällen war die Einrichtung von sektorübergreifenden Netzwerkstrukturen selbst Projektgegenstand (z.B. Energetikom – Energiekompetenz und Ökodesign e.V. im Projekt Livinggreen.eu).

Diese Governance-Strukturen bringen die Ressourcen unterschiedlicher Akteure zusammen im Hinblick auf die jeweils im Mittelpunkt stehende Projektthematik und erlauben eine Koordination von Interessen und Aktivitäten. Einschränkend muss jedoch hervorgehoben werden, dass die Kooperation in aller Regel auf die jeweiligen Themenfelder beschränkt bleibt, während die TAEU stärker auf die horizontale Integration von Politikfeldern abzielt. Die Raumordnung als fachübergreifende Planung ist an diesen Gremien vielfach nicht beteiligt – die untersuchten Beispiele legen nahe, dass die Institutionen der Raumordnung im Feld Klimaschutz und Klimaanpassung eine stärkere Rolle einnehmen als im Bereich der Innovationsförderung, in dem oftmals spezialisierte Institutionen vorhanden sind (z.B. regionale Wirtschaftsfördereinrichtungen). Eine Ausnahme bilden diejenigen Projekte, bei denen die Koordination von Fachpolitiken und Raumordnung im Mittelpunkt steht (z.B. im Bereich Klimaanpassung: Wasserwirtschaft und Raumplanung im Hochwasserschutz, Projekt LABEL). Im Ergebnis leisten diese Governance-Strukturen einen Beitrag zu einer stärker integrierten Politik auf lokaler und regionaler Ebene (vgl. nachfolgenden Abschnitt). Einen wesentlichen Beitrag leisten die Projekte zum Aufbau und zur Stärkung der territorialen Governance auf transnationaler Ebene. Auch in den untersuchten Themenfeldern wurden in den Projekten erstmals transnationale Strukturen etabliert bzw. weiter ausgebaut.

### **Beiträge zur territorialen Integration**

Die TAEU stellt die Bedeutung der „territorialen“ Koordination unterschiedlicher, raumbedeutsamer Fachpolitiken in strategisch ausgerichteten, integrierten räumlichen Entwicklungsansätzen (hier bezeichnet als horizontale Integration) sowie die Orientierung städtischer und regionaler Entwicklungsstrategien an nationalen und europäischen Zusammenhängen heraus (hier bezeichnet als vertikale Integration) (TAEU, Ziff. 10).

Grundsätzlich besteht im Punkt der horizontalen Integration – also der Berücksichtigung unterschiedlicher Fachpolitiken – ein hohes Maß an Übereinstimmung mit der Zielsetzung der transnationalen Zusammenarbeit. Sie soll Netzwerke und Aktionen finanzieren, die eine *integrierte territoriale Entwicklung* begünstigen (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union 2006, Art. 6, Ziff. 2). Gleichzeitig hat jedoch in der aktuellen Förderperiode auch durch die Festlegung von vier thematischen Prioritäten eine stärkere Sektoralisierung der Programme transnationaler Zusammenarbeit stattgefunden. Im Ergebnis zeigt sich, dass eine Integration unterschiedlicher Fachpolitiken in den untersuchten INTERREG-Projekten nur partiell stattfindet. Die untersuchten Projektbeispiele zeigen u.a. die teilweise Koordination von Industrie-, Forschungs-, Struktur-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik im Rahmen transnationaler Innovationsstrategien oder die Verzahnung von Raum- und Stadtplanung und Wasserwirtschaft im Rahmen des transnationalen Hochwasserschutzes. Diese stärkere Domi-

nanz fachpolitischer (gleichwohl transnational ausgerichteter) Konzepte ist also nicht per se negativ zu bewerten, da sie wichtige Grundlage für die transnationale Bearbeitung von raumrelevanten Fragestellungen sind.

Die vertikale Integration, also die Berücksichtigung insbesondere europäischer und nationaler Strategien und Konzepte, findet im Rahmen transnationaler Projektarbeit in vielfacher Form statt. Erstens tragen die Projekte zu einer Umsetzung auf transnationaler Ebene sowie vor Ort bei. Dies betrifft ganz generell die programmatischen Ziele von Wettbewerbsfähigkeit (Lissabon-Ziele) und Nachhaltigkeit (Göteborg-Ziele) die sich in den Operationellen Programmen, deren Themensetzungen sowie den konkreten Zielsetzungen der untersuchten Projekte wiederfinden. Dies gilt zweitens für die konkreteren Ziele einzelner Fachpolitiken. Im Bereich des Klimaschutzes leisten die Projekte mit Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung des Einsatzes regenerativer Energien einen Beitrag zur Umsetzung der Klimaschutzziele (sog. 20-20-20-Ziele). Drittens werden auf Projektebene Beiträge zur Umsetzung europäischer Richtlinien erarbeitet (z.B. Übersetzung der europäischen Gebäuderichtlinie in kooperationsraumspezifische Nachhaltigkeitsstandards im Projekt Longlife oder harmonisierte Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie der EU im Projekt LABEL).

Vertikale Integration ist dabei keine Einbahnstraße von „oben nach unten“, denn die Ergebnisse transnationaler Kooperation können ihrerseits auch zur Politikentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene beitragen. Vielfach werden in den Projekten Ansätze, Methoden und Instrumente aufgearbeitet bzw. (weiter)entwickelt und pilothaft umgesetzt, die auch auf andere Regionen übertragbar sind. Hier können übergeordnete Ebenen eine Rolle beim Ergebnistransfer spielen oder die Verbreitung entsprechender Ansätze durch eigene Fördermaßnahmen unterstützen. Weitergehende Beiträge leisten Projekte, die fachpolitische Expertisen oder potenzielle Regelungsinhalte erarbeiten. Markantes Beispiel ist das Projekt Bioenergy Promotion, in dem Nachhaltigkeitsstandards für die Erzeugung und Nutzung von fester und gasförmiger Biomasse im Ostseeraum abgestimmt werden – einem Bereich, in dem eine Regelung auf europäischer Ebene (noch) nicht besteht.

### ***Europakompetenz durch transnationale Kooperation***

Bei der Auswertung der transnationalen Projekte interessierte auch, inwieweit in den beteiligten Städten und Regionen eine Erhöhung der Europakompetenz – im Sinne eines besseren Umgangs mit europäischen Vorgaben, einer stärkeren Vernetzung in Europa oder eines Ausbaus kommunaler EU-Aktivitäten – zu verzeichnen ist (Forschungsfrage Nr. 2).<sup>51</sup>

Die vorangegangenen Abschnitte haben deutlich gemacht, dass Städte und Regionen auch in den beiden Themenfeldern Innovations- und Klimapolitik von rechtlichen Vorgaben und Förderprogrammen betroffen sind. Insbesondere im Bereich des Klimaschutzes und des Klimawandels sind vor Ort immer stärker europäische Verordnungen und Richtlinien, bzw. zu deren Umsetzung entwickelte nationale Vorgaben, einzuhalten. INTERREG-Projekte tragen dazu bei, entsprechende Zielvorgaben und Verfahren besser umzusetzen. Dabei profitieren die Teilnehmer oftmals von unterschiedlichen Umsetzungsgraden in den beteiligten Ländern, wie das Beispiel der Energieeffizienz in Gebäuden im Ostseeraum deutlich macht (Projekt Longlife, vgl. Informationen im Anhang).

Im Bereich der Innovationsförderung bietet die europäische Strukturpolitik vielfältige Möglichkeiten, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Für Hochschulen, For-

---

<sup>51</sup> Vgl. dazu Kap. 3.1.

schungseinrichtungen, aber auch KMU und Industrie nimmt die europäische Forschungsförderung eine immer wichtigere Rolle ein, wie etwa am Volumen und den Beteiligungsraten am Europäischen Forschungsrahmenprogramm deutlich wird. Um diese Chancen nutzen zu können, benötigen öffentliche Institutionen und private Akteure Europakompetenz: Dazu gehören das Wissen über relevante Programme und Förderkonditionen, aber vielfach auch ein Netzwerk an geeigneten Partnern in anderen europäischen Ländern. Eine transnationale Projektconsortium stellt ein solches Netzwerk dar, das – wie in den Projektauswertungen deutlich wurde – oftmals auch für einen Informationsaustausch jenseits der eigentlichen Projektthemen, die Anbahnung von neuen Kooperationen auch über die unmittelbar beteiligten Organisationen hinaus genutzt wird.

Viele Städte und Regionen, die in der transnationalen Zusammenarbeit aktiv sind, verfügen über spezielle Organisationseinheiten für die Anbahnung oder Durchführung der Projekte, die über das entsprechende Know-how verfügen. Gerade für die anspruchsvolle Aufgabe eines Leadpartners scheint dies praktisch unumgänglich. Dort stellt die Teilnahme an INTERREG-Projekten in aller Regel ein Element einer breiter aufgestellten Europastrategie dar. Für einige Institutionen war die Beteiligung an INTERREG-Projekten allerdings auch ein Einstieg in eine stärkere Europäisierung ihrer Arbeit, der ihnen meist neue thematische Einblicke, den Zugang zu fachlichen Netzwerken oder die gemeinsame Profilierung der jeweiligen Kooperations Themen eröffnen konnte.

## 6.2 Themenfeldspezifische Unterschiede

Zwischen den beiden untersuchten Themenfeldern gibt es teilweise markante Unterschiede im Hinblick auf den Charakter und mögliche Beiträge der transnationalen Kooperation.

So ist zunächst auf die unterschiedliche Verankerung territorialer und transnationaler Perspektiven in den Themenfeldern Innovationsförderung und Klimawandel und die damit einhergehenden Unterschiede in den Ausgangsbedingungen von INTERREG-Projekten hinzuweisen. Die Bedeutung territorialer Ansätze für eine effektive Ausgestaltung der Innovationsförderung wurde in den letzten zehn bis 20 Jahren im Rahmen zahlreicher Studien herausgearbeitet – etwa in Arbeiten zu regionalen Innovationssystemen – und hat ihren Eingang in maßgebliche Programme gefunden (z.B. in Form Operationeller Programme der Europäischen Strukturpolitik oder nationaler und regionaler Clusterpolitiken, siehe auch Kap. 3.3). Hier sind auf lokaler und regionaler Ebene bereits viele Strukturen entstanden – etwa in Form technologiespezifischer Netzwerke –, die nun als Ausgangspunkt für transnationale Kooperationen fungieren. Die Bedeutung, überregionale Wissensströme für die regionale Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu erschließen, rückte in den letzten Jahren immer mehr ins Bewusstsein der Akteure. Mit den Aktivitäten zur Schaffung eines europäischen Forschungsraumes und großer Fachprogramme zur Förderung europäischer Kooperationen (Forschungsrahmenprogramm, Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation) bestehen hier auch schon seit längerem wichtige Fachprogramme, die zunehmend um transnationale Aktivitäten ergänzt wurden. Klimaschutz und insbesondere die Klimaanpassung sind hingegen relativ junge Politikfelder. Während es in einzelnen Teilbereichen – insbesondere im Hochwasserschutz – bereits seit einigen Jahren auch transnationale Kooperationen gab, sind weite Bereiche der Klimaanpassung für die lokale, regionale und nationale Ebene neue Aktionsbereiche. Dementsprechend werden transnationale Strategien und Aktionspläne praktisch parallel mit Aktivitäten vor Ort entwickelt.

Ein Argument für die Kooperation innerhalb staatenübergreifender Großregionen sind ähnliche Problemlagen und Potenziale. Hier lässt sich im Vergleich feststellen, dass das Themenfeld Klimaschutz und Klimawandel markantere Profile aufweist. Das betrifft sowohl koopera-

tionsraumspezifische Anpassungsbedarfe an den Klimawandel – etwa den Küstenschutz angesichts zunehmender Stürme und Sturmfluten im Nord- und Ostseeraum –, aber auch Potenziale erneuerbarer Energien, so z.B. die Offshore-Windenergie in eben diesen Programmräumen. Auch wenn die Operationellen Programme im Bereich der Innovationsförderung in Teilen unterschiedliche Akzente setzen, so finden sich doch in allen Programmräumen im Großen und Ganzen ähnliche Herausforderungen der Innovationsförderung. Hier sind eher Unterschiede zwischen einzelnen Raumtypen innerhalb der Programmräume von Bedeutung, etwa unterschiedliche Innovationspotenziale und Handlungserfordernisse in Ballungsräumen und ländlichen Räumen.<sup>52</sup>

Politikfeldspezifische Unterschiede bestehen auch bei den dominanten Steuerungsinstrumenten. Diese lassen sich auch in der transnationalen Zusammenarbeit erkennen. Innovationsförderung zielt in erster Linie auf die Schaffung von Infrastrukturen, die finanzielle Förderung von Innovationsaktivitäten sowie Maßnahmen der Information ab. Entsprechend beziehen sich die Gegenstände der transnationalen Kooperation vornehmlich auf die Verbesserung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen, die Ausgestaltung zielgruppenspezifischer Förderinstrumente und Vernetzungsaktivitäten.<sup>53</sup> Im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung spielen (zunehmend europäische) rechtliche Regelungen eine größere Rolle – die Bandbreite reicht hier von der Energieeffizienz bei Gebäuden über Nachhaltigkeitsstandards bei Biokraftstoffen bis zu Richtlinien beim Hochwasserrisikomanagement. Entsprechend befassen sich transnationale Projekte auch mit der harmonisierten Umsetzung von Verordnungen und Richtlinien.

### 6.3 Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund der im Rahmen dieses Forschungsprojekts durchgeführten themenspezifischen Auswertung lassen sich Hinweise ableiten, wie die thematischen Prioritäten Innovationsförderung und Klimawandel gestärkt werden können und relevante Akteure den Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der TAEU noch weiter befördern und die Ergebnisse transnationaler Zusammenarbeit noch intensiver für die Bearbeitung der jeweiligen Themenfelder nutzbar machen können (Forschungsfrage Nr. 4).<sup>54</sup> Dabei gilt es, die Grundlagen für diese Handlungsempfehlungen nochmals herauszustellen:

- Im Themenfeld Innovationsförderung wurden vor allem abgeschlossene INTERREG III B-Projekte, im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung hingegen vor allem laufende INTERREG IV B-Projekte untersucht.
- Die themenbezogene Auswertung wurde für eine kleine, wenn auch im Hinblick auf die einzelnen Handlungsfelder der zwei Themenfelder möglichst repräsentative Gruppe von Projekten durchgeführt.<sup>55</sup>
- Es wurden zwar jeweils Projekte aus allen fünf Programmräumen mit deutscher Beteiligung ausgewählt, um die unterschiedlichen programmatischen Grundlagen und Themen-

---

<sup>52</sup> Eine ausführlichere Zusammenschau und Analyse der Operationellen Programme bieten die beiden Berichte dieses Forschungsvorhabens (BBSR 2009, BBSR 2010).

<sup>53</sup> Rechtliche Aspekte wie die Standardisierung, Normung oder Fragen des Patent- und Markenrechts sind innovationspolitisch ebenfalls von großer Bedeutung, spielen aber im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit nur eine untergeordnete Rolle.

<sup>54</sup> Vgl. dazu Kap. 3.1.

<sup>55</sup> Es wurden insgesamt 24 Projekte vertieft untersucht, davon elf im Themenfeld „Innovation und Raumordnung“ und 13 im Themenfeld „Klimaschutz und Klimaanpassung“ (vgl. Kap. 3.1).

setzungen abbilden zu können – eine genaue Analyse des Auswahlprozesses und Projektbeurteilungen aus Sicht der Programmebene fanden aber nicht statt.

### **Empfehlungen zur Stärkung der transnationalen Innovationsförderung**

Schon jetzt leisten transnationale INTERREG-Projekte einen wichtigen Beitrag für eine ausgewogene Raumentwicklung im Sinne der TAEU. In einer Reihe von Punkten bestehen mit Blick auf die ausgewerteten Projekte noch Ansätze für Verbesserungen:

- *Innovationsförderung als Instrument des territorialen Ausgleichs stärken:* Ein grundsätzliches Spannungsverhältnis besteht zwischen Innovationsförderung als Exzellenzförderung („Stärken stärken“) und dem Ziel eines Ausgleichs räumlicher Unterschiede. Dieses ist bereits in der TAEU angelegt, in dem einerseits die Bildung wettbewerbsfähiger und innovativer regionaler Cluster sich an bestehenden Innovationszentren orientieren soll (Ziff. 19), andererseits aber das Leitbild einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung verfolgt wird (Ziff. 8). So ist es aus gesamteuropäischer Perspektive Erfolg versprechend, beispielsweise die Clusterbildung in wirtschaftlich erfolgreichen Räumen (z.B. ScanBaltCampus) zu fördern, andererseits werden dadurch die relativen Unterschiede zu den anderen Räumen des Kooperationsraums verschärft. Ein Ansatzpunkt, wie transnationale Zusammenarbeit stärker zum Ausgleichsziel des territorialen Zusammenhalts beitragen kann, ist eine stärkere Förderung von eher handwerklich orientierten Clustern und Aktivitäten. Diese richten sich auf die Unterstützung der Innovationsfähigkeit von klein- und mittelständischen Unternehmen, die besonders im ländlichen Raum meist das Rückgrat der Wirtschaftsstruktur bilden.
- *Formale Beteiligung von Unternehmen ermöglichen:* Für viele Ansätze der Innovationsförderung ist eine Beteiligung von Unternehmen Voraussetzung, da deren Know-how für die zielgenaue Entwicklung und Ausgestaltung der Angebote notwendig ist. Dies gilt beispielsweise für die transnationale Kooperation von Clustern und Netzwerken, Angebote zur Förderung von klein- und mittelständischen Betrieben oder die Schaffung von Aus- und Fortbildungsangeboten. In einigen Kooperationsräumen war bzw. ist jedoch die Beteiligung von privaten Unternehmen als formaler, förderfähiger Projektpartner nicht möglich (vgl. Übersicht in BBR 2008). Entsprechende Hemmnisse sollten in der nächsten Programmperiode abgebaut werden.
- *Inhaltliche Mitwirkung von Wissenschaft und Unternehmen erleichtern:* Transnationale Projekte stellen richtigerweise die Verbesserung der Innovationsbedingungen in den Mittelpunkt. Unternehmen, aber auch wissenschaftliche Einrichtungen erwarten aber meist einen konkreten Nutzen aus ihrer Mitwirkung an Projekten der Innovationsförderung. Dieser kann aber bei stärker konzeptionell ausgerichteten transnationalen Projekten zunächst nicht geboten werden, was die Teilnahmebereitschaft dieser Akteure schmälert bzw. zu späterer Enttäuschung führen kann. So wurden in verschiedenen untersuchten Projekten Potenziale für die transnationale Zusammenarbeit identifiziert und konkrete Ideen für FuE-Projekte entwickelt. Deren Umsetzung muss jedoch aus anderen (Fach-)Programmen erfolgen (z.B. Forschungsrahmenprogramm der EU (FP); Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP)). Die gezielte Weiterentwicklung solcher Projektideen und der Übergang in die Fachprogramme sollte z.B. durch die Programmsekretariate beratend unterstützt werden.
- *Potenziale zur Koordination mit anderen Programmen der Innovationsförderung nutzen:* In zahlreichen INTERREG-Projekten fand zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus den beteiligten Regionen ein intensiver Austausch über technologische Kom-

petenzen und Schnittstellen statt. Auf dieser Grundlage wurden vielfach Projektideen ausgearbeitet. Wie die Fallstudien zeigen, war die weitere Umsetzung dieser Kooperationsansätze im Rahmen nationaler oder europäischer Programme jedoch oft schwierig. Eine Beteiligung der ausländischen Partner an nationalen Programmen ist nur in wenigen Ländern möglich. Hier ist der Zuschnitt der transnationalen Kooperationsräume zu weit. Europäische Fachprogramme, wie das 7. Forschungsrahmenprogramm, erwarten hingegen – so die Erfahrung in den untersuchten Projekten – oftmals geographisch breiter aufgestellte Konsortien. Hier ist der Zuschnitt der INTERREG-Kooperationsräume zu eng. In manchen Regionen wurde auf dieses Problem bereits reagiert. Die Zusammenarbeit zwischen Belgien, Niederlanden und NRW zur Koordination der Strukturfondsmittel im Rahmen der aus dem INTERREG-Projekt ELAt hervorgegangenen Top-Technologie-Region ist dafür ein Beispiel (vgl. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH 2010).

### ***Empfehlungen zur Stärkung transnationalen Klimaschutzes und transnationaler Klimaanpassung***

In dieser Studie wurden – im Gegensatz zum Themenfeld Innovationsförderung – noch nicht abgeschlossene transnationale Projekte im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung untersucht. Eine Ableitung von Empfehlungen ist daher nur im Hinblick auf die in den Projekten erreichten Zwischenstände möglich. Sie haben daher zwangsläufig einen vorläufigen Charakter.

- *Chancen transnationaler Kooperation nutzen:* Während im Bereich des Klimaschutzes vielerorts bereits Erfahrungen vorliegen, sind Fragen der Anpassung an den Klimawandel für viele Städte und Regionen ein neues Handlungsfeld. Die Instrumente und Datengrundlagen für eine Analyse der Risiken und Verwundbarkeiten durch die Folgen des Klimawandels, die Ableitung von Anpassungsnotwendigkeiten und die Umsetzung von ersten Anpassungsmaßnahmen sind vielfach noch Gegenstand laufender Arbeiten oder von Modellvorhaben. In einer solchen Situation ist der Erfahrungsaustausch mit einzelnen „Vorreiterregionen“ und die gemeinsame Entwicklung und pilothafte Erprobung von Methoden und Instrumenten, wie sie im Rahmen transnationaler Projekte möglich ist, von besonderer Bedeutung. Auch auf das Vorliegen kooperationsraumspezifischer Anforderungen und Anpassungspotenziale kann in diesem Zusammenhang nochmals verwiesen werden. Das Themenfeld sollte bei einer Fortschreibung der Programme der transnationalen Zusammenarbeit – und kritischer Würdigung der dann erreichten Endergebnisse – eine hervorgehobene Stellung erhalten.
- *Rolle der Raumentwicklung stärken:* Klimaschutz und Klimaanpassung ist ein Querschnittsthema, da es darum gehen muss, Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern abzustimmen und Synergien zwischen den beiden Bereichen zu heben. Die Bedeutung der Raumplanung wurde auf nationaler und europäischer Ebene bereits mehrfach hervorgehoben (vgl. BMU 2009, Europäische Kommission 2009). Neben der Vertiefung von einzelnen Aspekten, sollten daher integrierte Ansätze verstärkt im Mittelpunkt stehen. Die spezifische Nische von INTERREG würde also gestärkt werden, wenn insbesondere Projekte mit starkem Bezug zur Raumplanung eine wichtige Rolle spielen.
- *Umsetzungsmaßnahmen mitdenken:* Insbesondere für die Klimaanpassung als relativ junges Handlungsfeld müssen zunächst Analysen und strategische Grundlagen erarbeitet werden. Dennoch laufen diejenigen Projekte Gefahr, in Politik und Öffentlichkeit auf Akzeptanzprobleme zu stoßen, denen es nicht gelingt, die konkrete Umsetzung anhand von Pilotmaßnahmen deutlich zu machen. Programmbehörden und Antragssteller sollten daher

ermutigt werden, die Spielräume für konkrete Umsetzungsmaßnahmen zu schaffen bzw. auszufüllen.<sup>56</sup>

### **Empfehlungen zur strategischen Ausrichtung der transnationalen INTERREG-Programme**

Die transnationale Zusammenarbeit fördert eine integrierte Raumentwicklung in vertikaler (zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen), horizontaler (zwischen verschiedenen Fachpolitiken) und geographischer Hinsicht (über administrative Grenzen hinweg). In dieser Kombination und mit ihrem Fokus auf staatenübergreifende Großregionen unterscheidet sich die transnationale Zusammenarbeit von anderen Fachprogrammen auf europäischer Ebene. Diese „spezifische Nische“ sollte bei der Fortschreibung der Programme und bei der Bewilligung von Projekten erhalten bleiben, um die Maßgaben der TAEU einlösen zu können. Damit transnationale Kooperation auch weiterhin wesentliche Beiträge zu integrierter Raumentwicklung und territorialem Zusammenhalt im Sinne der TAEU leisten kann, sollte die zukünftige thematische Ausrichtung der INTERREG-Programme die folgenden Punkte berücksichtigen:

- *Kriterium der transnationalen Relevanz schärfen:* Innerhalb der territorialen Prioritäten sollten diejenigen Fragestellungen bevorzugt gefördert werden, die eine klare transnationale Relevanz besitzen, weil sie einen klaren Bezug zu einer ausgewogenen und nachhaltigen Raumentwicklung aufweisen und ihre Bearbeitung über administrative, institutionelle und geographische Grenzen hinweg in staatenübergreifenden Großregionen erforderlich ist. Die Operationellen Programme der laufenden Förderperiode sind diesbezüglich bereits relativ klar. Wichtig scheint vielmehr die Vermittlung der Anforderungen der Dimensionen transnationaler Relevanz gegenüber Antragstellern und Projektakteuren, um eine entsprechende Fokussierung der Projekte zu gewährleisten. Projekte, die sich im Erfahrungsaustausch erschöpfen, sollten angesichts auch in Zukunft beschränkter Mittel nicht gefördert werden.
- *Fachpolitiken und integrierte Raumentwicklung verbinden:* In der laufenden Förderperiode stehen mit den vier thematischen Prioritäten sektorale Politikansätze im Mittelpunkt. Damit hat, wie die Fallstudien gezeigt haben, die transnationale Zusammenarbeit wichtige neue Akteure gewinnen können, beispielsweise aus den Bereichen Wirtschaftsförderung und Innovationspolitik. In der Projektarbeit besteht durch diese Sektoralisierung eine gewisse Gefahr, dass das Oberziel einer integrierten räumlichen Entwicklung dadurch aus den Augen gerät. Daher sollte zum einen der Bezug zur räumlichen Entwicklung deutlicher gefordert und umgesetzt werden. Zum anderen sollten, wo es für die Fragestellung einen Mehrwert vermuten lässt, die Wechselwirkungen mit anderen Fachpolitiken deutlicher angesprochen werden. Auch bei einer zu erwartenden Ausrichtung der transnationalen Programme auf Europa 2020 sind diese Punkte zu beachten. Die Handlungsfelder der TAEU werden von den Akteuren nicht gezielt, häufig aber implizit berücksichtigt. Sie sollten in stärkerem Maß auch auf die alltäglichen Fragestellungen der Akteure bezogen werden, deren Fokus nicht auf die Raumentwicklung gerichtet ist, deren Handeln aber in weit reichender Form raumrelevant und raumgestaltend ist.
- *Aufbau regionaler Dialogstrukturen ermöglichen:* Territoriale Governance im Sinne der TAEU entsteht im Rahmen von INTERREG-Projekten an ehesten, wo stabile regionale Projektstrukturen implementiert werden, die relevante Akteure aus öffentlichem, privaten und „drittem“ (Nonprofit-)Sektor zusammenbringen. Dort, wo vertrauensbasierte Netz-

---

<sup>56</sup> Vgl. als Beispiel für die Kombination von Instrumentenentwicklung und Umsetzungsmaßnahmen das Projekt Future Cities im Programmraum Nordwesteuropa (weitere Informationen im Anhang).

werkstrukturen zwischen relevanten Akteuren entstehen, gelingen eine Bündelung von Ressourcen sowie ein Abgleich von Interessen. Der Aufbau solcher Netzwerkstrukturen benötigt Zeit. Folgeprojekte sind daher oft effektiver. Programmbehörden sollten vor diesem Hintergrund nicht ohne Not eine Öffnung erfolgreicher Konsortien erzwingen, wie dies in einzelnen Fällen berichtet wurde.

### **Empfehlungen zur operativen Ausgestaltung der transnationalen INTERREG-Programme**

Projektarbeit auf europäischer Ebene ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. So muss in transnationalen Projekten eine Vielzahl von Partnern mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen und Arbeitsstilen zusammenfinden. Bei allen strukturellen Gemeinsamkeiten innerhalb der einzelnen Kooperationsräume gibt es meist unterschiedliche Ausgangssituationen, Problemverständnisse und Politikansätze, für die im Rahmen der Projektarbeit zunächst eine „gemeinsame Sprache“ gefunden werden muss. In den Interviews mit den Beteiligten der untersuchten Projekte wurden verschiedene Aspekte thematisiert, die die Bearbeitung transnationaler Projekte zusätzlich erschweren. Für diese werden nachfolgend Handlungsempfehlungen formuliert:

- *„Entbürokratisierung“ des Projektmanagements:* Vielfach angeführt wurde der hohe Berichts- und Prüfaufwand, der im Rahmen transnationaler INTERREG-Projekte besteht. Insbesondere für die Lead Partner sind diese Anforderungen sehr hoch. In einer Verschlankung der Berichtsanforderungen und -zeiträume wird eine Möglichkeit gesehen, das Projektmanagement zu vereinfachen und mehr Ressourcen für die eigentliche inhaltliche Arbeit zu erschließen. Ein weiteres Problem besteht aus Sicht der Akteure darin, dass sich diese Anforderungen z.T. zwischen den Programmräumen und zwischen den Programmen der Territorialen europäischen Zusammenarbeit und den Fachprogrammen unterscheiden. Damit geht ein hoher Lernaufwand für die Administration der Projekte in unterschiedlichen Räumen bzw. Programmen einher und es sind daher kaum „Skaleneffekte“ bei der Beteiligung in unterschiedlichen Programmräumen bzw. an unterschiedlichen Programmen erzielbar. Dies stellt auch eine Hürde beim Übergang von in INTERREG entwickelten Projektideen in die Fachprogramme bzw. bei der Gewinnung von Akteuren aus Fachprogrammen für INTERREG dar.
- *Spielräume in der Projektbearbeitung zulassen:* Transnationale Projekte eröffnen den Beteiligten Spielräume, außerhalb institutioneller Routinen neue Ansätze zur Bearbeitung relevanter Fragestellungen zu erarbeiten. Die Zusammenarbeit mit Partnern aus anderen Ländern birgt gute Voraussetzungen für die Entwicklung von Innovationen (vgl. Ibert 2005). Innovative Lösungen lassen sich jedoch nicht von vornherein planen und vorher-sagen. Seitens der Programmbehörden verlangt dies eine Offenheit für inhaltliche Anpassungen – diesbezüglich berichteten die befragten Projekte von einer unterschiedlichen Flexibilität der Programmverantwortlichen. Oftmals wäre eine Folgefinanzierung erster Umsetzungsschritte aus dem Projekt heraus günstig. Es sollte geprüft werden, inwieweit Spielräume geschaffen werden können, einzelne Projektbausteine erst während des Projekts inhaltlich weiter auszudifferenzieren.<sup>57</sup>
- *Finanzielle Spielräume ausweiten:* Für viele Kommunen, insbesondere die Haushaltssicherungskommunen, sind die Kofinanzierungsanteile der INTERREG-Projekte nicht mehr darstellbar. Dies gilt insbesondere in den Teilräumen, in denen die Kofinanzierungsrate bei

<sup>57</sup> Ein entsprechendes Vorgehen wurde im Rahmen von INTERREG III C mit dem Instrument der „Regional Framework Operations“ verfolgt.

50 Prozent liegt. Hinzu kommt, dass die Projekte von den Beteiligten in Vorleistung umgesetzt werden und diese auf die Kostenerstattung teilweise zu lange warten müssen, um ihre eigene Beteiligung sicherstellen zu können. Dies erschwert einzelnen Projektpartnern, beispielsweise Kleinunternehmen, eine Projektteilnahme. Eine Vorabzuweisung von Teilbeträgen, etwa analog zum Vorgehen im Forschungsrahmenprogramm der EU, würde diese Problematik entschärfen.

- *Vernetzung zwischen den Projekten fortführen:* Die Fallstudien in den Bereichen „Innovationsförderung“ sowie „Klimaschutz und Klimaanpassung“ haben gezeigt, dass vielfach in den Projekten ähnliche Fragestellungen bearbeitet werden. Hier besteht ein Potenzial, durch die Vernetzung von verwandten Projekten den fachlichen Austausch zu steigern, komplementäre Kompetenzen zu erschließen, Doppelarbeiten zu vermeiden und die Sichtbarkeit der jeweiligen Fragestellungen „nach außen“ zu steigern. Diese Vernetzung findet bereits in unterschiedlichen Formen statt: als Kooperation im Einzelfall (z.B. gemeinsame Veranstaltungen), formalisierte *bottom-up*-Initiativen, als Moderationsleistung der Programmsekretariate.<sup>58</sup> Insbesondere die Erfahrungen des Ansatzes, in Form „strategischer Projektcluster“ ein eigenes Programmformat und zusätzliche Ressourcen für die systematische Vernetzung aufzulegen, sollten ausgewertet und ggf. ausgedehnt werden.<sup>59</sup> Bisher wenig entwickelt ist – so legen es zumindest die Fallstudien nahe – die Vernetzung zwischen ähnlichen Projekten über Programmräume hinweg. Diese könnte einen Beitrag dazu leisten, die gesamteuropäische Relevanz von einzelnen Themen, z.B. in die europäische Politik, zu vermitteln und relevante territoriale Unterschiede herauszuarbeiten.
- *Verstetigung und Weiterentwicklung der Projektarbeit unterstützen:* Die Fortführung der transnationalen Kooperation nach Ablauf der Projektlaufzeit sowie die Umsetzung von im Rahmen von transnationalen Konzepten und Aktionsplänen vereinbarten Maßnahmen stellt für viele Projekte ein Problem dar. Folgeprojekte innerhalb der transnationalen Zusammenarbeit, in denen die entsprechenden Projektthemen weiter vertieft werden können, stellen eine Option dar. Im Rahmen der Fallstudien waren es oftmals gerade Folgeprojekte, deren inhaltliche Arbeit überzeugte, da die Projektbeteiligten bereits um die jeweiligen Kompetenzen und Befindlichkeiten ihrer Partner kannten. Allerdings gab es auch Fälle, in denen Projektkonsortien für eine Folgefinanzierung räumliche oder thematische Auflagen gemacht wurden. Im Interesse effektiver Projektarbeit und der Ausbildung von tragfähigen Governance-Strukturen, sollten Folgeprojekte, wo inhaltlich gerechtfertigt, prioritär gefördert werden.

### **Empfehlungen für Kommunen und Regionen**

Für Kommunen und Regionen bietet die transnationale Zusammenarbeit einen wichtigen Ansatzpunkt, um Themen von transnationaler Relevanz vor Ort besser zu bearbeiten. Ein gewisses Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit, in Projekten einen transnationalen Mehrwert zu erarbeiten, andererseits aber – den berechtigten Ansprüchen lokaler Politik gemäß – den konkreten Nutzen der transnationalen Projektarbeit für die Arbeit vor Ort aufzuzeigen, wird immer bestehen müssen. Damit die Projektbeteiligung von Städten und Regionen einen

<sup>58</sup> Ein Beispiel für gemeinsame Veranstaltungen sind die beiden Projekte Bioenergy Promotion und 4Biomass. Eine Absichtserklärung für eine stärkere Vernetzung haben beispielsweise fünf Projekte des Ostseeraumes im Bereich der Klima, Energie und Nachhaltigkeit abgeschlossen (Public Energy Alternatives, SPIN, Urb.Energy, Longlife und BAltCICA) (ateneKOM 2010). Im Alpenraum finden regelmäßige Treffen der mit Klimafragen befassten Projekte statt.

<sup>59</sup> Im Programmraum Nordwesteuropa werden Projektcluster auf Grundlage eines gemeinsamen Arbeitsplanes zusätzlich gefördert – momentan sind drei Projektcluster beantragt (NWE 2010).

Beitrag zu den Zielen der TAEU leisten kann, sollten diese bei der Bearbeitung die folgenden Punkte beachten:

- *Inhaltliche Anschlussfähigkeit der Projektarbeit sicherstellen:* Die im Rahmen der Studie erarbeiteten Fallstudien legen nahe, dass die Aktivitäten und Ergebnisse der Beteiligung an transnationalen Projekten umso nutzbringender für die Arbeit vor Ort sind, je höher die „inhaltliche Anschlussfähigkeit“ der Projektaktivitäten ist. Die Projektthemen sollten also bereits auf der politischen Agenda stehen. Im Idealfall können dann in der Projektarbeit – ein Stück weit außerhalb üblicher Verwaltungsroutinen – konkrete methodische oder konzeptionelle Bausteine erarbeitet werden, die unmittelbar oder mit einem überschaubaren „Übersetzungsaufwand“ (im wörtlichen und übertragenen Sinn) auch in die Praxis umsetzbar sind. Dadurch kann auch besser sichergestellt werden, dass transnational entwickelte Produkt- und Prozessinnovationen später vor Ort zum Einsatz kommen bzw. ggf. in nachhaltige Betriebsmodelle überführt werden können.
- *Organisatorische Einbindung der Projektarbeit:* Die richtige organisatorische Verankerung der transnationalen Projektarbeit kann den Aspekt der inhaltlichen Anschlussfähigkeit befördern. Ein interessanter Ansatz ist in diesem Zusammenhang die Kopplung der Euroarbeit und Aufgaben der Stadtentwicklung in einem Querschnittsreferat (vgl. Fallstudie Ludwigsburg in Kap. 3.3). Dadurch wird eine Kopplung der Projektarbeit mit integrierten, raumbezogenen Ansätzen der Stadtentwicklung gewährleistet, die beispielsweise Aspekte des Klimawandels und der lokalen Wirtschafts- bzw. Innovationsförderung beinhalten.
- *Das Moment der Projektarbeit nutzen:* Transnationale Projekte bieten interessante Chancen, Themen der nachhaltigen Raumentwicklung vor Ort zu befördern. Neben den eigentlichen Ressourcen tragen die Auswahl als EU-Projekt, Veranstaltungen mit europäischen Partnern, die Umsetzung von Pilotlösungen und Demonstrationsprojekte dazu bei, eine Dynamik zu entfalten, die den Rückhalt in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit befördert. Kommune und Regionen sollten dieses „Moment“ durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit nutzen.
- *Gelegenheit zum territorialen Dialog nutzen:* Bei der Mitarbeit an transnationalen Projekten sollten möglichst alle relevanten Akteure vor Ort mit einbezogen werden. Wie die untersuchten Projekte zeigen, stehen unterschiedliche Formate zur Verfügung, die in Abhängigkeit der jeweiligen Situation und der projektspezifischen Zielsetzungen zum Einsatz kommen können. Dazu zählen regionale Projektbeiräte, Workshops oder Pilotvorhaben. Wo möglich sollten vorhandene Strukturen genutzt werden, etwa Cluster- und Netzwerkinitiativen der Innovationsförderung oder lokale Bündnisse für Klimaschutz. Dieses Vorgehen ist nicht nur Voraussetzung für eine wirkungsvolle Projektarbeit, sondern bietet auch die Gelegenheit, den inhaltlichen Austausch zwischen unterschiedlichen Sektoren im Sinne eines „territorialen Dialogs“ zu verstärken.

### **Empfehlungen für die Fachpolitiken auf europäischer, Bundes- und Landesebene**

Transnationale Projekte entwickeln – dies machen die untersuchten Projekte deutlich – in vielfacher Weise inhaltliche Impulse für Fachpolitiken auf europäischer, Bundes- und Landesebene. An manchen Projekten sind Akteure der nationalen und bundesstaatlichen Ebene als Partner beteiligt. Viele Projektkonsortien haben die Vermittlung ihrer Inhalte auf EU-Ebene in ihr Aktivitätsspektrum aufgenommen. Dennoch lassen sich Spielräume für Verbesserungen in dieser Hinsicht feststellen:

- *Impulse für die Fachpolitiken aufgreifen:* Grundsätzlich sollten die entsprechenden Akteure in Politik und Verwaltung die Impulse der Projekte aufgreifen. Eine entsprechende Auf-

bereitung und Platzierung relevanter Ergebnisse durch die Projektakteure ist dafür eine notwendige Voraussetzung. Auch übergreifende Auswertungen und Analysen der Projektergebnisse in einzelnen Themenfeldern durch Projektsekretariate und Dritte können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Im Bereich der Innovationsförderung konnten durch die transnationale Zusammenarbeit beispielsweise Regelungsbedarfe hinsichtlich der Koordination der Strukturförderung in Grenzregionen aufgezeigt werden – und wurden von verantwortlichen Stellen auf nationaler und Landesebene aufgegriffen.<sup>60</sup> Die europäische Ebene profitierte durch Expertise beispielsweise bei der Ausrichtung ihrer Förderstrategien für die Kreativwirtschaft, bei der Definition von Standards zur Breitbandversorgung im ländlichen Raum oder im Hinblick auf die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards beim Einsatz regenerativer Energien.<sup>61</sup>

- *Transnationale Projekte als Vehikel für transnationale Abstimmung nutzen:* Dort wo sich nationale Akteure und Bundesländer direkt an der transnationalen Kooperation beteiligen, können sie die Projektarbeit oftmals für eine verbesserte Abstimmung entsprechender Fachpolitiken nutzen. Insbesondere im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung ist dies schon vielfach Praxis.<sup>62</sup> Allerdings ist gerade in solchen Fällen die Integration regionaler Akteure eine besondere Herausforderung, da Politikentwicklung und -umsetzung inhaltlich und zeitlich koordiniert werden müssen.
- *Synchronisierung von Projektarbeit und Politikentwicklungen:* Einige Projekte im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung wollen Beiträge zur Politikentwicklung auf nationaler und europäischer Ebene leisten. Die Schnittstellen zwischen Arbeitsprogrammen und Politikentwicklungen lassen sich jedoch nicht vorab festlegen. Parallel zu den INTERREG-Projekten, die sich explizit mit der Entwicklung von verschiedenen Richtlinien befassen, verlaufen regionale, nationale und europäische Aushandlungen. Diesbezüglich mangelt es noch an abgestimmten Entwicklungen, die gegenseitiges Lernen ermöglichen.
- *Nationale Unterstützung der transnationalen Zusammenarbeit fortführen:* Dort, wo Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Transnationale Zusammenarbeit“ gefördert wurden, erfuhr die Projektarbeit einen wichtigen Mehrwert, insbesondere im Hinblick auf die politische Unterstützung und die Verbreitung von Projektergebnissen durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit. Insofern ist eine Weiterführung des Programms zu befürworten.<sup>63</sup>

## 6.4 Ausblick

Mit der Aufnahme des Ziels des territorialen Zusammenhalts in den Vertrag von Lissabon haben wesentliche Aspekte der TAEU ihren Eingang in das Verfassungsgefüge der Europäischen Union gefunden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass dieses Ziel sich stärker in den Programmen und Maßnahmen auf europäischer Ebene wiederfinden wird. Dies betrifft unter anderem die Ausgestaltung der Kohäsionspolitik ab 2014, darunter auch die „Europäische territoriale Zusammenarbeit“. Dabei wird den Fragen der territorialen Governance eine stärkere Rolle als bisher zukommen müssen (Europäische Kommission 2010a).

Mit dem Dokument „Europa 2020“ hat die Europäische Union eine neue Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum vorgelegt (Europäische Kommission

---

<sup>60</sup> So im Projekt ELAt (weitere Informationen im Anhang).

<sup>61</sup> Vgl. Projekte ECCE, BIRD und Bioenergy Promotion (weitere Informationen im Anhang).

<sup>62</sup> Vgl. Projekte Bioenergy Promotion, CLISP, LABEL (weitere Informationen im Anhang).

<sup>63</sup> Innerhalb INTERREG III B: ELLA (Vorgängerprojekt zu LABEL) und BalticRuralBroadband.

2010b). Fragen der Innovationsförderung sowie des Klimawandels und der Klimaanpassung kommt eine wichtige Rolle für deren Umsetzung zu, insbesondere im Rahmen der geplanten Leitinitiativen „Innovationsunion“ und „Ressourcenschonendes Europa“. Mit der Strategie sind neben einem thematischen Ansatz auch neue Koordinierungsinstrumente in Form integrierter Leitlinien auf europäischer Ebene sowie nationaler Berichte verbunden (Europäische Kommission 2010b).

Bereits im Mai 2011 werden die für Raumentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten voraussichtlich sowohl die TAEU wie auch ihr Hintergrunddokument revidieren. Zum einen sollen im Rahmen der Revision neue Themen wie die Wirtschafts- und Finanzkrise und deren territorial differenzierten Auswirkungen sowie regional angepasste Reaktions- und Strategiemöglichkeiten aufgezeigt werden. Zum anderen werden bisherige Themen voraussichtlich vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen neu akzentuiert werden (Ahlke und Schön 2010).

Auch die Programme der transnationalen Zusammenarbeit werden sich diesen neuen Rahmenbedingungen stellen müssen. Die Perspektiven dazu können grundsätzlich als positiv bezeichnet werden: Die vorliegende thematische Auswertung transnationaler Projekte macht jedoch deutlich, dass diese schon jetzt im Sinne der TAEU hinsichtlich ihres räumlichen Fokus' spezifische Beiträge zu wesentlichen thematischen Prioritäten und Governance-Ansätzen für ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (Europa 2020) leisten können.

## 7. Literatur

- Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH (2010): Technologische Top-Region Eindhoven – Leuven – Aachen stellte Aktionsprogramm vor, Pressemitteilung vom 11.3.2010.
- Ahlke, Brigitte, Wilfried Görmar, Andrea Hartz: Territoriale Agenda der Europäischen Union und transnationale Zusammenarbeit, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8.2007, S. 449-463.
- Ahlke, Brigitte, und Karl Peter Schön (2010): Herausforderungen und Rahmenbedingungen für eine Politik des territorialen Zusammenhalts in Europa, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.2010, S. 525-542.
- ateneKOM (2010): Baltic Sea Region: Projektvertreter unterzeichnen gemeinsame Absichtserklärung (www.atenekom.eu, Abruf 31.08.2010)
- Böhme, Kai, u.a. (2003): Transnational Nordic-Scottish Cooperation: Lessons for Policy and Practice, Nordregio Working Paper (Stockholm, Nordic Research Institute Nordregio).
- Böhme, Kai, und Sabine Zillmer (2010): Die Territoriale Agenda der EU und ihr Aktionsprogramm: zwischen europäischen Obstkörben und Papiertigern, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8, S. 567-575.
- Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.), Bearb.: Daniel Zwicker-Schwarm u.a. (2009): Transnationale Perspektiven für eine innovationsorientierte Wirtschaftsförderung, Sonderveröffentlichung, Bonn.
- Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.), Bearb.: Daniel Zwicker-Schwarm u.a. (2010): Transnationale Perspektiven für Klimaschutz und Klimaanpassung, Sonderveröffentlichung.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2008) (Hrsg.): Leitfaden für Antragsteller: Finanzielle Förderung durch EU-Programme der transnationalen Zusammenarbeit – INTERREG IV B, Bonn.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2009): Dem Klimawandel begegnen. Die Deutsche Anpassungsstrategie.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2007): Territoriale Ausgangslage und Perspektive der Europäischen Union. Stärkung der territorialen Kohäsion in Europa unter der Berücksichtigung der Lissabon- und Göteborg-Strategien. Ein Hintergrunddokument für die territoriale Agenda der Europäischen Union, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2009): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel; MORO-Informationen 7/1.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), Bearbeitung: Ulrich Battis und Jens Kersten (2008): Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts. Europäischer Rechtsrahmen und nationale Umsetzung.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.), Bearb.: Michael Huebner, Christina Stellfeldt-Koch (2009a): Wirkungen und Nutzen von transnationalen Projekten (INTERREG III B), Reihe Forschungen, Heft 136, Bonn.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2009b): Entwicklung und Bewertung strategischer Projekte der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IV B), Sonderveröffentlichung, Bonn.
- Camagni, Roberto (1991): From the „Local Milieu“ to Innovation through Cooperation Networks, in: ders. (Hrsg.): Innovation Networks: Spatial Perspectives, London.
- Colomb, Claire (2007): The Added Value of Transnational Cooperation: Towards a New Framework for Evaluating Learning and Policy Change, in: Planning, Practice & Research, Vol. 22, No. 3, pp. 347–372, August 2007.
- EEG – Erneuerbare Energien Gesetz, in: BGBl. I, Nr. 40, S. 1918 ff., vom 31.07.2004.
- Europäische Kommission (Kommission der Europäischen Gemeinschaften) (2000): Mitteilung der Kommission an die Mitgliedsstaaten über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative INTERREG III, K(2000) 1101 – DE.
- Europäische Kommission (Kommission der Europäischen Gemeinschaften) (2008): Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt. Territoriale Vielfalt als Stärke, Brüssel.
- Europäische Kommission (Kommission der Europäischen Gemeinschaften) (2009): Weißbuch Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen, KOM(2009) 147 endgültig, Brüssel.
- Europäische Kommission (Kommission der Europäischen Gemeinschaften) (2010a): Schlussfolgerungen aus dem Fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik. KOM (2010) 642 endgültig, Brüssel.
- Europäische Kommission (Kommission der Europäischen Gemeinschaften) (2010b): Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, Brüssel.
- Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union (2006): Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 über den Europäischen Fonds für regionale

- Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999, Amtsblatt der Europäischen Union L 210 vom 31.07.2006,
- Faludi, Andreas (2009): Territorial Cohesion under the Looking Glass: Synthesis paper about the history of the concept and policy background to territorial cohesion; [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/consultation/terco/pdf/lookingglass.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/pdf/lookingglass.pdf) (Abruf 30.8.2009).
- Floeting, Holger (Hrsg.) (2008): Cluster in der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik. Vom Marketingbegriff zum Prozessmanagement, Berlin (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 5).
- Floeting, Holger, Dietrich Henckel, Josiane Meier (2010) Schöne bunte Arbeitswelt: Arbeitsmärkte zwischen Globalisierung und Lokalisierung, in: Bernd Bellina, Norbert Gestring, Wolfgang Müller, Detlev Sträter: Urbane Differenzen, Münster, S. 43-68.
- Fritsch, M. (2005): Innovation, in: Handwörterbuch Raumordnung, Hannover.
- Görmar, Wilfried, Jens Kurnol und Verena Hachmann (2009): Innovationsförderung durch europäische Zusammenarbeit, in Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5.2009.
- Grabher, Gernot (1993): The Weakness of Strong Ties: The Lock-In of Regional Development in the Ruhr Area, in: ders. (Hrsg.): The Embedded Firm. On the Socioeconomics of Industrial Networks, London, S. 255-277.
- Heinz, Werner, u.a. (2006): EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden, Berlin 2006, Difu-Materialien 5/2006.
- Henckel, Dietrich, und Benjamin Herkommer: Zeit und Nähe in der Wissensgesellschaft, in: Manuela Wolke und Hans-Joachim Kujath (Hrsg.): Räume der Wissensarbeit – Theoretische und methodische Fragen zur Rolle von Nähe und Distanz in der wissensbasierten Wirtschaft (in Vorbereitung).
- Ibert, Oliver (2005): Wie lassen sich Innovationen planen?, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10.2005, S. 599-608.
- Koschatzky, Knut (2003): Innovationsorientierte Regionalentwicklung: Konzepte zur regionalen Technik- und Innovationsförderung, in: ders (Hrsg.): Innovative Impulse für die Region – Aktuelle Tendenzen und Entwicklungsstrategien, Karlsruhe, S. 107-131.
- Lundvall, Bengt-Ake, und Björn Johnson (1994): The Learning Economy, in: Journal of Industry Studies, Heft 1 (2) (December 1994), S. 23-41.
- Landkreis Osterholz (2007): Eine Region im Aufwind. EU-Förderung im Landkreis Osterholz.
- Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) und Deutscher Verband (DV) (2010): Europäische Raumentwicklungspolitik – Fragestellungen und Thesen zur Umsetzung, Wirkung und Zukunft, Arbeitsdokument, Manuskript.
- NWE – INTERREG IV B NWE Joint Technical Secretariat (Hrsg.) (2008): Opportunities for Territorial Change. INTERREG IIIB North-West Europe Programme retrospective 2002-2008.
- NWE – INTERREG IV B NWE Joint Technical Secretariat (2010). Strategic Initiatives ([www.nweurope.eu](http://www.nweurope.eu), Abruf 13.10.2010).
- OECD und Eurostat (Hrsg.) (2005): Oslo manual. Guidelines for collecting and interpreting innovation data, Third Edition, Paris.
- Ragnitz, Joachim (2004): Sektoraler Strukturwandel in Deutschland seit 1991, in: F. Gerlach und A. Ziegler (Hrsg.): Neuere Herausforderungen der Strukturpolitik, Marburg, S. 59-72.
- Rat der Europäischen Union (2007): Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 8. und 9. März 2007, 7224/07.
- Territoriale Agenda der EU. Für ein wettbewerbsfähiges nachhaltiges Europa der vielfältigen Regionen (TAEU). Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007. Abgedruckt in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8.2007, S. 535-541.
- United Nations (1992): Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 09.05.1992, <http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> (Abruf 10.11.2008).

## 8. Anhang

### 8.1 Beispielprojekte der Innovationsförderung

#### ***Eindhoven Leuven Aachen Triangle (ELAt): Erarbeitung einer transnationalen Innovationsstrategie***

*Kooperationsraum:* Nordwesteuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Januar 2005 bis Dezember 2008

*Lead Partner:* The Eindhoven Regional Government (NL)

*Deutsche Projektpartner:* Stadt Aachen; Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer AGIT mbH

*Internet:* www.elat.org

Mit dem Projekt ELAt (Eindhoven Leuven Aachen Triangle) verfolgten Stadt und Region Aachen zusammen mit den Städten Eindhoven (NL) und Leuven (B) das Ziel, eine grenzüberschreitende wissensökonomische Region zu entwickeln. Im Mittelpunkt stand die Erarbeitung einer transnationalen Innovationsstrategie für das Städtedreieck. Dass das niederländische Unternehmen Philips mit Forschungsstandorten in den beteiligten Städten vertreten war, beförderte die Entstehung des Projektes deutlich.

Die Innovationsstrategie für den ELAt-Raum „Engineering the Future“ wurde im Rahmen mehrerer transnationaler Workshops von Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft erarbeitet. Das Investitionsvolumen der darin enthaltenen Projektvorschläge liegt bei insgesamt 15 Mio. Euro.

Zu den weiteren Projektbausteinen zählten die Entwicklung des „ELAt Cluster Medical Technology“ – eines transnationalen Clusters im Bereich Medizintechnik/Life Sciences – sowie die Einrichtung eines ELAt Masterprogramms „High-Tech Entrepreneurship“.

ELAt bot Stadt und Region Aachen die Chance, bestehende grenzüberschreitende Aktivitäten auszudehnen und sie damit international sichtbarer zu machen. Des Weiteren konnten Komplementaritäten im Bereich vorhandener Clusterstrategien sowie Synergien im Bereich der Verkehrsinfrastruktur über die strategische Leitlinie „Connecting ELAt“ gefördert werden. Die Kooperation im ELAt-Städtedreieck wird im Rahmen der Initiative „Technologische Top-Region Eindhoven – Leuven – Aachen (TTR ELAt)“ – auf der Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen zwischen den Niederlanden und Flandern sowie zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen – mit dem erweiterten Raum der Euregio Maas-Rhein verknüpft und weiterentwickelt.

Die Kooperation im Projekt ELAt stieß verschiedene Folgeprojekte an. So strebt das INTERREG IV B-Folgeprojekt „Regions of Connected Knowledge (RoCK)“ mit explizitem Bezug auf ELAt die Verbesserung der Schnellzugverbindung zwischen Eindhoven und Aachen an. Weitere INTERREG IV A-Projekte, wie z.B. „Top Technologie-Cluster (TTC)“, sind in konkreter Vorbereitung.

#### ***Joint SME Finance for Innovation (JOSEFIN): Finanzierungsinstrumente***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; seit Januar 2009

*Lead Partner:* Investitionsbank Berlin (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Investitionsbank Berlin; Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin; Berlin Partner GmbH; Investitionsbank des Landes

Brandenburg; Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB); Technologiezentrum Fördergesellschaft mbH Vorpommern *Internet:* [www.josefin-org.eu](http://www.josefin-org.eu)

An die positiven Erfahrungen des INTERREG IIIC Vorgängerprojektes TEICO-NET anknüpfend, erfahren in dem INTERREG IVB-Projekt JOSEFIN KMU eine Unterstützung auf dem Weg ihrer Internationalisierung. Im Rahmen des Projektes entwickeln und implementieren Vertreter des Enterprise Europe Network (EEN), öffentlicher Förderbanken und Fondsgesellschaften sowie regionaler für wirtschaftliche Entwicklung und Innovation zuständige Verwaltungen gemeinsam ein Risiko-Teilungsmodell, mit dem die Investitionssicherheit erhöht und der Zugang zu Finanzierung für innovative KMU erleichtert wird.

Im Vordergrund steht die Einrichtung eines transnationalen Verbunds von revolvingenden Bürgerschaftsfonds, die teilweise auf eine Rückbürgschaft des Europäischen Investitionsfonds zurückgreifen. Im Rahmen des Verbunds entwickelte Finanzierungsinstrumente werden den Hausbanken angeboten und ermöglichen neben dem Finanzierungszugang günstige Konditionen für transnationale, innovative Vorhaben.

Ferner unterstützen die EEN-Partner die KMU mit individuell zugeschnittenem Coaching bei der Akquirierung entsprechender Finanzierungsmittel und tragen durch die Begleitung der Vorhaben zum verbesserten Rückfluss dieser bei.

### ***Virtual Environmental Planning System (VEPs): Forschung und Entwicklung***

*Kooperationsraum:* Nordwesteuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Januar 2004 bis September 2007

*Lead Partner:* The Environment Agency for England and Wales (GB)

*Deutsche Projektpartner:* Hochschule für Technik Stuttgart; Landeshauptstadt Stuttgart; Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg

*Internet:* [www.veps3d.org](http://www.veps3d.org)

Im Fokus des Projekts VEPs stand die IT-gestützte Visualisierung von Planung (e-planning) zur Verbesserung von Planungsverfahren und Bürgerbeteiligung. Auf einer gemeinsamen technologischen Plattform entwickelten und testeten dabei die Projektpartner eine Reihe interaktiver, Internet-basierter Instrumente für unterschiedliche Einsatzfelder wie Hochwasserschutz, Lärmschutz oder städtebauliche Planung.

So wurde für die Bürgerbeteiligung an den Plänen für ein großes Neubaugebiet das Instrument OPPA 3D (Online Public Participation in 3D) entwickelt. Dieses Internetwerkzeug erlaubt die dreidimensionale Darstellung der städtebaulichen Entwurfsvarianten für das neue Rosensteinviertel, das auf ehemaligen Bahnflächen im Zentrum Stuttgarts entstehen wird. Während die Nutzer von OPPA 3D einen virtuellen Spaziergang durch das neue Stadtviertel unternehmen, können sie in einem Forum Kommentare und Diskussionsbeiträge einstellen, die durch Georeferenzierung mit den betreffenden Stellen des virtuellen Stadtmodells verknüpft sind. Das Instrument wird nun in Bürgerversammlungen sowie verwaltungsintern eingesetzt.

Als Herausforderung und Chance wurde von den beteiligten Wissenschaftlern und Praktikern angesehen, dass die deutlich unterschiedlichen Planungssysteme – etwa eine wenig formalisierte, aber stark an Bürgerbeteiligung ausgerichtete Planungskultur in Großbritannien, dagegen formelle Verfahrenserfordernisse im Rahmen der Bauleitplanung in Deutschland – zum einen Anpassungen der gemeinsam entwickelten Internetwerkzeuge notwendig machen, aber auch Anregungen für die eigene Planungspraxis geben.

Da es sich bei OPPDA 3D wie bei den anderen Produkten von VEPs um „open source“-Anwendungen handelt, können diese nun in der Planungspraxis weiterentwickelt werden.

***Baltic Metropolises Innovation Strategy (BaltMet Inno): Erarbeitung einer transnationalen Innovationsstrategie***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Januar 2005 bis Dezember 2007

*Lead Partner:* Helsingin Kaupungi (FI)

*Deutsche Projektpartner:* Technologiestiftung Berlin GmbH; Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit, Frauen Berlin; WISTA-MANAGEMENT GMBH, Berlin

*Internet:* [www.baltmet.org](http://www.baltmet.org) (auch Folgeprojekt BaSIC)

Im Mittelpunkt des Projektes BaltMet Inno stand die Erarbeitung einer transnationalen Innovationsstrategie für das Städtenetzwerk „Baltic Metropolises“ – einem Zusammenschluss von elf Großstädten des Ostseeraumes – sowie die Entwicklung von Instrumenten für die Entwicklung transnationaler Cluster.

Das räumliche Leitbild der Innovationsstrategie „Baltic Sea Archipelago of Innovation“, „a number of distinct and competent islands in a Baltic Sea of competence and capability“, unterstreicht zum einen die jeweiligen Profile der beteiligten Metropolregionen, aber zum anderen eben auch die zahlreichen gemeinsamen Themen und Kooperationsmöglichkeiten, die im Rahmen der Innovationsstrategie herausgearbeitet wurden und die in das Dreijahresprogramm des Städtenetzwerkes in Form konkreter Projekte eingeflossen sind.

Eine Kerngruppe von Wissenschaftsparks und Innovationszentren u.a. aus Kopenhagen, Stockholm und Helsinki beschäftigte sich unter Führung der Berliner WISTA-MANAGEMENT GMBH, die mit der Entwicklung der Wissenschaftsstadt Adlershof beauftragt ist, mit einer Bestandsaufnahme und Instrumenten für die Clusterentwicklung in den drei Technologiefeldern Optik/Photonik/Mikrosystemtechnik/Nanotechnologie, IuK sowie Biotechnologie/Medizintechnik. Damit wurden Grundlagen für die Intensivierung transnationaler Innovationsnetzwerke gelegt.

Als ein Nachfolgeprojekt von BaltMet Inno führt das INTERREG IVB-Projekt Baltic Sea Inno-Net Centres (BaSIC) die Zusammenarbeit von Wissenschaftsparks, Gründerzentren und Innovationsagenturen bei der Unterstützung der internationalen Wachstumsaktivitäten dynamischer innovativer KMU (sogenannter „Gazellen“) weiter. Durch die projektübergreifende Zusammenarbeit mit JOSEFIN, einem weiteren INTERREG IV B Projekt mit dem Fokus auf die Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten für transnationale Innovationsaktivitäten von KMU, werden Synergieeffekte erzielt, die maßgeblich zur umfassenden Unterstützung innovativer KMU beitragen.

### ***Developing Economic Clusters of Cultural Enterprises (ECCE): Cluster- und Kompetenzfeldentwicklung***

*Kooperationsraum:* Nordwesteuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Juli 2005 bis Juni 2008

*Lead Partner:* Nantes Métropole (FR)

*Deutsche Projektpartner:* Stadt Aachen; GründerZentrum Kulturwirtschaft e.V.

*Internet:* [www.connectedcreatives.eu](http://www.connectedcreatives.eu)

Das Projekt ECCE zielte schwerpunktmäßig auf den Erfahrungsaustausch zwischen städtischen Einrichtungen der Kulturwirtschaftsförderung ab.

Es wurden Instrumente und Ansätze der Unternehmensfinanzierung im Bereich der Kulturwirtschaft entwickelt. Dabei haben mehrere Projektstädte den Aachener Ansatz einer eigenständigen Coachingstelle für Gründer im Bereich der Kulturwirtschaft während der Projektlaufzeit übernommen: so die Zentren „De Huub“ in Eindhoven, „Creation“ in Nantes und „ANCRE“ in Angers.

In Einzelfällen ergaben sich auch transnationale Geschäftskontakte. In den Workshops konnten Kulturschaffende auch „transnational“ in das Projekt eingebunden werden.

Das Coachingangebot des GründerZentrums wurde über einen Zeitraum von zwei Jahren evaluiert. Das Coachingprogramm für Kulturschaffende (KulturUnternehmen) des GründerZentrums firmiert im Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) als „Best-Practice“-Beispiel. Die NRW.Bank hat mittlerweile einen Kreativwirtschaftsfonds aufgelegt.

Das Projekt stieß Aktivitäten sowohl auf Landesebene (CreateNRW) als auch auf Bundesebene an – indem ein Wissenstransfer etwa zu Ansätzen der Unternehmensfinanzierung stattfand. Das Projektkonsortium selbst konnte sich mit seiner Expertise auf Einladung der Europäischen Kommission bei der Erarbeitung einer Studie zur Kulturwirtschaft einbringen.

Im Fokus des INTERREG IV B-Nachfolgeprojektes „ECCE INNOVATIVE“ wird auf transnationaler Ebene die Frage bearbeitet, wie sich Kulturschaffende neue Märkte erschließen können – sowohl im Bereich der privaten Wirtschaft als auch gegenüber öffentlichen Auftraggebern.

### ***Baltic Spatial development Measures for Enterprise (B-SME): Stärkung von KMU***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Januar 2005 bis Dezember 2007

*Lead Partner:* Hanse-Parlament e.V. (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Bezirksregierung Lüneburg; Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien Hansestadt Hamburg; Stadt Buxtehude; Stadt Stade; Zentralverband des deutschen Handwerks; Handwerkskammer Cottbus; Handwerkskammer Hamburg; Handwerkskammer Lübeck; Handwerkskammer Lüneburg; Handwerkskammer Lüneburg-Stade; Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern; Handwerkskammer Schwerin

*Internet:* [www.hanse-parlament.de](http://www.hanse-parlament.de)

Das Projekt B-SME zielte auf die Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Handwerksbetrieben im Ostseeraum ab. Es wurde hierzu ein Netzwerk von Industrie-, Handels- und Handwerkskammern, Entwicklungsbehörden, Bildungseinrichtungen und Intermediären zur Förderung von KMU aufgebaut. Im Rahmen der Aktivitäten des Netzwerkes konnte beispielsweise die gegenseitige Anerkennung von Bildungsprogrammen erreicht werden. Kooperationshindernisse wurden durch neue Bildungsangebote (z.B. Englischkurse und Exportseminare für KMU) abgebaut.

Durch die Gründung neuer Bildungsstätten und -netzwerke (u.a. Baltic Sea Academy) und die Entwicklung neuer dualer Studiengänge (Kombination von Hochschul- und Betriebsausbildung) verbesserte sich die Fort- und Weiterbildungssituation für KMU. Die vom Hanse-Parlament entwickelten Maßnahmen wurden von den Kammern in ihr Dienstleistungsportfolio übernommen.

Wichtige Impulse gingen vom Projekt auch für die Gründung der Hochschule 21 in Buxtehude und der Berufsakademie Hamburg aus.

Zur Förderung der Arbeitskräftemobilität wurde das Projekt Baltic Education ins Leben gerufen, mit dem die gegenseitige Anerkennung beruflicher Bildungsabschlüsse über ein Credit-System erleichtert werden soll. Die Handwerkskammer Schwerin entwickelte in Folge des Projekts den halbjährigen Lehrgang „Doing Business International“.

***ScanBalt Campus – a European model case for transnational and transsectoral institution building in education, research and development: Aus- und Fortbildung***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; März 2005 bis Juni 2007

*Lead Partner:* GMV Centre for Environment and Sustainability (SE)

*Deutsche Projektpartner:* BBB Management GmbH Campus Berlin Buch; BioCon Valley; Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH; Steinbeis Transferzentrum Technologie-Management Nordost; Universität Rostock; TuTech Innovation GmbH

*Internet:* [www.scanbalt.org](http://www.scanbalt.org)

Im Zentrum des Projektes ScanBalt Campus stand die Etablierung universitärer Ausbildungsnetzwerke mit Schwerpunkt Life Sciences und der Anstoß erster Aktivitäten. Das Projekt sollte dazu beitragen, den Ostseeraum als Wissenschaftsregion attraktiv zu machen und Humankapital zu binden. Verwertungsmöglichkeiten ergaben sich vor allem für Hochschulen und Netzwerkorganisationen, die sich bereits gezielt mit Aus- und Weiterbildung befasst hatten. Konkrete Schritte bestanden u.a. in der Formulierung eines abgestimmten Curriculums (ScanBalt Campus Curricula).

Innovativ war die Struktur dieses Projektes sowohl in der eigens ins Leben gerufenen ScanBalt Academy und des ScanBalt Campus Board als auch aufgrund der Einrichtung thematischer Netzwerke, welche über eine rein bilaterale Forschungsk Kooperation hinausgehen und die Universitätsinstitute dazu bewegten, sich innerhalb einer Region Partner zu suchen. Die Universitäten und Forschungsinstitute profitieren in ihren wissenschaftlichen und forschenden Aktivitäten inhaltlich von der transnationalen Zusammenarbeit. Die Intermediäre und Netzwerkorganisationen können ihre Tätigkeit durch die Einbindung transnationaler Akteure auf eine breitere Basis stellen.

Das Projekt konnte dazu beitragen, den Ostseeraums als Innovationsraum im Bereich Life Sciences stärker ins Bewusstsein der Akteure in diesem Bereich und der Öffentlichkeit zu rücken. Dies erweist sich als besonders wichtig bei der Rekrutierung von Wissenschaftlern und der erfolgreichen Bindung von Humankapital an die Region.

***Integrated regional health care structures: e-health in the Baltic Sea Region (BSR eHealth): Cluster- und Kompetenzfeldentwicklung***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Juni 2004 bis Juni 2007

*Lead Partner:* AOK Schleswig-Holstein (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Kreis Segeberg; Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein; Ev.-Luth. Diakonissenanstalt Flensburg; AOK Schleswig-Holstein

*Internet:* [www.ehealthforregions.net](http://www.ehealthforregions.net)

Das Projekt BSR eHealth veranschaulicht, wie der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in einem vernetzten Gesundheitswesen mit der Verbesserung der Zusammenarbeit der Akteure über Grenzen hinweg verbunden werden kann. Bei der Erbringung und Verknüpfung medizinischer Dienstleistungen wurden neue Wege beschritten und die Abstimmung zwischen Verwaltung, Gesundheitswirtschaft und Wissenschaft verbessert.

Zu den entwickelten Anwendungen des Projektes zählen u.a. ein Tele-ECG für Notfalleinsätze auf Ostseefähren – ermöglicht durch die Kooperation zwischen den Segeberger Kliniken und einem Krankenhaus in Hesselholm (Südschweden) – und eine Pilotanwendung zur Stärkung der Kompetenzen und Entscheidungsmöglichkeiten von Patienten, bei der Patientendaten auf einem USB-Stick den Service und die Partizipationsmöglichkeiten im Behandlungsprozess verbessern helfen. Weitere Zielgruppen aus dem Gesundheitsbereich wurden – mittels netzbasierter Videokonferenzen in eigens entwickelten virtuellen Seminaren angesprochen.

Das Projekt befasste sich auch mit der Schaffung nachhaltiger Finanzierungsstrukturen. In einer Vereinbarung erklärten sich die Staatssekretäre der beteiligten Staaten zur finanziellen Unterstützung von eHealth bereit. Ein stärkeres Maß an Institutionalisierung wurde außerdem durch ein Managementsekretariat sowie einen Steuerungskreis erreicht, die auch nach Projektende weiterbestehen.

Die Fachhochschule Flensburg als neuer Lead Partner führt nun gemeinsam mit der Region Süddänemark das INTERREG IV A-Projekt „Brustgesundheit“ durch. Die entwickelten Strukturen der transnationalen Zusammenarbeit können dabei für die Lösung neuer Problemstellungen genutzt werden.

***Regional Strategies and Solutions to Enhance ICT-Access and use for SMEs (ICTs for SMEs): Technologie- und Wissenstransfer***

*Kooperationsraum:* Nordseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Februar 2003 bis Dezember 2006

*Lead Partner:* ProArbeit kAöR, Osterholz-Scharmbeck (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Landkreis Osterholz; NETZ – Zentrum für innovative Technologie Osterholz GmbH; Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein; Bildungswerk Osterholz e.V.

*Internet:* [www.ictsmes.net](http://www.ictsmes.net)

Im Mittelpunkt des Projekts ICTs for SMEs stand die Entwicklung regionaler Strategien und Lösungen zur Förderung des Zugangs zu Informations- und Kommunikationstechnologien und deren Nutzung durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Mit einer Betriebsbefragung zu IT-Bedarfen und damit verbundenen Anwendungsproblemen in den beteiligten Regionen – in Deutschland waren dies Schleswig-Holstein sowie der niedersächsische Landkreis

Osterholz – konnten Beratungsbedarfe identifiziert und mittels eines Benchmarkings zwischen den Partnerregionen des Nordseeraums verglichen werden.

Auf dieser Datengrundlage führten die Projektpartner Betriebsberatungen und Audits durch, in denen u.a. Themen wie Datensicherheit und E-Commerce aufgegriffen wurden. Das Unternehmensspektrum der beteiligten KMU reichte von Handwerksbetrieben bis zu technologieorientierten Firmen. In Osterholz-Scharmbeck wurde im Zuge des Projekts bei der Wirtschaftsförderung eine neutrale Hotline für die IT-Bedarfe von lokalen KMU eingerichtet.

Da die Unternehmensbefragung einen Bedarf an Breitband-Internetanschlüssen im örtlichen Gewerbepark A 27 aufgedeckt hatte, wurde mit Unterstützung der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen ein Projekt zu „funkgestützten Alternativen zur Verbesserung des Breitbandzugangs im ländlichen Raum“ umgesetzt, das den dortigen Unternehmen Anbindung an die „Datenautobahn“ erlaubte.

### ***Baltic Rural Broadband: Technologiefeldspezifische Pilotanwendungen***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Juni 2005 bis April 2008

*Lead Partner:* ProArbeit kAöR, Osterholz-Scharmbeck (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Landkreis Osterholz; Stadt Osterholz-Scharmbeck; NETZ – Zentrum für innovative Technologie Osterholz GmbH; Fachhochschule Stralsund

*Internet:* [www.balticbroadband.net](http://www.balticbroadband.net)

Im Projekt Baltic Rural Broadband wurden Konzepte zur Breitbandversorgung in dünn besiedelten Gebieten des Ostseeraums erarbeitet. Motiv für die Initiierung eines INTERREG B-Projekts durch den Landkreis Osterholz war die Tatsache, dass bis zu diesem Zeitpunkt in Deutschland keine vergleichbaren Ansätze für Breitbandlösungen im ländlichen Raum existierten.

Vor dem Hintergrund des Problems hoher IT-Kosten in den insgesamt 17 Schulen im Landkreis Osterholz wurde ein Pilotprojekt zur technischen Vernetzung von Schulen durchgeführt. Auf dem Wege einer zeitnahen Wartung und der Priorisierung von Aufträgen konnten erhebliche Kostenreduktionen erreicht werden. Dabei steuerten die europäischen Projektpartner einzelne Komponenten bei, so dass zum Beispiel estnisches Know-how im Bereich der Fernwartung und aus Finnland ein System zur Dokumentenbereitstellung genutzt werden konnten.

Ein wesentliches Produkt der transnationalen Zusammenarbeit ist das Baltic Broadband Compendium, das die verschiedenen Umsetzungsprojekte vorstellt und interessierte Kommunen und Regionen über die verschiedenen technischen Möglichkeiten und Strategien zur Breitbandanbindung und darauf basierenden Dienstleistungen informiert.

Ein großer Erfolg waren die „Ersten Internationalen Niedersächsischen Breitbandtage“ im Mai 2006 in Osterholz-Scharmbeck, bei denen Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Möglichkeiten und Anwendungen von Breitbandinfrastruktur diskutierten.

### ***Broadband Access for Innovation and Regional Development (BIRD): Technologiefeldspezifische Pilotanwendungen***

*Kooperationsraum:* Nordseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; März 2006 bis Juni 2008

*Lead Partner:* Landkreis Osterholz (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Landkreis Osterholz

*Internet:* [www.bird-project.eu](http://www.bird-project.eu)

Ziel des Projekts BIRD war die Entwicklung und Umsetzung regionaler Strategien der breitbandgestützten Regionalentwicklung und entsprechender Geschäftsmodelle im Nordseeraum. Es baute auf den Erkenntnissen aus dem Projekt Baltic Rural Broadband auf. Im Mittelpunkt stand dabei der Erfahrungs- und Wissensaustausch bei der Breitbandimplementierung zwischen Regionen.

So wurden Fallstudien und gute Beispiele zusammengetragen sowie eine Reihe transnationaler Workshops abgehalten. Auf Grundlage dieser Erfahrungen konnte das Projektkonsortium Empfehlungen zu Ausbaustandards auf nationaler Ebene in Großbritannien, Deutschland und anderen Partnerländern geben.

Dem Landkreis Osterholz wurde die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes für eine Glasfaserstrategie, das in der Endstufe Investitionen von 70 Mio. Euro vorsieht, auch durch die transnationalen Projektaktivitäten ermöglicht. Auch die Gründung des Niedersächsischen Breitbandkompetenzzentrums, einer Beratungseinrichtung für Kreise und Kommunen am Standort Osterholz-Scharmbeck, ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben. Ab 2010 ist die Einrichtung eines nationalen Breitbandkompetenzzentrums am BMWI nach niedersächsischem Vorbild geplant.

Die deutschen Projektpartner konnten ihr Know-how im Rahmen der BMWI-Arbeitsgruppe „Breitband“ und auch als Mitglieder der Deutschen Breitbandinitiative und der Initiative D21 einbringen.

### ***BioSmile: Cluster- und Kompetenzfeldentwicklung***

*Kooperationsraum:* Nordwesteuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; Januar 2005 bis Juni 2008

*Lead Partner:* Gemeinde Maastricht (NL)

*Deutscher Projektpartner:* Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer AGIT mbH

*Internet:* [www.biosmile.eu](http://www.biosmile.eu)

Im Projekt BioSmile wurde ein transnationales Netzwerk aus Förderinstitutionen im Bereich der Biotechnologie und Life Sciences aus fünf Ländern Nordwesteuropas aufgebaut. Im Zentrum stand die Entwicklung von konkreten Unterstützungsangeboten und Finanzierungsmodellen für KMU.

Keimzelle der Partnerstruktur war die bestehende, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Euregio Maas-Rhein, der „Meuse-Rhine-Triangle“, die im Rahmen des INTERREG III A-Projektes „Heartbeat of Business in Europe“ entwickelt worden war.

In den beteiligten Regionen entstand im Rahmen von BioSmile ein Netzwerk von Ansprechpartnern („Business Developer“), die insbesondere KMU transnationale Kooperationspartner für die Lösung wissenschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Probleme vermitteln.

Ein wichtiges Produkt stellt in diesem Zusammenhang die transnationale, webbasierte Datenbank „Collexis“ mit über 200 Projekten aus dem Bereich „Business Development“ dar, die u.a. Informationen über Möglichkeiten der Akquise von Venture Capital bereitstellt.

Im Rahmen von transnationalen „Innovation Days“ wurden die Kooperationspotenziale von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus den beteiligten Regionen ausgelotet und Projektideen entwickelt.

Das hier entwickelte Business-Developer-Modell lässt sich zu einem gewissen Grade auch auf andere Projekte übertragen. Die Erfahrungen innerhalb des Projektes ließen deutlich werden, dass bei der Clusterentwicklung vor allem die Personen von Bedeutung sind.

## **8.2 Beispielprojekte des Klimaschutzes und der Klimaanpassung**

### ***Baltic Biogas Bus: Increase the use of biogas bus in public transport to reduce the emissions in urban areas in the Baltic Sea Region: Nachhaltiger öffentlicher Personennahverkehr***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; Juni 2009 bis September 2012

*Lead Partner:* Stockholm Public Transport Company (SE)

*Deutsche Projektpartner:* ATI West Mecklenburg gGmbH; ITC Innovations- und Trendcenter GmbH

*Internet:* [www.balticbiogasbus.eu](http://www.balticbiogasbus.eu)

Mit dem Projekt Baltic Biogas Bus sollen Städte und Regionen im Ostseeraum dazu ermutigt werden, Biogas als Treibstoff im öffentlichen Personennahverkehr einzusetzen. Dazu entwickeln die zwölf Projektpartner – kommunale Verkehrsbetriebe, Forschungseinrichtungen und öffentliche Verwaltungen aus acht Ostseeanrainerstaaten – Strategien und Instrumente, um den Einsatz von Biogas zum Antrieb von Bussen und Maßnahmen zu fördern, die dabei helfen, regionale Versorgungsstrukturen zu etablieren. Technologische Aspekte, die dabei zu klären sind, umfassen die Frage, welches Potenzial zur Produktion von Biogas in den Modellstädten zur Verfügung steht, die Weiterentwicklung von Methoden zur Aufbereitung von Biogas, die Planung notwendiger Infrastrukturen an Busdepots und die Umrüstung entsprechender Fahrzeugflotten sowie Aspekte der Betriebssicherheit.

Durch die stärkere Nutzung von Biogas im Stadtverkehr kann der Ausstoß von Kohlendioxid vermindert und zugleich die Luftqualität gesteigert werden. Die Verwendung von organischen Reststoffen aus Haushalten, Restaurants, der Nahrungsmittelindustrie und Kläranlagen, die vor Ort anfallen, trägt zur Energieautarkie bei.

Wichtige Ergebnisse des Projekts werden technologische Machbarkeitsstudien zur Produktion von Biogas, zur Herstellung der notwendigen Infrastruktur sowie zur Umrüstung von Busflotten, Kosten-Nutzen-Analysen und ein transnationaler Vergleich gesetzlicher und finanzieller Rahmenbedingungen sein. Die Verbreitung der Projektergebnisse erfolgt durch die Einbeziehung von relevanten Zielgruppen in Seminaren und Konferenzen sowohl auf transnationaler als auch auf regionaler Ebene, permanenten Ausstellungen bei einzelnen Projektpartnern sowie einem Handbuch, das interessierten Städten die Erarbeitung von Plänen für die Einführung von Biogasbussen ermöglichen soll.

### **CO<sub>2</sub>-Neutral Transport for the Alpine Space (CO<sub>2</sub>-NeuTrAlp): Klimafreundliche Mobilitätskonzepte**

*Kooperationsraum:* Alpenraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; September 2008 bis August 2011

*Lead Partner:* B.A.U.M Consult GmbH München (DE)

*Deutsche Projektpartner:* AllgäuNetz GmbH & Co. KG, Helmholtz Zentrum München

*Internet:* [www.co2neutralp.net](http://www.co2neutralp.net)

Im Zentrum des Projektes steht die Erprobung alternativer Mobilitätskonzepte auf der Grundlage von Antriebstechnologien mit erneuerbaren Energien. Obwohl in den 13 Modellregionen in Italien, Österreich, Slowenien, Frankreich und Deutschland sehr unterschiedliche Konzepte umgesetzt werden, ähneln sich die Herausforderungen in den Alpenregionen beispielsweise im Hinblick auf die Elektromobilität: Große Höhenunterschiede und extreme Temperaturen wirken sich negativ auf die Reichweite der Akkus aus.

Im Allgäu wird die Nutzung elektrisch angetriebener Fahrzeuge im Tourismus und im Stadtverkehr erprobt. Seit Mai 2010 können an 60 Stationen 150 Elektrofahrräder zumeist von privaten Vermietern geliehen und an einer anderen Station wieder abgegeben werden. Der Vertrag mit dem Elektrofahrrad-Anbieter „Moveloo“ wurde unter Einbeziehung lokaler Entscheidungsträger, die in einem Beirat die Projektaktivitäten mitbestimmen, zunächst für drei Jahre geschlossen. Segways werden derzeit als weitere Mobilitätsalternative genutzt. Des Weiteren soll der Aufbau einer intelligenten Ladeinfrastruktur vorangetrieben und beurteilt werden.

Auf Grundlage der Erfahrungen in den Modellregionen sollen Leitlinien für verschiedene Zielgruppen erarbeitet werden: (Kommunal-)Politiker werden durch einen Leitfaden die Planungsschritte für die Umsetzung von Elektromobilität aufgezeigt, technische Leitlinien werden sich vornehmlich an Planer und Transportexperten richten. Des Weiteren sollen die Projektergebnisse den lokalen Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen zugänglich gemacht werden, um einen Wissenstransfer über den Beteiligtenkreis hinaus zu gewährleisten.

### **Livinggreen.eu: Nachhaltige Gebäudesanierung**

*Kooperationsraum:* Nordwesteuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; August 2007 bis Juli 2013

*Lead Partner:* CURNET (NL)

*Deutsche Projektpartner:* Stadt Ludwigsburg

*Internet:* [www.livinggreen.eu](http://www.livinggreen.eu)

Durch die energetische Sanierung des Gebäudebestands kann ein wirkungsvoller Beitrag zur Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs und damit auch zum Klimaschutz erreicht werden. Im Projekt Livinggreen.eu arbeiten Kommunen, Universitäten, außeruniversitäre Forschungs- und Beratungseinrichtungen sowie Stiftungen im Bereich der Denkmalpflege an der Weiterentwicklung von Instrumenten und Verfahren zur nachhaltigen Gebäudesanierung. Dabei werden die Aspekte Klimaanpassung, Energieeffizienz, Wasser, Baumaterialien sowie der Umgang mit kulturellem Erbe berücksichtigt. Im Mittelpunkt steht die Sanierung von fünf denkmalgeschützten Gebäuden in verschiedenen Städten Nordwesteuropas, darunter auch in Ludwigsburg (Baden-Württemberg). Diese Gebäude werden daraufhin als „Nachhaltigkeitszentren“ betrieben, die als Demonstrationsobjekte und gleichzeitig als Schulungs- und Beratungszentren für interessierte Planer, Bauhandwerker und Immobilieneigentümer dienen.

Träger des Nachhaltigkeitszentrums in Ludwigsburg ist der neu gegründete Verein Energetikom Energiekompetenz und Ökodesign e.V., an dem sich neben der Stadt Ludwigsburg und der Region Stuttgart vor allem Unternehmen und Bildungseinrichtungen aus den Bereichen Energie, Planung und Haustechnik beteiligen. Die Ludwigsburger Energieagentur bringt ihr Know-how als Informationszentrum für die Beratung von privaten und gewerblichen Bauherren und Energieverbrauchern in das Netzwerk ein. Als Standort des Energetikoms wird gemeinsam mit verschiedenen lokalen Partnern ein leer stehendes Industriegebäude nach Maßstäben der Nachhaltigkeit umgebaut. Darüber hinaus wird auf einem Konversionsgebiet eine denkmalgeschützte Sporthalle mit dem „Haus-im-Haus-Prinzip“ nach energetischen Gesichtspunkten saniert.

Mit den Livinggreen-Laboren (engl. labs) kommt in den fünf Modellstädten ein neuartiges Verfahren zur Entwicklung von Innovationen für die nachhaltige Gebäudesanierung im lokalen Kontext und mit lokalen Akteuren zum Einsatz. Ein neuartiges Format zur Motivation und Schulung von Immobilieneigentümern sind die so genannten Reno-Teams, in denen diese durch Veranstaltungen und Exkursionen in einen Erfahrungsaustausch mit Praktikern und Experten gebracht werden. Nach einer ersten Pilotphase in Belgien soll dieses Format nun auch bei den anderen Projektpartnern zum Einsatz kommen. Die Projektergebnisse werden in einem Handbuch für Sustainable Living zusammengefasst.

***Longlife – Sustainable, energy efficient and resource saving residential buildings with consideration of unified procedures and new and adapted technologies: Nachhaltiges und energieeffizientes Bauen***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; Oktober 2008 bis Januar 2012

*Lead Partner:* Technische Universität Berlin (DE)

*Deutsche Projektpartner:* ProPotsdam GmbH, Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V.

*Internet:* [www.longlife-world.eu](http://www.longlife-world.eu)

Im Projekt Longlife erarbeiten universitäre Einrichtungen, öffentliche Verwaltungen und Wohnungsbaugesellschaften aus Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Russland gemeinsame Standards für den nachhaltigen Wohnungsbau im Ostseeraum. Auf Grundlage der spezifischen Gegebenheiten des Ostseeraumes entwickeln sie einen national und regional anpassbaren Gebäudeprototyp im Mehrgeschosswohnungsbau, dessen Umsetzung von den beteiligten Wohnungsbaugesellschaften angestrebt wird. Ziel ist es dabei, unter Beachtung des Gebäudelebenszyklus neue Technologien und Verfahren im Bereich des ressourcensparenden, energieeffizienten Bauens anzuwenden sowie nachhaltige Bewirtschaftungsmodelle und vereinheitlichte Genehmigungsverfahren auszuarbeiten. Auch die Möglichkeit der Nachhaltigkeitszertifizierung des Gebäudeprototyps, etwa in Form eines eigenen „Performance-Passes“, wird von den Projektpartnern geprüft. Die Projektergebnisse sollen auch auf andere Gebäudetypen wie Kindergärten oder Bürogebäude übertragbar sein.

Architektonische Lösungsansätze werden unter anderem in studentischen Design Classes an mehreren beteiligten Hochschulen entwickelt. Gleichzeitig werden von den beteiligten Wohnungsbaugesellschaften Finanzierungs- und Instandhaltungsmodelle entworfen, die die Marktfähigkeit des Pilotprojektes gewährleisten. Zudem werden Empfehlungen zur Ausgestaltung nationaler und europäischer Förderprogramme im Bereich des nachhaltigen Bauens entwickelt. Die transparente Darstellung der unterschiedlichen nationalen Genehmigungsvorschriften in Form einer Publikation stellt ein weiteres Projektergebnis dar, das Planern und Investoren die Realisierung transnationaler Vorhaben erleichtern soll. Die Projektpartner streben darüber hinaus die EU-weite Harmonisierung von Bauvorschriften an und werden

entsprechende Politikempfehlungen formulieren. Die weitere Verstetigung und Verbreitung der Projektergebnisse soll im Rahmen einer Baltic Sea Housing Development Association (BASHDA) erfolgen.

### ***A North Sea Way to Energy-Efficient Regions (ANSWER): Energieeffizienz in Unternehmen***

*Kooperationsraum:* Nordseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; September 2008 bis August 2011

*Lead Partner:* Suffolk County Council (GB)

*Deutsche Projektpartner:* Bremer Energie-Konsens GmbH; Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa des Landes Bremen; RKW Bremen GmbH

*Internet:* [www.answerproject.eu](http://www.answerproject.eu)

Ziel des Projekts ANSWER ist die Reduzierung des Energieverbrauchs durch die Entwicklung energieeffizienter Lösungen für Kommunen, Gewerbe und Industrie. Die beteiligten Kommunen und Regionen aus Deutschland, Belgien, Großbritannien und Norwegen engagieren sich alle bereits mit verschiedenen Instrumenten in der Förderung von Energieeinsparung und Energieeffizienz in Unternehmen. ANSWER bietet den Projektpartnern die Möglichkeit, sich über die große Bandbreite innovativer und bei einzelnen Partnern bereits bewährter Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung auszutauschen und dieses Know-how für die Entwicklung eigener Angebote zu nutzen. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Betrachtung stehen 18 Maßnahmen der Projektpartner, mit denen bislang 3.000 Unternehmen erreicht wurden: Netzwerke und Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand und Unternehmen, Zertifikate und Vereinbarungen zum betrieblichen Klimaschutz, Wettbewerbe sowie Runde Tische. Zur Halbzeit des Projekts hatten sich bereits über 1.800 neue Unternehmen an diesen bestehenden sowie im Rahmen von ANSWER neu entwickelten Angeboten beteiligt.

In Bremen konnte beispielsweise durch das Projekt die zweite Auflage des „Effizienztischs Nordwest“ gestartet werden, einem Angebot für Unternehmen verschiedener Branchen zur Steigerung der betrieblichen Energieeffizienz. Mit Hilfe externen Sachverständs werden dabei die Einsparpotenziale der beteiligten Unternehmen untersucht und betriebsbezogene Effizienzziele formuliert. Die Umsetzung wird daraufhin vier Jahre lang begleitet, wobei dem Erfahrungsaustausch zwischen den teilnehmenden Unternehmen eine große Rolle zukommt. Aus Flandern wurde in Bremen auch die Idee der „Energy Clubs“ aufgegriffen, in denen Kleinunternehmen eine branchenspezifische Beratung zur Energieeffizienz erhalten. Für Bremen stellen die durch ANSWER angestoßenen und weiterentwickelten Angebote einen konkreten Beitrag zur Umsetzung des Klima-Energie-Programms der Hansestadt und der darin formulierten Reduktionsziele dar.

### ***Rural Biological Resources (RUBIRES): Regionale Konzepte zur effizienteren Nutzung von Bioenergie***

*Kooperationsraum:* Mitteleuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; Januar 2009 bis Dezember 2011

*Lead Partner:* Regionale Planungsgemeinschaft Altmark (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, Kreisverwaltung Burgenlandkreis, isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gemeinnützige GmbH

*Internet:* [www.rubires.de](http://www.rubires.de)

In ländlichen Regionen, die von den strukturellen Veränderungen der Landwirtschaft besonders betroffen sind, bietet die Nutzung erneuerbarer Energien neue Entwicklungsperspektiven. Das Projekt RUBIRES, dem Partner aus Deutschland, Italien, Österreich, Polen, Slowenien und Ungarn angehören, hat sich aus diesem Grund die Steigerung der Biomassenutzung und der darauf basierenden regionalen Wertschöpfung zur Aufgabe gemacht. Die beteiligten Institutionen, darunter Planungsgemeinschaften und Regionalentwicklungsagenturen, erfassen die Angebots- und Nachfragesituation der regionalen Biomasse, analysieren die diesbezüglichen Steuerungsmöglichkeiten der Raumplanung, unterstützen den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und leisten begleitende Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Analyse der regionalen Potenziale und Bedarfe an Biomasse bildet den Ausgangspunkt für ein verbessertes Stoffstrommanagement. Dazu wurde bereits in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen ein GIS-Werkzeug entwickelt. Über regionale Wertschöpfungspartnerschaften werden Produzenten von Biomasse, Anlagenbetreiber und Energieverbraucher stärker miteinander verknüpft und damit auch Möglichkeiten der Effizienzsteigerung – beispielsweise im Zusammenhang mit Kraft-Wärme-Kopplung – vorangetrieben. Durch Machbarkeitsstudien wird die Verwertung bislang ungenutzter Stoffpotenziale etwa aus der Landschaftspflege vorbereitet. Der transnationale Austausch über Planungsinstrumente bildet die Grundlage für die Formulierung von Empfehlungen für ein gezielteres regionales Landnutzungsmanagement.

Als ein Baustein zur Bewusstseinsbildung wurde ein Wettbewerb durchgeführt, bei dem in den beteiligten Projektregionen Schülerinnen und Schüler Projekte zum Thema Biomasse durchführten. Transnationale Exkursionen und Workshops trugen vielfach zum Ideentransfer in Politik und Verwaltung bei.

***The Baltic Sea Region Bioenergy Promotion Project (Bioenergy Promotion):  
Nachhaltigkeitsstandards für die Bioenergie***

*Kooperationsraum:* Ostseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; Januar 2009 bis Januar 2012

*Lead Partner:* Swedish Energy Agency (SE)

*Deutsche Projektpartner:* Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU); Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR); Industrie- und Handelskammer Potsdam; Landkreis Nordwestmecklenburg; Landwirtschaftskammer Niedersachsen; Universität Rostock

*Internet:* [www.bioenergypromotion.net](http://www.bioenergypromotion.net)

Im Projekt Bioenergy Promotion arbeiten über 30 nationale und regionale Behörden, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Fachverbände aus dem Ostseeraum zusammen, um die nachhaltige Erzeugung und Nutzung von Biomasse im Strom-, Wärme/Kühlungs-, und Kraftstoffsektor voranzubringen. Dabei kann das im Rahmen der transnationalen Nachhaltigkeitsplattform Baltic 21 entwickelte Projekt auch auf die Ergebnisse und Netzwerkstrukturen aus dem INTERREG III B-Projekt Baltic Biomass Network zurückgreifen.

Schwerpunkte des Projektes sind die Optimierung politischer Rahmenbedingungen und Förderstrategien auf nationaler und regionaler Ebene, die Entwicklung regionaler Strategiekonzepte, und die Verbesserung von Geschäftsmöglichkeiten durch Unternehmensnetzwerke und -kooperationen. Diese Ziele spiegeln sich in drei thematischen Arbeitspaketen wider: (a) „Policy“, (b) „Regions“, (c) „Business“. Im Rahmen des Projektes werden u.a. Nachhaltigkeitskriterien für die Erzeugung von Bioenergie entwickelt und operationalisiert. Dabei werden Empfehlungen für eine politische Feinsteuerung insbesondere im Bereich der festen und

gasförmigen Biomasse formuliert. Hier existieren im Unterschied zu Biokraftstoffen und flüssigen Bioenergieträgern bislang keine verbindlichen EU-Nachhaltigkeitsstandards. Dadurch können wichtige Grundlagen für regionale und nationale, aber auch europäische Entscheidungsträger formuliert werden. Des Weiteren werden bestehende Zertifizierungssysteme in diesem Bereich untersucht und Vorschläge zu deren Optimierung erarbeitet.

Auf regionaler Ebene erfolgt eine Sammlung und gemeinsame Bewertung von Praxisbeispielen der nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Biomasse. Zudem werden in mehreren Regionen neue Vorhaben durch Machbarkeitsstudien unterstützt und wissenschaftlich begleitet. Darüber hinaus werden Entscheidungshilfen zur Unterstützung privatwirtschaftlicher Investitionen in Biomassenutzung erarbeitet. Mit einem elektronischen Marktplatz wollen die Projektpartner den bereits in Ansätzen vorhandenen wirtschaftlichen und technologischen Austausch im Kooperationsraum weiter unterstützen.

Bioenergy Promotion trägt also zur weiteren Politikentwicklung auf unterschiedlichen Ebenen bei, indem es u.a. Empfehlungen für die Formulierung und Umsetzung von Strategien und Instrumenten für eine nachhaltige Biomassenutzung im Rahmen der nationalen Aktionspläne für erneuerbare Energien formuliert und regionaler Entwicklungskonzepte zur Förderung der Biomassenutzung entwickelt. Zudem profitieren lokale Akteure und Netzwerke in den beteiligten Regionen im Rahmen von Modellprojekten, dem transnationalen Erfahrungsaustausch, wodurch bereits schon zahlreiche transnationale Technologie- und Geschäftskontakte entstanden sind.

### ***The Northern European competence network for offshore wind energy (POWER cluster): Förderung der Offshore-Windenergie***

*Kooperationsraum:* Nordseeraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; Juli 2008 bis Juni 2011

*Lead Partner:* BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa des Landes Bremen; Hochschule Bremerhaven; Gewerbliche Lehranstalten Bremerhaven; Universität Oldenburg; Stiftung Offshore Windenergie; Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Schleswig-Holstein; Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein GmbH

*Internet:* [www.power-cluster.net](http://www.power-cluster.net)

Der Nordseeraum entwickelt sich zunehmend zum wichtigsten Standort für die Windenergieerzeugung auf dem Meer. Um diesen Trend weiter zu unterstützen strebt das Projekt POWER cluster die Entwicklung eines transnationalen Clusters im Bereich der Offshore-Windenergie an. Dabei können die beteiligten Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft, Technologienetzwerken und öffentlicher Hand aus sechs Nordseeanrainerstaaten auf die Strukturen und Ergebnisse des Vorgängerprojekts Pushing Offshore Wind Energy Regions (POWER) aufbauen. Im Mittelpunkt von POWER cluster stehen die zentralen Herausforderungen für die weitere Etablierung der Windenergienutzung auf dem Meer. Diese liegen in der Verfügbarkeit von Fachkräften, der Schaffung von Wertschöpfungsketten, der gesellschaftlichen Akzeptanz der Offshore-Windenergie sowie der Nutzung transnationaler Komplementaritäten.

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung ermöglicht das Projekt beispielsweise über den Austausch von Dozenten und Lernmodulen eine Verbreiterung der Bildungsangebote. Im Arbeitspaket Wirtschaft erarbeiten die beteiligten Institutionen verschiedene Markt- und Technologiestudien und schaffen über Präsenzen auf Fachmessen und Kongressen konkrete Möglichkeiten für internationale Geschäftsbeziehungen. Besonders öffentlichkeitswirksam ist die

Ausstellung „Faszination Offshore“, die auf einem Museumsschiff eingerichtet wurde und auf ihrer Reise bereits über 42.000 Besucher verzeichnen konnte. Speziell an lokale Entscheidungsträger richtet sich die geplante Mayor's Conference. Der Leadpartner Bremerhaven sieht den Mehrwert seines transnationalen Engagements auch in Marketingeffekten, der die eigene dynamische Entwicklung zu einem führenden Forschungs- und Produktionsstandort der Windenergie weiter unterstützt.

Mit einer POWER Declaration hatte bereits das Vorgängerprojekt Empfehlungen für die nationale und europäische Politik zu weiteren Investitions- und Regulierungsbedarfen formuliert. Die Politikempfehlungen von POWER cluster werden voraussichtlich stärker die notwendigen lokalen und regionalen Handlungsbedarfe betreffen – etwa im Bereich der Hafeninfrastrukturen.

***Virtual Power Systems as an Instrument to Promote Transnational Cooperation and Sustainable Energy Supply in the Alpine Space (AlpEnergy): Virtuelle Kraftwerke zur Sicherung der nachhaltigen Energieversorgung im Alpenraum***

*Kooperationsraum:* Alpenraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B, Juli 2008 bis Juni 2011

*Lead Partner:* Allgäuer Überlandwerk GmbH (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Allgäu Initiative GbR; B.A.U.M Consult GmbH

*Internet:* [www.alpenergy.net](http://www.alpenergy.net)

Das Hauptanliegen von AlpEnergy ist es, im Alpenraum eine nachhaltige Energieversorgung durch erneuerbare Energien zu gewährleisten. Regionalentwicklungsagenturen, Energieversorger und Forschungseinrichtungen aus Frankreich, Deutschland, Italien, Slowenien und der Schweiz befassen sich mit der Einführung eines neuen Konzepts zur Energieversorgung. Im Rahmen des Projektes werden Bausteine eines virtuellen Stromversorgungssystems (Virtual Power System) erarbeitet und in Modellregionen erprobt. Durch den weiteren Zubau von regenerativen Einspeiseanlagen kann es in Zukunft aufgrund der Diskrepanz zwischen der Menge des eingespeisten Stroms aus erneuerbaren Energien in das Netz und der aus dem Netz entnommenen Strommenge zu Netzüberlastungen kommen. Virtuelle Stromversorgungssysteme versuchen deshalb die Erzeugung und den Verbrauch von Strom in eine zeitliche Balance zu bringen. Mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) wird daher im Projekt untersucht, inwieweit die Energienachfrage an die unregelmäßige Erzeugung aus regenerativen Einspeisern angepasst werden kann. Im Hinblick darauf werden Erfahrungen gesammelt, ob Verbraucher in Zeiten von geringer Energieverfügbarkeit Energie einsparen bzw. das Verbrauchsverhalten ändern (Verschieben des Energieverbrauchs).

Das Allgäuer Überlandwerk (AÜW) setzt das Modellprojekt im Allgäu um. In diesem Versuch werden von 2009 bis 2011 ca. 65 dezentrale Stromerzeuger und 300 repräsentativ ausgewählte Verbraucher miteinander vernetzt. Der zeitliche Verlauf der Erzeugung und des Verbrauchs wird mit Hilfe von intelligenten Stromzählern (Smart Meter) analysiert. Das AÜW ist derzeit mit der Entwicklung neuer Tarifstrukturen befasst. Sie sollen entsprechend der unterschiedlichen Erzeugungsmengen – beispielsweise bei viel Strom aus Photovoltaikanlagen – eine preisliche Reaktion auf den Überschuss ermöglichen. Der Nutzer könnte energieintensive Geräte dann betreiben, wenn die Energie aus regionalen Quellen verfügbar und der Strom daher gerade günstig ist. Die internationalen Erfahrungen sollen in verschiedenen Studien und Leitfäden dargestellt werden.

### ***Climate change, impacts and adaptation strategies in the Alpine Space (ClimChAlp): Anpassungsstrategie für die Alpen***

*Kooperationsraum:* Alpenraum

*Förderzeitraum:* INTERREG III B; März 2006 bis März 2008

*Lead Partner:* Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Bayerisches Landesamt für Umwelt; Bundesanstalt für Gewässerkunde; Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

*Internet:* [www.climchalp.org](http://www.climchalp.org)

Mit den spezifischen Auswirkungen des Klimawandels im Alpenraum und notwendigen Anpassungsstrategien haben sich 21 Projektpartner (D, AT, FR, IT, SLO, CH, FL) aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik im Projekt ClimChAlp befasst. Als zentrales Ergebnis konnte auf der Grundlage umfassender Analysetätigkeiten ein zwischen den beteiligten Ländern politisch abgestimmtes „Common Strategic Paper“ erarbeitet werden, das Handlungsempfehlungen und Schlussfolgerungen zu Anpassungsstrategien für die Entscheidungsträger auf regionaler, nationaler und transnationaler Ebene enthält.

In einem Arbeitspaket wurde das Monitoring von Hangbewegungen thematisiert, das aufgrund der Höhenverlagerung der Permafrostgrenze und der damit verbundenen Gefahren für Gebäude, Infrastrukturen und Menschen in zunehmenden Maße als Präventionsmittel eingesetzt werden muss. Da dieses Instrument in nicht-wissenschaftlichen und nicht-technischen Kreisen kaum bekannt ist, sollten Maßnahmen zur Verstärkung der Wahrnehmung in Politik und Öffentlichkeit ergriffen werden.

Im Arbeitsfeld „Raumentwicklung und Wirtschaft“ wurden qualitative Szenarien für sieben Modellregionen zum Klimawandel für das Jahr 2030 und später erstellt. Für das Berchtesgadener Land, die deutsche Modellregion, werden die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Siedlungs- und Infrastruktur aufgezeigt. In Bad Reichenhall, einem der fünf ausgewählten „Hotspots“ der Modellregion, zielt die Stadtplanung bereits auf die Vermeidung von Entwicklungen in hochwassergefährdeten Gebieten. In den einzelnen Teilprojekten von ClimChAlp wurden künftige gemeinsame Arbeitsfelder herausgearbeitet, z.B. in den Bereichen Monitoring, Modellierung, Raumplanung und Wirtschaft. Die mit ClimChAlp begonnene transnationale Zusammenarbeit zur Anpassung an den Klimawandel im Alpenraum wird unter anderem mit den beiden INTERREG IVB-Projekten AdaptAlp und CLISP ortgesetzt.

### ***Future Cities – Urban Networks to Face Climate Change: Städtische Strategien zur Anpassung an den Klimawandel***

*Kooperationsraum:* Nordwesteuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; Mai 2007 bis Dezember 2012

*Lead Partner:* Lippeverband (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Emschergenossenschaft

*Internet:* [www.future-cities.eu](http://www.future-cities.eu)

Im Projekt Future Cities arbeiten sechs Städte, Regionalverbände und Projektentwicklungsgesellschaften aus Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien gemeinsam daran, die städtischen Infrastrukturen für den Klimawandel fit zu machen. Den voraussichtlichen Auswirkungen, z. B. die Zunahme von Hitzetagen und Starkregenereignissen, soll durch die Kombination von Maßnahmen entgegengewirkt werden, die sich auf drei Schlüsselkomponenten beziehen: Grünstrukturen, Wassersysteme und Energieeffizienz. In

acht Pilotprojekten steht die Erprobung von kosteneffizienten, robusten, langfristig flexiblen, auch anderen Zielen der nachhaltigen Stadtentwicklung dienenden Maßnahmen im Vordergrund (so genannte „No-regret-Maßnahmen“).

Ein Pilotprojekt im Einzugsgebiet der Lippe ist der „Grün-Blaue Klimakorridor“, in dessen Rahmen etwa 80 an einem Bachlauf anliegende Grundstücke im Kamener Stadtgebiet mit einer Fläche von 1,1 ha vom Abwasserkanal entkoppelt werden. Das dort anfallende Regenwasser wird zukünftig den neu entstehenden „Heerener Mühlbach“ speisen. Das zweite deutsche Pilotprojekt ist die klimasensible Entwicklung eines Gewerbeparks im Süden der Stadt Bottrop. Aufgrund vermehrter Starkregenereignisse und der Überlastung des Mischkanalsystems wurde dieser bereits mehrfach überflutet. Um dies in Zukunft zu vermeiden, sollen das Regenwasser von der fast vollständig versiegelten Fläche in ein nahe gelegenes Gewässer abgeleitet und die Versickerung und Regenrückhaltung besser umgesetzt werden. Der Energiebedarf zur Beheizung oder Kühlung der Gebäude soll durch den Einsatz von regenerativen Energien gedeckt werden.

Die im Rahmen des Projekts systematisch angewandte „Twinning-Methode“ ermöglicht einen intensiven Austausch und Wissenstransfer zwischen jeweils zwei bis drei Partnern, die mit ähnlichen Problemen und Herausforderungen konfrontiert sind. Zentrales Projektergebnis wird der „Future Cities Kompass“, ein Planungs- und Bewertungsinstrument für klimataugliche Stadtregionen, sein, das auch andere Städte bei der Erarbeitung von Anpassungsstrategien nutzen können.

### ***Climate Change Adaptation by Spatial Planning in the Alpine Space (CLISP): Klimawandelgerechte Raumordnung***

*Kooperationsraum:* Alpenraum

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; September 2008 bis August 2011

*Lead Partner:* Umweltbundesamt GmbH (AT)

Deutsche Projektpartner: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

*Internet:* [www.clisp.eu](http://www.clisp.eu)

Im Projekt CLISP befassen sich 14 Projektpartner aus Deutschland, Italien, Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Slowenien mit den Herausforderungen, denen die Raumplanung angesichts des Klimawandels gegenübersteht. Durch eine vorausschauende Raumplanung können klimawandelbedingte Raumnutzungskonflikte vermieden, die Verwundbarkeit von Räumen gegenüber negativen Klimawandelfolgen reduziert und daraus resultierende Kosten verringert werden. Die transnationale Zusammenarbeit baut auf Grundlagen des Vorgängerprojekts ClimChAlp auf.

CLISP thematisiert als einziges INTERREG IV B-Projekt primär die Bedeutung der Raumordnung bei der Anpassung an den Klimawandel und ist deshalb – auch weil das Thema für die Raumordnung ein neues Handlungsfeld darstellt – als strategisches Projekt anzusehen.

Die Landkreise Berchtesgadener Land und Miesbach sind die beiden der insgesamt zehn Modellregionen, in denen klimawandelbedingte Vulnerabilitäten bewertet werden. Dazu werden in dem entsprechenden Arbeitspaket Indikatoren sowie methodische Grundlagen der der Verletzlichkeit erarbeitet, die auch anderen Regionen zugänglich sein sollen. Die Fortführung der Arbeit im Berchtesgadener Land, das bereits im Vorgängerprojekt ClimChAlp beteiligt war, ermöglicht dem Landkreis eine intensive und kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Bei der Überarbeitung des bayerischen Landesentwicklungsprogramms sollen die Er-

gebnisse der Bewertung der „Klimatauglichkeit“ bestehender raumplanerischer Instrumente bereits Berücksichtigung finden.

Mit der Etablierung eines Expertennetzwerkes für Klimawandel und Raumplanung soll die Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld auf transnationaler Ebene verstärkt werden. Zu den Zielen des Projektes gehört zudem die Sensibilisierung von Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit für klimabedingte Risiken und die Notwendigkeit der Klimaanpassung.

### ***Adaptation to flood risk in the Labe-Elbe river basin (LABEL): Hochwasserschutz***

*Kooperationsraum:* Mitteleuropa

*Förderzeitraum:* INTERREG IV B; September 2008 bis Februar 2012

*Lead Partner:* Sächsisches Staatsministerium des Innern (DE)

*Deutsche Projektpartner:* Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt; Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt; Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft; Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie; Landkreis Ludwigslust; Bundesanstalt für Gewässerkunde; Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

*Internet:* [www.ella-interreg.org](http://www.ella-interreg.org), [www.label-eu.eu](http://www.label-eu.eu)

Das Elbhochwasser von 2002 verdeutlichte Politik und Gesellschaft in dramatischer Form die Notwendigkeit eines verbesserten vorbeugenden Hochwasserschutzes auch über Ländergrenzen hinweg. Im INTERREG III B Projekt ELLA (ELBE-LABE spatial planning flood management strategy) wurde erstmals eine gemeinsame transnationale Strategie der Raumordnung zum vorsorgenden Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Elbe (tschechisch: Labe) erarbeitet. In einer gemeinsamen Erklärung vereinbarten die Projektpartner aus Deutschland, Polen, Österreich, Tschechien und Ungarn, im Jahr 2006, das Netzwerk für die weitere transnationale Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz zu nutzen und auszubauen.

Dies erfolgt unter anderem durch das INTERREG IV B-Folgeprojekt LABEL. Auf Grundlage der im Projekt ELLA erarbeiteten Übersichtskarten über die Hochwassergefahrenstellen und dem grundlegenden Aktionsplan für die zukünftige Hochwasserminderung werden in LABEL nun ausgewählte Aktionen umgesetzt, um die Methoden und Instrumente des Hochwasserrisikomanagements im Einzugsgebiet der Elbe sowie in benachbarten Flussgebieten zu verbessern. Dabei verfolgt die Projektpartnerschaft, an der staatliche Akteure unterschiedlicher Ebenen aus Raumordnung und Wasserwirtschaft aller Länder im Einzugsgebiet der Elbe beteiligt sind, mehrere Ziele. Eine gemeinsame Strategie soll zur Vereinheitlichung der Risikomanagementsysteme und -instrumente der Anrainerstaaten erarbeitet werden. Dazu werden beispielsweise Empfehlungen für die Erstellung von Hochwasserrisikokarten in der Raumplanung formuliert. Die Projektpartner entwickeln neue Instrumente für die Berechnung und Erstellung von Überschwemmungs- und Gefahrenhinweiskarten, die eine Visualisierung von Wasserständen erlauben. Mit der exemplarischen Erarbeitung von Risikomanagementplänen für die Weiße Elster bietet sich im Projekt LABEL die Chance, die Erfordernisse der neuen EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie transnational abzustimmen. Zudem werden mit dem Tourismus und der Schifffahrt neue Bereiche auf eine hochwassergerechte Entwicklung hin beurteilt.